

man Feuerstreifen in der Nacht zum Himmel steigen, wie verderb-
kündendes Wetterleuchten, das man dem Niederfallen irgend einer
Feuertugel zuschreiben möchte, das aber in Wirklichkeit von den
Salven der Batterien und den Explosionen der Geschosse herührt.
Denn die Schlacht dauert fort, furchtbar, unerbittlich, ohne Unter-
brechung, Tag und Nacht. Tausende Soldaten sind gefallen, wenn
wieder 24 Stunden vergangen sind. Man wird erst später wissen,
daß die Verluste während dieser entsetzlichen Tage die verhängnisvollsten
Schätzungen übertreffen, die bisher veröffentlicht sein können. Und
dies nicht nur bei den Russen, sondern auf beiden Seiten.

Heute war der Kampf besonders heftig um das Dorf Gondjajzen,
8 Kilometer im Osten der Eisenbahn und 20 Kilometer im Süden
von Musden. Die beiderseitigen Stellungen der Gegner bleiben
relativ die gleichen. Die Russen haben bei Sonnenanfang in einem
wütenden Aufsturm mehrere Hügel bei der Station Chanke, im Westen
der Bahn, genommen. Manche Positionen wurden mehr als zehnmal
von beiden Seiten genommen und wieder verloren. Die beiden
Heere scheinen bis zur völligen Vernichtung und Vertilgung des
Gegners kämpfen zu wollen. Man möchte glauben, daß dieser
teuflische Kampf nur durch die gänzliche Erschöpfung beider Gegner
ein Ende nehmen kann.

Ich höre aber sagen, daß der Rückzug der russischen Armee
hinter die Verteidigungslinien von Musden nahe bevorstehend ist.
Das ist möglich, ich habe aber noch nichts gesehen, was ein Beweis
dafür wäre. Diese Linien sind allerdings furchtbar. Wenn die
Russen sich zu ihrer Verteidigung entschließen, werden sie nicht ge-
nommen werden können, ohne daß wieder Tausende der tapferen
Gegner den Heldentod sterben.

Die Armee des General Stadelberg wollte, nachdem die ersten
Zugänge zum Desfile von Lammeling erklärt waren, einen ent-
schlossenen Allgegensturm auf die feindlichen Positionen beginnen,
als sie Gegenüber erblickt. Ich weiß im Augenblick nichts von ihrer
Stellung. Sie ist zurückgegangen, ohne die geplante Umgehungs-
bewegung durchgeführt zu haben. Ich habe alle Ursache, an-
zunehmen, daß sie sich zurückziehen konnte, ohne behelligt zu werden.

Im allgemeinen ist die Lage für die Russen noch immer ernst,
aber die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Noch ist keine
Voransage möglich. Das Schlachtfeld umfaßt tatsächlich eine Front
von 100 Kilometern. Diese große menschliche Krise entgeht wirklich
vollständig der Beobachtung eines einzelnen Mannes. Nur unter
großen Gefahren kann man überhaupt einige Aussichten gewinnen.
Die Kanonade und das Gewehrfeuer sind so intensiv, daß die
Geschosse auch hinter den Linien von allen Seiten einherfliegen.
Alle Dörfer im Süden von Musden sind nur noch Ruinen. Ueberall
schlagen die Granaten ein. Mehrere tausend Bauern hatten schon
vor längerer Zeit eine Zuflucht in Musden gesucht. Die, die zu
bleiben gewagt hatten, fliehen jetzt schreckerrfüllt davon, verjagt durch
die japanischen Granaten und auch — man muß es sagen — eben-
aus Furcht vor den russischen Soldaten, die entsetzt durch diesen
erschrecklichen Kampf, überall Spione oder Tschingusen zu sehen
glauben.

Wenn dieser Krieg noch einige Monate fort dauert, so wird man
bis zu den großen Invasionen der Barbaren in den Occident zurück-
greifen müssen, um ebenso viel Schrecken und Unglück zu finden,
wie durch diesen furchtbarsten Zusammenstoß der Rassen verursacht
wird.

Tokio, 19. Oktober. (Amtliche Mitteilung.) Marschall
Oyama berichtet unter dem gestrigen Datum folgendes: In der
Richtung unserer rechten Armee scheint der Feind allmählich seine
Streitkräfte zu verringern. Nur kleine Abteilungen desselben fahren
in ihrer Tätigkeit fort. Die bei Penhsu geschlagenen Russen gehen
in nordöstlicher Richtung zurück. Gegen unsere zentrale Armee
machte der Feind in der vergangenen Nacht mehrere Sturm-
angriffe, die aber alle zurückgeschlagen wurden. Und
heute den 18. d. Mts. wurden auf beiden Seiten nur von Zeit zu
Zeit Kanonenschüsse gewechselt; gegen die Front unserer linken Armee
richtet der Feind dann und wann indirektes Feuer.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober.

200 Millionen Kriegskosten für Südwestafrika!

Die „Schlesische Zeitung“, das bekannte konservative Blatt,
meldet, daß die Kriegskosten für Südwestafrika in Regierungskreisen
auf mindestens 200 Millionen veranschlagt würden. Schon jetzt
überstiegen die Ausgaben für diesen Krieg die Summe von hundert
Millionen. Diese Schätzung übertrifft weitens das, was selbst die
sozialistische Presse bisher angenommen hatte. Immerhin aber
dürfte diese Schätzung der Wahrheit entsprechen. Man
muß bedenken, daß bereits über zehntausend Mann nach Südwest-
afrika geschickt worden sind, daß alle Verpflegungsmittel für diese
Truppen nach Südwestafrika eingeführt werden mußten,
während die Verpflegung für unsere Chinatruppen zum
Teil aus dem Lande selbst genommen werden konnte.
Man muß ferner bedenken, daß der Pferdebedarf für
Südwestafrika schon jetzt ein viel größerer gewesen ist, als er für
Ostafrika war. Und wie aus den Briefen unserer südwestafrikanischen
Mannschaften hervorgeht, ist die Sterblichkeit unter diesen Pferden
eine ganz enorme. Tausende und aber tausende dieser so teuer
erworbenen Pferde sind bereits den Strapazen erlegen. Zieht man
alle diese Umstände, sowie die Verluste, die wir in Südwestafrika
erlitten haben und die ebenfalls schon die Verluste in Ostafrika über-
steigen, in Betracht, so wird man die Angaben der „Schlesischen
Zeitung“ nicht übertrieben finden. Daß wir aber noch weitere
hundert Millionen verbrauchen werden, um den Feldzug zu Ende zu
führen, unterliegt vollends keinem Zweifel, denn man muß sich klar
machen, daß auch nur der Hererokrieg noch lange nicht entschieden ist.
Der einzige Erfolg, der bisher erreicht worden ist, ist der, daß ein
Teil der Hereros, der sich von Waterberg aus nach Südosten wandte,
zerstreut worden ist. Wir haben schon wiederholt darauf hin-
gewiesen, daß dieser Erfolg eigentlich ein negativer ist, weil
unsere Truppen mit den zerstreuten Hererobanden noch viel schwerer
fertig werden dürften wie mit den kompakten Massen, die ihnen
bisher gegenüberstanden. Außerdem dürfte ein Teil der Hereros
sich vor dem großen Angriff gegen den Waterberg bereits nach
Nord in Sicherheit gebracht haben, so daß dieselben Operationen,
die zur Zerspaltung des stehengebliebenen Teils notwendig waren,
nun auch gegen diesen noch nicht besiegten Teil notwendig sein
dürften.

Zu dem Herero-Kriege ist aber nun auch der Krieg gegen
die Hottentottenstämme gekommen, ein Krieg, dessen Dauer
noch gar nicht abzusehen ist. Aber selbst wenn neben den
Hereros auch die Hottentottenstämme besieg und entwaftet werden,
bliebe noch der Feldzug gegen die Ovambos übrig. Man kann
also getrost annehmen, daß die Summe von 200 Millionen für die
Gesamtdauer des Krieges eher zu niedrig als zu hoch ge-
schätzt ist. Und diese ungeheuerliche Summe ist auf Rummernwieder-
sehen vorausgesehen worden. Es besteht nicht die mindeste Aussicht,
auch nur einen Teil davon jemals wieder zu bekommen, denn die
Hereros und Witbois sind begreiflicherweise nicht in der Lage,
irgendwie für die Kriegskosten aufzukommen zu können, sündental auch
nach Beendigung des Krieges von ihren Herden nicht mehr viel

übrig geblieben sein wird. Die wahren Schuldigen des
Krieges, die Händler und Farmer, werden aber ebenfalls
nicht zu den Kriegskosten herangezogen werden, sie werden im
Gegenteil noch vom Reiche so und soviel Millionen Schadenersatz
erhalten.

Das ganze Kriegsabenteuer stellt sich deshalb als ein vollständig
sinnloses dar. Die 200 Millionen werden buchstäblich vergeudet sein,
denn über den Wert Südwestafrikas sind sich so ziemlich alle Sachkundigen
einig. Dieses Land besitzt zwar Wasserläufe und hier und da viel-
leicht auch ein paar Quellen, aber daß dieses Wasser ausreichend
wäre, um die Ansiedelung einer irgendwie größeren Zahl von
Farmern zu ermöglichen, davon kann keine Rede sein. Und selbst
wenn es möglich wäre, 5000 bis 6000 Farmersfamilien im Lande
anfällig zu machen, so würde für jede Familie eine so gewaltige
Summe verausgabt worden sein, daß diese Leute ebenso gut auf
Staatskosten in Deutschland unterhalten werden könnten!

Für uns Sozialdemokraten fragt es sich zunächst so häufiger
Aussichten, ob denn nicht selbst jetzt noch die Möglichkeit vorliegt,
mit den Eingeborenen Frieden zu schließen. Das Allervernünftigste
wäre selbstverständlich, die Truppen vollständig zurückzuziehen und
den Eingeborenen das Land zu überlassen. Sollten die Engländer
Zust haben, das Land zu annektieren, so könnten wir ihnen auch
dies Vergnügen nicht gönnen. Da nun aber die Regierung und
die Mehrheit des Parlaments selbstverständlich von einem so ver-
nünftigen Vorschlag nichts wissen will, so bleibt nur die Auf-
forderung übrig, den furchtbar blutigen und ungeheuerlich kostspieligen
Kampf auf friedlichem Wege zu schließen. Zweifelloser
wären die Eingeborenen auch jetzt noch zu einer Unterwerfung und
zu künftigen ehrlichem Frieden bereit sein, wenn ihnen eine ge-
wisse Selbstständigkeit und der Besitz des Restes
ihres Eigentums garantiert würde. Solche Bedingungen entsprächen
aber durchaus den Anforderungen der Gerechtigkeit. Die Ein-
geborenen haben unter allen Umständen das Recht auf wenigstens
einen Teil ihres Landes und auf eine selbständige Existenz. Sehen
daß Deutschland künftig wirklich ernstlich gewillt wäre, in
seinen schwarzen Untertanen gleichberechtigte Menschen zu
achten, so würden sie nicht daran denken, jemals wieder ihre
Hand gegen die deutsche Regierung zu erheben, sie würden dann
auch allmählich zur Kultur erzogen werden und, wenn auch nur in
ganz bescheidenem Maße, als Konsumenten für die deutsche Produktion
in Frage kommen können.

Geht die Regierung, gehen unsere herrschenden Klassen auf diesen
Vorschlag nicht ein, so werden sie vor dem Volke verantwortlich ge-
macht werden für die ungeheuerliche und unsinnige Verschwendung der
Steuergelder und für all das Blut, das der Feldzug in Südwest-
afrika noch kosten wird. —

Die Nichtvereidigung in Tüpe.

Das, was sich bei uns „öffentliche Meinung“ nennt, hat sich
über das Telegramm des Kaisers an den Grafen zu Tüpe seit
der Auslegung, die Graf Bülow dem Telegramm gab, beruhigt.
Wohl beklagt man noch einigemmaßen, daß ein solches Telegramm
ergehen konnte, man fordert, wie früher so oft und vergeblich,
daß künftig derartige Staatsakte nicht ergehen sollen ohne Befragung
des verantwortlichen Beamten und ohne seine Gegenzeichnung. Aber
man erkennt an, daß die Angelegenheit nun doch in Ordnung ge-
bracht werde, das „Recht Recht bleiben“ solle.

Der Fall zeigt, wie unendlich leicht sich das Rechtsbewußtsein
der bürgerlichen Öffentlichkeit beruhigen läßt, selbst wenn es sich
um eine Sache handelt, an der sie das allergrößte Interesse be-
lunget und um die sie den lauesten Kampf erhebt. Wir, die wir
nicht das geringste Interesse an den Thronfolgefragen deutscher
Kleinstaaten haben, die wir aber unermüdet wünschen, daß so
lange diese Kleinstaaten bestehen, auch die sie ordnenden Rechts-
bestimmungen nicht beliebig umgestürzt werden dürfen, wir können
keineswegs anerkennen, daß dem Recht der Weg ge-
bahnt ist.

Graf Bülow hat in der Anordnung der Nichtvereidigung den
eigentlichen Sinn des kaiserlichen Telegramms festgelegt. Das Tele-
gramm hatte nach seiner Auslegung nicht die Absicht, die Ausübung
der Regenshaft in Tüpe zu verhindern, sondern lediglich die Ver-
eidigung bei der vorgeblich ungeklärten Rechtslage anzusehen. Gerade
diese Anordnung ist rechtlich völlig unstatthaft, und auch Graf Bülow
hat in keiner Weise den Versuch gemacht, ihre Rechtmäßigkeit zu
erweisen, als sei ein solcher Beweis überhaupt nicht erforderlich. Es
versteht sich, daß dem Abseher des Telegramms die Absicht einer
Rechtsverletzung fern lag. Er hat sich, als er den plötzlichen Ent-
schluß des Telegramms faßte, nicht mit Rechtskundigen ins Ver-
nehmen gesetzt und geglaubt, eine Anordnung treffen zu dürfen,
die objektiv nicht mit Recht von ihm getroffen werden darf.

Man hat gesagt, über die Vereidigung oder Nichtvereidigung
habe der Kaiser als oberster Kriegsherr gemäß seiner Kommando-
gewalt zu entscheiden. Das ist jedoch völlig hinfällig, vielmehr
unterliegt die Frage der Vereidigung dem Artikel 61 der Reichs-
verfassung, welcher über ihre allein mögliche Lösung keinerlei Zweifel
zulaßt. Man bedenke von vornherein: Wenn das Verfahren gegen-
über Tüpe zulässig sein sollte, so würde es im Velleben des be-
kanntlich in derartigen Fragen unverantwortlichen und nicht zur
Rechenhaftigkeit zuziehenden Oberfeldherrn liegen, die Truppenvereidigung
in denjenigen Staaten, welche sich der selbständigen Militärhoheit
begeben haben, zu verweigern.

Man hat sich auch auf eine Ausföhrung Labands „Im Staats-
recht des deutschen Reiches“ bezogen, der ausführt, daß dem Kaiser
die Prüfung und Entscheidung zustehe, welchem von mehreren Präsi-
denten die kontingenzherrlichen Rechte und militärischen Ehrenrechte
gebühren. Dieser Hinweis vermag vollständig vor der Tatsache, daß
in Tüpe nicht mehrere Präsidenten vorhanden sind, über deren
Streit keinerlei gesetzliche Entscheidung vorliegt, sondern daß dort
ein rechtmäßiges Landesgesetz über die Regenshaft vorliegt.

Gegenüber dem klaren Wortlaut des Artikels 61 kann jede
andere juristische Auslegungslauf nur als willkürliche Erfindung
gelten. Danach hat die Anordnung des Kaisers, die Truppen in
Detmold nicht auf den gesetzlich berechtigten Regenten zu ver-
eidigen, nicht höhere Vereidigung, als wenn irgend eine beliebige
Person eine solche Anordnung treffen wollte. Und doch, so offenbar
die Nichtvereidigung der kaiserlichen Anordnung und der Rechts-
anspruch des Grafen zu Tüpe auf die Vereidigung der in
seiner Residenz garnisonierenden Truppen ist, gleichwohl ist jeder
Protest der bürgerlichen Öffentlichkeit gegen das hier vor-
liegende Unrecht verstimmt. Niemand wagt die Unzweideutigkeit, die
Forderung zu erheben, die allein als die rechtliche Antwort auf das
kaiserliche Telegramm gelten mußte und deren Erfüllung allein das
geschäene Unrecht beseitigen konnte.

Wie soll man erwarten, daß der Monarch den in der Haft der
Telegrammabföndung begangenen Irrtum rückgängig machen wird,
wenn die gesamte Öffentlichkeit darauf verzichtet, an das zu
mahnen, was rechtlich ist?

So endet auch dieser brausende Sturm gegen das persönliche
Regiment in entsetzungsvollem Verzicht. Gewaltig redte man sich
empör, selbst gegen das Oberhaupt des Reiches verlor man sich auf
Gesetz und Recht, doch die Verfassungspulver, die Graf Bülow
reichte, taten Wunderwirkungen. Man hat seine Schuldigkeit getan,
man hat so lange und so laut für die Strenge des Rechts auch

gegenüber den Mächtigen gestritten, daß man mit dem Kern des
Unrechts schweigend hinhinterschloß. —

Neuwahlen in Italien.

Rom, den 16. Oktober.

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird das Dekret der Kammer-
auflösung bereits veröffentlicht, der Datum des Wahltages offiziell
festgesetzt sein. Eine kurze Wahlvorbereitung, so will es Giolitti,
der nur durch den Mangel an verlässlichen Dienern um das
Gandum eines Wahlabfalls gebracht wurde. In wenig mehr als
der kürzesten verfassungsmäßigen Frist — zwei Wochen — wird sich
der ganze Wahlkampf vollziehen müssen.

Die sozialistische Partei, die nicht nur in den Wahlzeiten
agitiert, ist natürlich am besten vorbereitet. Sie wird
in über 200 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen.
Im großen ganzen werden die neuen Wahlen sich von denen des
Jahres 1900 unterscheiden durch die Verminderung der Wahlbän-
nisse. Obwohl die Kongreßbeschlüsse der Partei Wahlkompromisse
mit Radikalen und Republikanern freistellen und die Autonomie der
einzelnen Wahlkreise sanktionieren, werden nur wenige Kreise
Wahlbänisse eingehen. Je mehr die sozialistische Partei ihren
Wirkungskreis ausdehnt und praktisch tätig ist, um so
öfter kommt sie in Konflikt zu den „verwandten“ Parteien.
Der natürliche Prozeß des Reisens gerührt die Wahlbännisse. Und
so stehen sich heute Sozialisten, Republikaner und Radikale viel
fremder gegenüber, als bei den letzten Wahlen unter Pelloux, die
auf die siegreiche Obstruktionskampagne folgten.

Freilich folgen auch diese Wahlen auf eine große proletarische
Manifestation, die mehr als ebenbürtig neben dem Sieg über das
Kabinett Pelloux stehen, aber diese Manifestation, der Generalsstreik,
hat die Einheit der äußersten Linken nicht gestärkt. Sie hat viel mehr
— und es wird dies auch nicht ihr geringstes geschichtliches Verdienst
sein — das Bündnis der äußersten Linken gesprengt. Durch
den Generalsstreik ist es den Radikalen klar geworden, daß sie viel-
leicht in der Abwehr der Reaktion mit den Sozialisten gemeinsam
vorgehen können, daß aber ihre Ziele sich von denen der Partei
scheiden, daß beide die Wortführer verschiedener Interessengruppen
im Lande sind. Durch den Generalsstreik ist es den Radikalen
klar geworden, daß die proletarischen Interessen grund-
verschieden sind von denen des Kleinbürgertums, deren berufene
Vertreterin die radikale Partei ist. Die Empörung der Krämmer
und Kaufleute, die sich nach dem Generalsstreik in bitterbösen Tages-
ordnungen Luft machte, fand ihren politischen Ausdruck in einer
gestern von der radikalen Parlamentarischen fraktion angenommenen Re-
solutions, die sich gegen die Reaktion, aber auch gegen die Revolution
auspricht. Durch diese Tagesordnung scheidet die radikale fraktion
aus der äußersten Linken aus; sie wird, was sie logischerweise
werden mußte, eine Regierungspartei.

Da nun heute die drei fraktionen der äußersten Linken zusamen-
treten sollen, in Gemäßheit ihres Beschlusses vom 21. September,
um über die verweigerte Einberufung der Kammer zu beraten, so
mußte die neueste Wandlung der Radikalen, die sich als fraktion
von der Versammlung fern hielten, sofort auf die anderen Gruppen
zurückwirken. In der Tat erklärten die Sozialisten, mit den Radika-
len nichts mehr zu beraten zu haben, nachdem diese durch ihre
Tagesordnung sich gegen die revolutionäre Aktion und gegen den
Streik ausgesprochen hätten. Die Republikaner hatten daraufhin
sicherlich nichts anderes zu tun, als von dem Ausbleiben
der Radikalen Kenntnis zu nehmen und sich ihrerseits zurückzuziehen.
Mirabelli (Rep.) beantragte noch, eine gemeinsame Tagesordnung
anzunehmen, in der für das Parlament das Recht gefordert würde,
sich selbst einzuberufen, wenn eine gegebene Zahl von Mitgliedern
dies beantragt, aber die Sozialisten hielten das für eine zu kümmer-
liche und spärliche Manifestation als letzten Akt des Bündnisses der
drei fraktionen. Und so trennte man sich, ohne gemeinsam beraten
und beschlossen zu haben, jeder für sich allein und auf eigene Verantwort-
lichkeit die Wahlkampagne unternehmend. Ohne viel Worte hat man
sonit am Vorabend der Wahlen die Auflösung der Parliaments-
gruppe der äußersten Linken beschlossen.

Heute abend tagt die Parteifraktion, um sich über das engere
Wahlprogramm der Partei schlüssig zu werden.

Giolitti ist einstweilen nicht müßig. Durch die Einberufung des
Jahrgangs 1880 der Reserve hat er 60 000 Wähler mundtot gemacht.
Giolitti ist Meister der Wahlmacht und wird es an der schamlosesten
Wahlbeeinflussung nicht fehlen lassen. —

Das Dekret, durch das die Auflösung der Depuliertenkammer
angeordnet wird, ist nunmehr erschienen. Es wird eingeleitet durch
ein Exposé, in dem die Regierung ihr Programm entwickelt.
Dieses Programm, so erklärt sie, sei daselbe, wie dasjenige, das am
1. Dezember vorigen Jahres mit einer großen Mehrheit von der
Kammer gebilligt worden sei. Das Exposé rühmt dann die in dem
verflochtenen Jahre geleistete „fruchtbare Arbeit“. Das Ministerium
habe gehofft, auch die Handelsvertragsfragen und die Organisation
der Eisenbahnen noch lösen zu können, aber sie sei durch
„künstlich hervorgerufene Ruhestörungen“ daran
verhindert worden. Und nun kommt das Exposé auf den Kern der
Ursachen der Kammerauflösung: Die Regierung wolle das Land be-
fragen, wie es über die Reichspolitik und die „Gewalttätig-
keiten einer kleinen Minderheit“ denke, die ja
im ganzen Lande Mißbilligung erfahren hätten. Die revo-
lutionären Elemente hätten gezeigt, wie wenig sie die
wahre Freiheit achteten. Sie hätten bewiesen, daß sie, um herr-
schenden Einfluß zu gewinnen, geübt seien jede Freiheit zu
unterdrücken, auch die Freiheit der Presse.

Die Regierung sei überzeugt, daß nur durch das Wohl der
arbeitenden Klassen das wahre Wohl des Landes und der wahre
soziale Frieden gesichert werden können. Aber das wahre Wohl der
arbeitenden Klassen werde nicht durch die extremen Parteien ver-
treten. Italien habe einen Grad von Freiheit erreicht, der nicht ge-
ringer als der jeden anderen Volkes sei. Nicht durch die Regierung,
sondern durch die Gewaltmaßregeln der Demagogie
werde die Freiheit bedroht. Deshalb müsse die Regierung die Ur-
sachen dieser Unzufriedenheiten studieren und Heilmittel dagegen
suchen. Die Regierung werde deshalb dem Parliamente Geset-
zentswürde betreffend Vermehrung der Sicherheitspolizei
und den Strafvollzug vorlegen.

Außerdem würden noch Gesetzentwürfe betreffend den Unterricht
und die Verstaatlichung der Eisenbahnen vorgelegt werden. Die Regierung
und das Parlament müßten sich zugleich mit den Fragen beschäftigen,
wie man Ausstände des Eisenbahn-Personals
und des Personals der anderen öffentlichen An-
stalten verhindern könne.

Das Exposé betont ferner, daß, obwohl Italien in herzlicher
Freundschaft mit den benachbarten Mächten lebe, doch an irgend
eine Herabsetzung der Heresausgaben nicht zu
denken sei. Es weist dann noch darauf hin, daß der öffentliche Kredit
eine bisher nie erreichte Höhe erlangt habe. Die Depots in den
Sparbanken und Banken, die Ergebnisse der Eisenbahn, Posten und
Telegraphen weisen einen wirtschaftlichen Fortschritt auf, der sich
immer noch steigert.

Wie man sieht, enthält dies Exposé die unverhülltesten Spigen
gegen die italienische Sozialdemokratie, die gegen die infamen

Mehelien unter den streikenden Arbeitern zu dem Abwehrmittel des Generalstreiks gegriffen hatte. Da der Generalstreik namentlich das kleinbürgerliche Element mit großer Wut gegen die Arbeiterklasse erfüllt hat, glaubt man jetzt bei den Neuwahlen mit einem reaktionären Programm günstige Wahlerfolge erzielen zu können. Man vergißt dabei nur, daß dieses durch allgemeine arbeiterfeindliche Phrasen dünstig modifizierte Kampfes- und Arbeiterprogramm auch die Arbeiterklasse zu erneuten Anstrengungen anspornen muß.

Die sozialdemokratische Partei wird alles aufbieten, um den Schlag der Regierung zu parieren und mit Jinsen heimzuzahlen. Der „Avanti“ erklärt, das Erposé der Regierung sei eine Kriegserklärung gegen den Sozialismus, der seinerseits den Selbstbehauptungskampf aufnehmen, da das gepriesene Regime der Freiheit, soweit davon überhaupt die Rede sein könne, dem Staate doch nur durch die organisierte Arbeiterschaft aufgezwungen sei. Die Wahlerklärung Giolittis sei eine demagogische Schönfärberei. Der „Avanti“ wirft schließlich die Frage auf, wie die Regierung die Steuerernte mit der Verheerung der Armeekassen vereinen wolle.

Deutsches Reich.

Vom allgemeinen deutschen Wohnungskongress.

Man schreibt uns aus Frankfurt a. M., den 18. Oktober: Der erste allgemeine deutsche Wohnungskongress ist beendet; die große Demonstration hat, wie es nicht anders zu erwarten war, ein völlig negatives Resultat erzielt. Wohl hat der zweite Tag der Verhandlungen einige gute Referate und neben vielen minderwertigen auch einzelne vorzügliche Diskussionsreden gebracht, aber daß eine wesentliche Förderung der Wohnungsreform, daß eine Verringerung oder auch nur eine ins Gewicht fallende Linderung des Wohnungselends der Kinderbedürftigen in absehbarer Zeit zu erwarten ist, das möchten wir bezweifeln. Was nützen alle schönen Reden, wenn ihnen keine Taten folgen? Wer von den auf dem Kongress anwesenden hohen Regierungsbeamten vermag mit gutem Gewissen zu behaupten, daß seine Regierung ihre Pflicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfüllt hat? Wer von den anwesenden Reichstags-Mitgliedern könnte den Reichstag gegen den Vortwurf der Unfruchtbarkeit in der Wohnungspolitik in Schutz nehmen, ganz zu schweigen von den Mitgliedern der meisten Einzelparlamente, allen voran des preussischen Bourgeois- und Junkerparlamentes? Und die vielen Vertreter kommunaler Körperschaften, die Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten — glauben Sie im Ernst daran, daß sie in ihrer Gemeinde positiv wirken können, so lange die Gemeindeverwaltungen von den Hausbesitzern und der mit ihnen verbündeten Bourgeoisie beherrscht werden? Der Kongress hätte sich darüber klar sein müssen, daß die Verringerung der plutokratischen Wahlstimme für Landtage und Gemeindevertretungen die unerläßliche Voraussetzung für jede Wohnungsreform ist. Aber der lebhafteste Widerspruch, den die Forderung unserer Genossenin Lily Braun auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag fand, sowie das warme Eintreten einer Anzahl von Oberbürgermeistern für das Hausbesitzerprivileg läßt den Schluss zu, daß auf dem zweiten Wohnungskongress von Fortschritten wenig zu melden sein wird.

Ueber einen Punkt waren sich die Kongreßteilnehmer, so weit sie auch in ihren sonstigen Ansäuungen übereinstimmten, einig, nämlich darin, daß der von der preussischen Regierung vorgelegte Wohnungsreform-Entwurf in der verfassungsmäßigen Form unannehmbar sei. Die Hausbesitzer wittern mit seiner Spürnase, daß sie, wenn der Entwurf Gesetz wird, für menschenwürdige Behausungen zu sorgen haben als die, denen wir jetzt bisweilen begegnen. Die Mitglieder der kommunalen Körperschaften wenden sich — von ihrem Standpunkt aus mit Recht — gegen den neuen Eingriff in die Selbstverwaltung, und die Sozialdemokraten, deren Anführer Paul Kampffmeyer darlegte, wollen naturgemäß von diesem Polizeigesetz, von dem sich höchstens eine Ueberbesserung versprechen, nichts wissen. In einer Sonderversammlung haben Vertreter preussischer Mittelstädte sich gegen den Entwurf ausgesprochen, und der Oberbürgermeister von Cottbus, Herr Werner, ein äußerst gewandter Redner, brachte heute die Einwendungen seiner Kollegen in klarer und präziser Weise zur Sprache. Scharf wandte er sich gegen die Regierung, die ihr Aufsichtsrecht in der Weise ausübt, daß sie an die Gemeinden allerhand Anforderungen stellt, aber alles übrige, vor allem die Beschaffung der Mittel für „Sache der unteren Verwaltungsdorgane“ erklärt. Die Oberbürgermeister der großen Städte, die die Fierde des preussischen Herrschaftshauses bilden, waren erstaunt darüber, daß einer ihrer Kollegen so läblich der Regierung die Wahrheit zu sagen wagte. Hoffen wir, daß sie sich ein Beispiel daran nehmen und einmal den Ministern gegenüber Auge in Auge ebenso energisch auftreten. Doch Herr Werner in seiner Rede auch der Sozialdemokratie einen Döb zu verlesen suchte, nehmen wir nicht allzu tragisch, er kennt offenbar die Verhältnisse in Offenbach, auf die er anspielte, nur aus entstellten Berichten sozialistenfeindlicher Blätter. Daß die demokratische Verwaltung in Offenbach ihr Damastus gefunden habe, ist eine der vielen Lügen, mit denen unsere Gegner häusieren gehen.

Aus dem Referat des Abg. Dr. Jäger ist zweierlei hervorzuheben. Einmal machte er halt vor dem flachen Lande; in den Städten soll eine energische Wohnungsreform einsehen, nicht aber auf dem Lande. Kein Wunder! Herr Jäger gehört dem Zentrum an, dessen Wähler sich zum großen Teil aus Bauern rekrutieren; sie zu schönen, gebieten ihm parteitaktische Erwägungen. Und zweitens forderte er entschieden eine Demokratisierung des kommunalen Wahlrechts. Schön. Aber warum macht er denn seinen Einfluß nicht in erster Linie geltend, um seinen preussischen Parteifreunden ins Gewissen zu reden? Sie sind es, die mit die Schuld daran tragen, daß das kommunale Wahlrecht seines plutokratischen Charakters nicht entkleidet wird, sie haben vor einigen Jahren, als die Frage der andersartigen Bildung der Wählerklassen zur Debatte stand, nichts getan, um den entrechteten Volksklassen zu einer Vertretung in den Gemeinden zu verhelfen, wie sie ihrer Stärke entspricht, sie haben noch keinen Finger gerührt, um das Hausbesitzerprivileg zu beseitigen, sondern bei jeder Wahlreform einzig und allein ihre Sonderinteressen vertreten.

Auf die einzelnen Vorschläge, die in der Debatte zutage traten, des näheren einzugehen, ersübrigt sich. Nur ein größerer Gesichtspunkt sei hervorgehoben: die von Dr. Sinzheimer angeführte Frage, ob man den Gemeinden eine vollkommene Autonomie zu gestehen dürfe. Sinzheimer stellte sich auf den Standpunkt, daß die Gemeinden eines Anstoßes von oben bedürfen, damit sie ihre sozialpolitischen Aufgaben erfüllen, und erregte dadurch naturgemäß die lebhafteste Opposition bei den Oberbürgermeistern, von denen einer nach dem andern mit den Taten seiner Gemeinde prahlte. Das eine wollen wir den Oberbürgermeistern zugestehen, daß der Wirkungskreis der Kommunen heute auf Schritt und Tritt durch staatliche Gesetze eingegrenzt ist. Wir glauben aber nicht, daß unter den heutigen Verhältnissen eine freie Autonomie der Gemeinden ein so erstrebenswertes Ziel ist. Autonomie oder nicht; so lange das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, werden die Gemeinden nichts Versprechliches leisten, weder auf dem Gebiete des Wohnungswesens, noch auf anderen sozialpolitischen Gebieten. In den Stadtvertretungen herrscht der Geist der Plutokratie, werden oft Sonderinteressen vertreten, und die Mitglieder des Magistrats fügen sich, wie ein Redner zwar nicht höflich, aber doch zutreffend hervorhob, bisweilen nur zu willig dieser rückwärtigen, egoistischen Mehrheit aus Furcht, im anderen Falle nicht wieder gewählt zu werden.

Der Kongress, dessen Verhandlungen stellenweise einen recht klaren Charakter annehmen, hat von einem Beweisen, wie recht die Sozialdemokratie hat, wenn sie die Wohnungsfrage als eine Nachfrage betrachtet. Gewiß, sind auch heute Reformen möglich, aber alle diese Reformen werden Stückwerk bleiben, wenn es nicht

dem Proletariat gelingt, die Herrschaft zu gewinnen und seiner Idee, der Idee des Sozialismus, zum Siege zu verhelfen! —

Die Interpellation Mirbach, die Herr v. Hammerstein vor den Herren wegen „mangelnder Informationen“ nicht beantwortet konnte, soll nun am 20. Oktober auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt werden; am gleichen Tage soll auch die Zentrum-Interpellation über den Saarbrücker Prozeß verhandelt werden. Indessen beruhen diese Dispositionen bisher nur auf Vermutungen.

Ungeheuerlich und unwürdig.

Unser Erfurter Parteiorgan meldet, daß sein Redakteur Paul Heunig, der im Gefängnis in Erfurt eine Strafe wegen Preßvergehen verbüßt, mit Storbücherearbeiten beschäftigt wird. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben die von Heunig geforderte Beschäftigung, die einem Manne seines Berufes zukommt, verweigert. Heunig wandte sich darauf an den preussischen Justizminister. Jedoch soll, wie dem genannten Blatte mitgeteilt ist, auch der preussische Minister die erbetene Selbstbeschäftigung abgelehnt haben.

Wir haben die Meldung unseres Erfurter Parteiorgans nicht sofort übernommen, weil sie anscheinend nicht von dem Inhaftierten selbst kam und immerhin die Möglichkeit eines Irrtums vorliegen konnte. Jedoch ist keinerlei offizielle Bestätigung der Erfurter Meldung bekannt geworden. Es ist also tatsächlich wiederum der unwürdige Fall zu verzeichnen, daß die preussische Justizverwaltung einem Redakteur, der wegen Preßvergehen das Gefängnis beziehen mußte, die Selbstbeschäftigung verweigert.

Dieses Verfahren ist längst von jedermann, der in der deutschen Öffentlichkeit Anspruch auf politischen Anstand erhebt, aufs schärfste verurteilt worden. Im Reichstage sind wiederholt Petitionen, welche sich gegen die grausame Behandlung der Vertreter einer gegnerischen politischen Partei wenden, auf das eindringlichste beantwortet und der Reichsregierung zur Berücksichtigung empfohlen worden.

Das Verfahren ist nach unserer Ueberzeugung zudem gänzlich ungeheuerlich. § 16 des Reichs-Strafgesetzbuches bestimmt: „Die zu Gefängnisstrafe Verurteilten können in einer Gefangenenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen.“ Künstliche Auslegungen, durch welche die Gefängnisverwaltungen den klaren Wortlaut des Gesetzes in das Gegenteil zu lehren versucht haben, sind unmöglich für denjenigen, dem es ernst ist um das, was das Gesetz vorschreibt.

Es muß erwartet werden, daß auch diese neueste gräßliche Mißhandlung eines Redakteurs im Gefängnis von der gesamten Presse, der an der Erfüllung des Gesetzes und des politischen Anstandes liegt, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird.

Die Ablehnung des Rhein-Keine-Kanals befürwortet die „Deutsche Tageszeitung“. Dagegen scheint man den Dortmund-Rhein-Kanal, der den östlichen Agrariern gänzlich ungeschädlich ist, zu gewähren.

Ueber den Wilhelm-Orden des Herrn James Simon wendet die „Staatsbürger-Zeitung“ einen ganzen Leitartikel auf. Der Jude Simon teile diese Auszeichnung nur mit wenigen Sterblichen, z. B. mit dem verstorbenen Krupp. Das Blatt glaubt am Schluss, die Frage aufzuwerfen, „ob den alten Mittern des Wilhelm-Ordens dieser neue Zuwachs willkommen sein wird“. Mit dieser beidenseitigen Anrede laßt der antisemitische Heldegeist zusammen. Das Deutschland der „Staatsbürger-Zig.“ bringt es nicht einmal fertig, die nächsten Konsequenzen seiner Auffassung zu ziehen und die „alten Mitter“ anzufordern, ihre Wilhelmorden zurückzugeben.

Die Landestrauer. In Leipzig wurde ein Vortrag Dr. Meyers über seine Reise nach Spitzbergen, der in einem Arbeiterverein gehalten werden sollte, wegen der Landestrauer verboten.

Die ganze Landestrauer ist ein Ueberbleibsel aus feudaler Zeit, etwa wie die medlenburgische Prinzessinnensteuer. Sie bedeutet einen, oft sehr schwer wirkenden Eingriff in die Gewerbe-Ordnung, der namentlich die Wäbnerproletarier empfindlich schädigt. Es wäre an der Zeit, den Plunder reichsgesetzlich endlich zu erledigen. Zudem ist die Art, wie man die Gefühle der Trauer zu schlingen laßt, auch sachlich, selbst vom Standpunkt des patriarchalischen Regiments, völlig farnlos. Ernste Musik, hohe Tragödien, jezt auch selbst wissenschaftliche Vorträge werden verboten, während man in Anzeigen und Vorreden ungestört des niedrigen Lebens gemischteste Freuden auch während der Landestrauer ungestört genießen kann. Es ist wahrhaftig nicht Sache der Polizei, den Staatsbürgern den rechten Trauerzwang anzubefehlen, und es ist obendrein noch eine Beschimpfung der Kunst, wenn man sie für unwürdig erklärt, in Zeiten der Trauer sich zu äußern.

Schadenersatz wegen behärdlicher Mißgriffe und der Konflikt des Polizeiministers. Die dänisch gestimmten preussischen Bürger von Duxrup in Schleswig-Holstein hatten sich vor Jahren einen „Geselligen Verein“ geschaffen, der sich im Wege genossenschaftlicher gegenseitiger Hilfe ein eigenes Vereinshaus zulegte. Es wurde vom Vorstand dieses Vereins „Frey“ ein Dekonom Eobland eingesetzt, der im Auftrag des Vorstandes die behärdlich verweigerte Schankkonzession für die Vereinsräume erlangte. Der Bezirkskonsul erließ die Konzession zum Ausschank „für die Mitglieder“, indem er den Wortlaut des Antrages übernahm. Die Behörden kümmerten sich an die Worte: „für Mitglieder“ und bereiteten dem Verein und dem Dekonom einen Scherereien, weil bei den geselligen Veranstaltungen naturgemäß auch an Familienangehörige der Mitglieder und an einzelne eingeführte Gäste Getränke abgegeben wurden. Als Vorstand und Dekonom die Konzession durch den Amtsvorsteher Valentiner zu ihrer Verneinung durch den Amtsvorsteher Valentiner zu ihrer Verneinung erklären wollten, in Zukunft solle nur an Mitglieder ausgehändigt werden, schloß der Amtsvorsteher zwangsweise die fraglichen Räume und verhinderte so jeden Ausschank.

Beschwerden beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Schleswig blieben ohne Erfolg. Die Klage beim dritten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts führte aber dazu, daß die Verschwerdebefehle aufgehoben und die Zwangsverfügung des Amtsvorstehers außer Kraft gesetzt wurden. Das Ober-Verwaltungsgericht ging davon aus, daß trotz der Worte „für die Mitglieder“ die Konzession sich auch auf die Familienangehörigen und auf eingeführte Gäste bezogen habe, weil wegen des Statuts des Vereins mit seinen Bestimmungen über Feste und Konzerte unter Teilnahme von Angehörigen und einzelnen eingeführten Gästen eine andere Auslegung gar nicht möglich sei. Die Herren Niels Bond, Niels Rimmemann und Lars Karjen, denen der Verein seine Ansprüche übertragen hatte, klagten nun im Zivilprozeß auf Schadenersatz in Höhe von etwa 8000 M. und zwar richteten sie die Klage gegen den Amtsvorsteher Valentiner, den königlichen Dekonomierat Ohlsen, der in Stellvertretung des Landrats die erste Verschwerdebefehle abgab, und gegen den Regierungspräsidenten a. D. Zimmermann, dem Verweigerer der zweiten Verschwerbe und Verklagten vom damaligen Rechtsstreit vor dem 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts.

Der preussische Minister des Innern erhob jedoch zugunsten der drei Verklagten den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens, weil sie im Rahmen ihrer Amtsbefugnisse geblieben seien. Allerdings habe das Ober-Verwaltungsgericht einen anderen Standpunkt eingenommen wie sie. Indessen könnte ihnen eine Amtsbefreiung nur vorgeworfen werden, wenn sie ihrer pflichtgemäßen Ueberzeugung zuwider gehandelt hätten, was hier nicht der Fall sei. — Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erklärte den Konflikt des Ministers am 18. Oktober für begründet, so daß der Zivilprozeß gegen die Verklagten endgültig einzustellen ist. Es liege keine Amts- oder Ueber-
tretung vor, weil der Irrtum der Verklagten ein solcher über-

tatsächliche Verhältnisse sei und sie nur ihrem pflichtgemäßen Ermessen folgten.

Auch in Preußen ist eben wie in Rußland die Bureaukratie absolut! Sie darf nach Herzenslust durch „Rechtsirrtümer“ die Staatsbürger schädigen! —

Ausland.

Vom amerikanischen Militarismus.

Eine wuchtige Anklage gegen Roosevelt und die herrschende republikanische Partei besteht in dem Hinweis auf den ungeheuer anschwellenden Militarismus. So sicher die Republikaner ihres Sieges am 8. November sind, so unbequem ist es ihnen, sich dagegen zu verteidigen, daß sie den Militarismus großgezogen haben. Die Zahlen, welche in dieser Beziehung angeführt werden, reden allerdings eine deutliche Sprache. Im Jahre 1893 betrug der Militäretat 46 Millionen Dollar; seit dem Kriege mit Spanien (1898) ist die durchschnittliche Höhe von jährlich 137 Millionen Dollar erreicht worden. Diese Zahlen betreffen die Landarmee, die eine Maximalstärke von 100 000 Mann erreichen kann und eine Minimalstärke von 66 000 Mann haben muß. Die Marine kostete im Jahre 1893 die Summe von 30 136 048 Dollar. Bis zum Jahre 1903 steigerten sich die Ausgaben auf 82 618 024 Dollar. In dem Fiskaljahre 1903/1904 kamen noch 20 Millionen hinzu. Für das letzte Jahr betragen demnach die Ausgaben für die Land- und Seemacht etwa 240 Millionen Dollar. Dazu kommen dann die Militärentschädigungen in einer Höhe von 140 Millionen jährlich, und so muß selbst der harmloseste Bürger in Unruhe geraten über den unerfäglich militärischen Aufwand. Die Republikaner versuchen, ihn zu beruhigen durch die Erklärung, daß die wachsende Größe und die höheren Aufgaben der Nation den Aufwand für das Militär erfordern, ferner, daß man die jetzige große Bevölkerung der Vereinigten Staaten berücksichtigen müsse; unter Jefferson (Präsident von 1801—1809) gab es 5100 Soldaten bei einer Bevölkerung von 5 300 000, die jetzt auf 80 Millionen gewachsen ist. Das sind schlechte Trostgründe. — Vielseitig erörtert wird die Frage der Militärentschädigungen. Roosevelt hat die Altersgrenzen von 65 resp. 75 Jahren für die Berechtigung zu halben, resp. ganzen Pensionen auf 62 und auf 70 Jahre herabgesetzt. Es wird behauptet, daß Roosevelt unbedingterweise das Gesetz geändert habe, weil der Kongreß allein das Recht dazu besitze, und daß es bei dieser Änderung nur auf das Einverständnis abgesehen sei. Die Demokraten nützen die Gelegenheit aus, um die Gefährlichkeit Roosevelts für das Präsidentenamt zu beweisen, da er die Gesetze nicht respektiere. So vom Militarismus die Rede ist, wird auch die Philippinen-Angelegenheit besprochen; die Demokraten haben eine Berechnung aufgestellt, nach welcher dieses Kolonialabenteuer den Amerikanern bereits 600 Millionen Dollar gekostet hat! —

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung macht Fortschritte. Die auf dem letzten österreichischen Parteitage von einzelnen Rednern gedehnte Befürchtung, das österreichische Proletariat sei auf dem Wege zu verkommen, hat sich recht bald als unbegründet erwiesen. Nach der Bewegung in Brünn folgte Prag und jetzt Pilsen. In letztgenannter Stadt demonstrierte die Arbeiterkraft am letzten Sonntag in drei großen Versammlungen. Die Demonstration wurde nachher auf der Straße fortgesetzt. Hier wurde die Gendarmerie mit aufgeflogtem Bajonett auf die Arbeiter losgelassen, wobei es zu einem hochdramatischen Akt kam. Ein Arbeiter stürzte sich vor die Menge, entblöhte seine Brust und rief: „Da steht her, wenn Ihr Arbeiterverbot wollt!“ Das brachte die Gendarmerie zur Besinnung und es gelang dann den Vertrauensmännern der Partei, die äußerst erregte Menge zu beruhigen und zum Abmarsch zu bewegen. Vor dem Rathaus hielt dann Genosse Habermann eine Rede.

Wien, 19. Oktober. Die Nachsichtigung des Gemeinderats nahm einen sehr stürmischen Verlauf, der seinen Höhepunkt in der Ausschließung des sozialistischen Gemeinderates Reumann von dieser und den nächsten drei Sitzungen erreichte.

Kein Zueger-Fadelzug! Der aus Anlaß des 60. Geburtstages Zuegers geplante Fadelzug ist amtlich verboten worden. Das Verbot wird damit begründet, daß sich anlässlich der Vorbereitung des Fadelzuges eines Teiles der Wiener Bevölkerung (damit sind die Sozialdemokraten gemeint) eine große Erregung bemächtigt habe.

Schweiz.

Vor dem Kriegsgericht zu Neuchâtel werden insgesamt sechs Soldaten zu erscheinen haben, welche ihren Dienst verweigerten, als es galt, gegen die streikenden Arbeiter in Chaux de Fonds zu marschieren. Unter diesen befindet sich auch ein Offizier.

Amerika.

Die Eintragung der Bürger in die Wählerlisten zeigt in New York eine überraschende Stärke und von vielen anderen Staaten kommen gleichlautend günstige Berichte. Vielesach wurde geflagt, daß die Wählerkampagne in Vergleich zu früheren Jahren recht still verläuft, was allerdings immer noch laut genug sein würde. Die starke Registrierung beweist jedenfalls, daß ein lebhaftes Interesse vorhanden ist. Man glaubt, mit beinahe 15 Millionen Wählern rechnen zu dürfen. Bei der Aufstellung der Wählerlisten kommen gewöhnlich viele Betrüge vor und daran fehlt es auch diesmal nicht. Jede Partei ermahnt zur strengen Wachsamkeit über die andere, die Republikaner über die Demokraten und die Demokraten über die Republikaner. Es kommt vor, daß Namen doppelt und dreifach eingetragen werden und daß längst Verstorbene noch als Wahlberechtigte figurieren, am Wahltag ihre Auferstehung feiern und spurlos zur Geisteswelt zurückkehren, nachdem sie ihre Stimmen abgegeben haben. Im Staate New York kann die Entscheidung an einigen tausend Stimmen hängen, und New York ist der wichtigste Staat für die Präsidentenwahl. Dort beteiligten sich 1 547 912 Wähler an der Präsidentenwahl im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl war nach dem Zensus von 1900 auf 7 268 874 gewachsen. Deß, auch damals der Kandidat der Sozialdemokraten, erhielt 12 869 Stimmen; sein Konkurrent im eigenen Lager von der Sozialistischen Arbeiterpartei aufgestellt, erhielt beinahe die gleiche Zahl, 12 622 Stimmen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Kampf ums Mutterrecht.

Den bürgerlichen Wählern, die in diesen Tagen wieder weinerliche Betrachtungen anstellen über das Geschick der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen, wollen wir ein geeignetes Objekt zeigen, für das ihr menschliches Mitgefühl erglänzen und gleichzeitig der schönen Eifer für die Heiligung der Gesetze sich betätigen kann. Allerdings, es sei vorweg bemerkt, handelt es sich nicht um eine schwärmende Königin, sondern nur um eine unscheinbare fleißige Arbeiterin im Wienestock menschliche Gesellschaft.

In Sommerfeld a. D. lebt, so berichtet die „Märkische Volksstimme“ in Forst, eine ältere Frau, deren Mann vor einigen Jahren verstarb. Mit dem karglichen Ertrag fleißiger Arbeit ernährt die Witwe sich und ihre drei unermöglichen Kinder, über die ihr die Vormundschaft anvertraut ist. Die brave Frau hat begriffen, daß nur aus dem Zusammenhänge Gleichstrebender den Proletariern Heil erblühen kann, der hohe Begriff der Arbeitersolidarität ist ihr aufgegangen und dem erkannten Ideal getreu gibt sie den proletarischen Geschlechtsgefährten in der Tuchmacherstadt der niedrigen Löhne ein gutes Beispiel. Freudig nennen die Organisten die Witwe ihre beste Kollegin.

Ein hohes Lob! Es ist das schönste Zeugnis, das einer Arbeiterin ausgestellt werden kann. Die es verdient, muß ehrenfest sein und erfüllt von Gemeingeist. Klein ist die Zahl der organi-

Merken verglichen mit der Zahl der in Sommerfeld beschäftigten Textilarbeiter, und um so höher ist die goldene Mischung gesunder Interessentwahrung und idealen Strebens zu schätzen, die unserer Wittve die Achtung ihrer Berufsgenossen gewann.

Eine solche Frau, die durch ihr Beispiel erzieherisch wirkt auf eine zahlreiche Arbeiterfamilie, wird auch ihre Kinder zu leiten wissen, daß sie brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft werden. Fragt die Proletarier und jeder wird antworten: Solch eine Mutter ist ein Schatz fürs Leben!

Und doch wird gerade wegen der vorzüglichen Eigenschaften der Sommerfelder Wittve ihr Mutterrecht angefochten! Als jüngst ein neuer Waisenrat sein Amt übernahm, eröffnete er der Frau, wenn sie auch künftig Vormund über ihre Kinder bleiben wolle, müsse sie dem Textilarbeiter-Verbande den Rücken kehren, tue sie das nicht, so werde sie über die Kinder nichts mehr zu sagen haben.

Man kennt die Grundsätze, nach denen die auf den Rathhäusern kleiner Städte herrschende Hausbesitzerklasse Waisenträte auswählt; man kann sich also denken, weshalb ein Mann der neue Waisenrat ist. Er handelt aber nicht auf eigene Faust, das Vormundschaftsgericht steht hinter ihm. Termin wurde bereits abgehalten und auf dem Gericht das selbe Diktum: Aus dem Verband oder aus dem Mutterrecht! Begründend wird angegeben: Wenn die Mutter einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehört, dann würden die Kinder verwahrlosten.

Am Sonnabend soll abermals Termin abgehalten und die Entscheidung gefällt werden. Der Konflikt zwischen Mutterpflicht und Arbeiter-solidarität trieb die geängstigte Frau zum Vorstände ihrer Organisation und es ist selbstverständlich, daß die Organisation ihr Mitglied nicht im Stiche läßt. Treue um Treue!

Gehe der Kampf aus wie er will, als Illustration der Wertehaltung des Koalitionsrechts behält er seine Bedeutung. Der Geist der besonnenen Zucht und Hausvorlage feiert eine widerwärtige Auferstehung. Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie es anwenden, werden sie bestraft! Nicht bloß kriminell, sondern mit Entziehung eines Naturrechts, das die bürgerliche Gesellschaft mit einem Heiligenschein umgibt.

Ein schlechter Kerl in jeder Klasse, der nicht Korpsgeist betätigt — aber wenn der Arbeiter zu schmeiglichen hält, dann Verdammnis über ihn. Klassenmoral!

Steglich. Donnerstag, 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, hält der Bildungsberein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgebung bei Wahrensdorf, Schlossstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. — Es wird nochmals auf das Stiftungsfest, welches Sonnabend, den 22. Oktober, in den Gesamtzimmern des Gesellschaftshauses, Friedenau, Rheinstr. 14, stattfindet, aufmerksam gemacht. Zahlreichen Besuch aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

„Streikbrecher“ und „Streikbruder“. Wie verschiedenartig diese beiden Ausdrücke von den Gerichten beurteilt werden, das hat sich recht deutlich im Laufe der letzten Woche gezeigt. Bekanntlich wurde der hiesige Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, Cohen, vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einen Arbeitswilligen, der ihn beschimpfte, Streikbrecher genannt hatte. Das Gegenstück zu dieser Verurteilung bildet nun eine Freisprechung ebenfalls des Schöffengericht, wobei als Angeklagter allerdings kein Arbeiterführer, auch kein Streikbrecher, sondern ein ausgemachter Streikgegner in Betracht kam. Es handelt sich um folgenden Tatbestand: Bei der Firma Schwedinski in der Kantensseifstraße war in diesem Sommer ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen. Der Schlosser B. stand vor dem Betriebe Streikposten. Ruhig ging er auf und ab. Als er auf seinem Gang an dem Portier des Hauses, namens Spemann, vorbeiging, jagte dieser zu B.: „Sie Streikbruder, Sie kennen wir ja, Sie Kerl!“ Gleichseitig suchte er einen in der Nähe stehenden Schuhmann zu veranlassen, den Schlosser B. nach der Wache abzuführen. Der ohne jeden Grund beleidigte erhob hierauf gegen den Portier Spemann die Privatklage. Das Urteil lautete auf Freisprechung, wobei der Vorsitzende in der Begründung ausführte: Nach dem Stande des Klägers wie auch des Beklagten könne nicht angenommen werden, daß letzterer, als er jenen Ausdrück tat, das Bewußtsein in der Beleidigung gehabt habe. — Auch gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Die organisierte Arbeiterschaft ist ja so manches von der bürgerlichen Justiz gewohnt geworden und sie wird auch diesen Fall zu den übrigen legen als neues Beweismittel, daß die Einschätzung, die sie dieser Justiz zuteil werden läßt, die richtige ist.

Die Automobil-Drohsache. Ein schweres Unglück, welches durch übermäßig schnelles Fahren einer Automobil-Drohsche angerichtet wurde, beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Der fahrerfähige Lötung beschuldigt, befand sich der Drohschaffner Wilhelm Vast auf der Anlagelampe. In der Nacht zum 13. August kam der Angeklagte mit seiner Automobil-Drohsche von Rixdorf und fuhr nach dem Halleschen Tor zu. Am Kaiser-Friedrichsplatz mußte er an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn vorbeifahren. Hier standen drei Personen, welche auf einen Wagen der elektrischen Bahn warteten. Der Angeklagte gab Signal durch wiederholtes Läuten, worauf die drei Personen vom Straßenrand zurücktraten. Eine von ihnen, die Käthe Geberl, war nicht schnell genug, sie hatte den schwebenden Bürgersteig noch nicht erreicht, als das Automobil herangekam und sie mit großer Gewalt zu Boden schleuderte. Sie erlitt einen Schädelbruch und noch andere schwere Verletzungen, denen sie bald erliegen ist. Es wurde durch die Vernehmung festgestellt, daß der Angeklagte keineswegs beim Passieren der Haltestelle, wie es seine Berufspflicht verlangte, die Fahrgeschwindigkeit gemindert hatte, sondern mit einer Schnelligkeit von 10 Grad vorbeigefahren war. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, der Gerichtshof ging aber weit über diesen Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Verfammlungen.

Die Diskussion über Parlamentarismus und Generalstreik. Am 20. September im Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Osten) vertrat werden mußte, wurde am Dienstag in einer neuen Versammlung des Vereins fortgesetzt.

Vorur in die Tagesordnung eingetretten werden konnte, mußten auf Verlangen des überwachenden Beamten die wenigen Frauen, die anwesend waren, in einem „abgesonderten Raume“ Platz nehmen, um den Sonderbarkeiten des preussischen Vereinsgesetzes und den Erklärungen des Ministers Hammerstein gerecht zu werden. Sodann widmete der Vorsitzende Vikin dem verstorbenen Genossen Albert Schmidt einen tief empfundenen Nachruf und die Versammlung ehrte das Andenken Schmidts in der üblichen Weise.

Zur Fortsetzung der Diskussion erhielt auf Grund der aus der vorigen Versammlung übernommenen Rednerliste Ritschke das Wort. Er führte aus: Friedeberg habe sich in seiner Broschüre über den Generalstreik etwas anderes ausgesprochen als in seinem letzten Vortrag. Der Broschüre nach zu urteilen, erwarte er nichts vom Parlamentarismus und wolle alles durch den Generalstreik erledigen. Das sei eine irrtümliche Auffassung. Wohl könne es zu politischen Massenstreiks kommen, das man aber die parlamentarische Aktion dadurch erledigen könne, das glaube kein Parteigenosse. Uebrigens sei es ein Unglück, wenn das Proletariat jetzt plötzlich die Macht in die

Hände bekäme; bei dem Mangel an Schulung der Massen sei es ausgeschlossen, daß die Macht in der richtigen Weise benutzt werde. (Widerspruch aus der Versammlung.) Es sei unverständlich, wenn Friedeberg erkläre, er werde dem Wahlrecht keine Träne nachweinen, dann aber wieder mit dem Wahlrechtsraub in Sachsen die Generalstreiks-idee in Verbindung bringe. Wegen diesen Wahlrechtsraub sei die Reichstagswahl in Sachsen eine ebenso wirksame Demonstration gewesen, als wenn hier und da in den Großstädten gestreift worden wäre. Kompromisse mit politischen Gegnern seien nicht zu umgehen, auch in der Gewerkschaftsbewegung müsse man mit den Gegnern verhandeln. Friedeberg habe seine ganze Generalstreiks-idee nicht zu Ende geführt. Es sei eine Utopie, wenn er glaube, in 10 oder 15 Jahren einen Generalstreik erfolgreich durchzuführen zu können. Er habe dabei vergessen, daß das deutsche Volk auch zu einem großen Teile aus unangelernten Landproletariern bestehe. Wohl wäre es vielleicht möglich, durch einen Massenstreik den herrschenden gewisse Konzessionen abzurufen; wenn dem deutschen Volke die gesetzlichen Rechte geschnitten würden, müßte man sich wohl einmal mit dem Gedanken befassen. Die Idee des Generalstreiks sei diskutabel, den Parlamentarismus aber könne der Generalstreik nicht ablösen. Wenn das Proletariat keine Vertretung im Reichstag mehr habe, kein Wahlrecht mehr, dann könnte ihm ja auch das Koalitionsrecht leicht noch genommen werden. Vor allem aber käme es unter den jetzigen Verhältnissen darauf an, die Organisationen auszubauen.

Brücker ist mit Friedeberg vollkommen einverstanden in der Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung, sowie darin, daß gründliche Aufklärung in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden müsse. Auch gehe ihm, dem Redner, die Entwicklung nicht schnell genug, doch sehe er in dem Generalstreik nicht das Mittel, das an die Stelle des Parlamentarismus treten könne. Wenn Friedeberg noch dem Bericht in der „Einigkeit“ sagte, daß er dem Wahlrecht keine Träne nachweine, so wäre auch der Zeitpunkt, wo er dies sagte, der allerungeeignetste gewesen. Wäre man nach den Ländern, wo die Agitation für den Generalstreik am eifrigsten betrieben werde, wie zum Beispiel in Frankreich, so bemerke man, daß die Organisationen schwach und zerstückelt seien, und das Wort Generalstreik habe die Köpfe förmlich verwirrt. Uebrigens habe uns die bisherige Taktik wohl Erfolge gebracht und für den Einfluss, den wir gewonnen hätten, zeuge das Wort des Reichslanzlers Caprivi, daß man alle Gesetzesvorlagen auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfen müsse. Durch die Arbeiterbewegung, die auf Drängen der Sozialdemokratie entstanden seien, sei tatsächlich in mancher Hinsicht der Verelendung des Volkes entgegenge wirkt worden. Wohl könne der Parlamentarismus nicht allein zum Ziele führen, die politische Bewegung müsse durch die gewerkschaftliche ergänzt werden. Im übrigen sei jedes Mittel zu benutzen, das wirklich Erfolg verspreche. Unverständlich sei es, wie Friedeberg die anarchische Presse empfohlen könne, Blätter, unter denen keine Nummer zu finden sei, in der nicht in gemeinsamer Weise irgend ein Vertreter der Arbeiterbewegung mit Schmutz besorfen werde. Von der bisherigen Taktik abzuweichen, liege keine Ursache vor.

Katau vermißt in Friedebergs Generalstreiks-Idee die wissenschaftliche Begründung. Er müsse es Friedeberg auch zum Vorwurf machen, daß er seine Idee zunächst in einer kleinen Versammlung zum Vortrag gebracht und dort eine Resolution zugunsten seiner Anschauung habe fassen lassen. Was die Aufklärung der Massen anbelange, so sei gerade der Reichstag der Platz dazu, von dem aus viel in dieser Hinsicht gescheit werden sei und werde. Ein Generalstreik sei jetzt in Deutschland fast ganz ausgeschlossen, die große Masse sei noch nicht in genügendem Maße organisiert und darum sei dieses Mittel zurzeit schädlich und verwerflich. Die politische und gewerkschaftliche Bewegung müsse Hand in Hand gehen. Unbewußt habe Friedeberg einen Teil in die Bewegung getrieben. Nach Friedebergs Auffassung könnten wir ja von morgen an sagen: wir wählen nicht mehr. Im Gegenteile müsse man nach wie vor darauf streben, immer mehr Vertreter ins Parlament zu bringen und damit immer mehr Einfluss zu gewinnen. Zum Generalstreik könne man erst dann greifen, wenn man wisse, daß die Truppen des Proletariats so stark organisiert sind, ihn auch siegreich durchzuführen zu können. Vorläufig sei das nicht der Fall. Wenn einmal alle Mittel erschöpft sein sollten, dann werde die Arbeiterschaft wohl wissen, was zu tun sei. Uebrigens könne man Friedeberg für die Anregung, die seine Agitation gegeben habe, dankbar sein.

Vitin hob hervor, daß Friedeberg vom ehrlichsten Willen befehle ist, wenn er für den Generalstreik Propaganda macht. Es habe ihn aber, als er jenes Abfallsmittel empfahl, die innige Verbindung mit dem Proletariat gefehlt. Wohl habe auch er, der Redner, das Gefühl, daß die Entwicklung nicht schnell genug gehe. Dem Proletariat, das erkannt habe, daß es seinen Kampf als Masse führen müsse, könne jedes Mittel willkommen sein, wenn es nur vorwärts helfe. Von dieser Voraussetzung aus sei die Diskussion über das Thema eröffnet worden. Friedeberg habe bei seiner Agitation leider vielfach die nötige Vorsicht vermissen lassen. Wenn seine Voraussetzungen zuträfen, dann würden die Dinge anders liegen. Nun sei aber, soweit man die Vorgänge in Deutschland überblicken könne, gerade durch Massenstreiks nichts gewonnen worden. Nach seiner, des Redners Meinung, müsse die Erziehung nach anderer Richtung gehen. Die Gewerkschaften müßten dahin wirken, jeden Einzelnen als Individuum aufzuwecken und so weit zu erziehen, daß keiner mehr unter einem bestimmten Minimum arbeite, jeder sich seiner Menschwürde bewußt werde. Uebrigens könne er nicht einsehen, daß die Gewerkschaften verpufft seien. Sie hätten mehr zuwege gebracht in der Erziehung der Massen, in der Einschränkung des Glanzes durch Lohnverbesserungen und Unterkümmungs-Einrichtungen als die ganze bürgerliche Gesellschaft in zwei Jahrhunderten. Was den Parlamentarismus anbelange, so sei er, Redner, vor Jahren heftiger Gegner der Beteiligung an den Kommunalwahlen gewesen, erachte es aber jetzt für ein großes Glück, daß die Arbeiterschaft sich daran beteilige. Die Diskussion über die Generalstreiks-idee habe anregend gewirkt. Die Heberzeugung Friedebergs müsse man achten.

Wofras sprach sich ebenfalls gegen Friedebergs Generalstreik-Propaganda aus, polemisierte ferner gegen die lokalorganisierten Gewerkschaften und bemerkte unter anderem, Friedeberg habe diese Organisationen den „rechten Flügel“ der Partei genannt.

Dr. Friedeberg, der dann das Wort erhielt, erklärte, daß er diese Behauptung nicht getan habe; er sehe ja im Gegenteil die lokalorganisierten vielmehr als den linken und radikalsten Flügel der Partei an. Die Idee des Generalstreiks propagiere er jetzt seit zwei Jahren und er sei immer offen damit hervorgetreten; in zahlreichen Versammlungen, sowohl bei lokal- als zentralorganisierten Gewerkschaften habe er über das Thema gesprochen. Seit 18 Jahren stehe er im Klassenkampf. Praktische Vorgänge sowie theoretische Erörterungen hätten ihn zu seiner Auffassung geführt. Wenn man nach marxistischer Auffassung behaupte, die ökonomische Struktur sei die alleinige Bedingung für die herrschende Gesellschaftsordnung, so sei das genau so falsch, als wenn man nach anarchischer Auffassung die einzige Ursache im Gehirn der Menschen suche. Die Umwelt und Innenwelt der Menschen wirkten gemeinsam als Grundbedingungen der gesellschaftlichen Zustände. Die ökonomische Macht des Proletariats sei stärker geworden, die revolutionäre Auffassung aber sei zum Teil verloren gegangen. Wer nun sage, das Proletariat werde nichts tun, wenn ihm seine wichtigsten politischen Rechte genommen würden, der reize ja geradezu die Gegner zu allerlei Schandthaten. Er, Redner, habe nie gesagt, daß der Parlamentarismus nichts nütze, sondern vielmehr — wie der Redner durch Verlesung mehrerer Stellen aus seiner Broschüre und deren Vorwort nachweist — auch den Nutzen des Parlamentarismus hervorgehoben. Seiner Meinung nach rühe gerade die Gewerkschaftsbewegung auf der politischen Macht des Proletariats. Er habe auch nicht daran gedacht, den Parlamentarismus plötzlich abzuschaffen, sondern strebe nur eine allmähliche Umwandlung des Kampffeldes der Arbeiterbewegung an. Mit dem Parlamentarismus allein sei die Befreiung verbunden, daß er, je mehr

er dem Proletariat wertvoll werde, durch Gewaltstreiche beseitigt werden könnte. Die Machtmittel der Arbeiterschaft seien ökonomischer und feilischer Art, darum müsse der Kampf auf ökonomischem und psychologischen Gebiet geführt werden. Er, Redner, wolle nur diejenigen Dinge mehr hervorgehoben wissen, die den ganzen Menschen erfassen, und deswegen sei er auch für den Generalstreik. Dazu sei die Erziehung des Einzelnen notwendig, und darum betone er auch die Gewerkschaftsbewegung so stark, weil durch sie der Einzelne genötigt werde, mit seiner ganzen Person für die Sache einzutreten. Er sei nicht für einen Generalstreik als leere Demonstration; wenn es einmal dazu komme, müsse die herrschende Klasse auch wissen, daß es sich um Kopf und Krone handle. Der Redner zitierte für seine Auffassung vom Generalstreik, von dessen Vorbedingungen und praktischen Werte Verurteilungen von Parvus, von Oda Oberg in der „Neuen Zeit“ und von Henriette Roland-Holst auf dem Amsterdamer Kongress und erklärte zum Schluß, man möge gegen ihn sagen, was man wolle, in der Stunde der Gefahr werde er zum Proletariat halten. Der Generalstreik aber werde nicht wieder aus den Diskussionen der Arbeiterschaft verschwinden.

Unger wies auf den Wert des Parlamentarismus hin und bemerkte, man könne durch den Reichstag manche Wahrheit aussprechen, die wo anders zu sagen nicht möglich sei. Die Generalstreiksagitation könne dazu führen, die Köpfe zu verwirren. Diese Agitation, wie sie Friedeberg betreibe, sei Wasser auf die Mühle der lokalorganisierten. Friedeberg hätte wohl die Generalstreiks-idee pfeifen können, ohne den Parlamentarismus so anzugreifen.

Vorwärts wünscht, daß der geistige Faktor in der Arbeiterbewegung mehr hervorgehoben werde. Der Parlamentarismus allein werde nicht imstande sein, die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. Es sei notwendig, daß über solche Fragen wie die vorliegenden diskutiert werde.

Nach einigen Bemerkungen von Korraschel, die sich wesentlich darauf bezogen, daß ein Teil der Versammlungsbesucher den Saal bereits verlassen hatte — es war kurz vor 12 Uhr — war die Diskussion erschöpft.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß am Sonntag morgen eine Flugblattverteilung stattfindet und am Dienstag, den 25. Oktober, im selben Saale wie diese Versammlung eine Kommunalwähler-Versammlung für den 22. Wahlbezirk, wo an Stelle des Genossen Friedeberg, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, ein Kandidat für die bevorstehende Erziehungswahl aufgestellt werden soll.

Fünfter Wahlkreis. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im „Alten Schützenhause“ eine Generalversammlung ab. Genosse Bucht widmete zunächst dem verstorbenen Mitgliede A. Wegner sowie dem auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt einige warm empfundene Worte des Nachrufes, worauf das Andenken der Toten durch Erheben von den Sigen gelehrt wurde. Sodann erfolgte die Befähigung von 21 neu aufgenommenen Mitgliedern. Hierauf wurde ein Antrag des Vorstandes, den § 7 des Statuts dahin abzuändern, das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahre gleichzusetzen, ohne Debatte angenommen. — Zu einer lebhaften Aussprache führte der Antrag auf Erziehung einer Parteiparticipation für den 5. Kreis, der von Piepmann eingehend begründet wurde. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit der Eröffnung der Parteiparticipation am 1. November einverstanden. Von den beiden in engeren Vorfeld gebrachten Vorschlägen für den Expedientenposten, Zucht und Partheie, wurde schließlich Zucht mit Majorität zum Expedient gewählt. — In einer kurzen, kernigen Ansprache ermahnte Genosse Weiss die Anwesenden, für eine möglichst rege Beteiligung an der bevorstehenden Kommunalwahl im 30. Bezirk Sorge zu tragen und damit dem Kandidaten der Partei, Genossen Sassenbach, zum Siege zu verhelfen. — Erledigt wurde ferner die Ausschlussfrage eines Schankwirtes, der wegen Nichtbeteiligung an Wahlen aus dem Verein ausgeschlossen war und gegen diese Maßregel an die Generalversammlung appelliert hatte. Die Beratung des Ausschlossenen wurde einstimmig verworfen. — Zum Schluß erinnerte Liepmann die Inhaber aller Parteibbons daran, die Ablieferung derselben im Interesse einer pünktlichen Abrechnung tunlichst zu beschleunigen, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei beendet wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das neue Ministerium.

Lissabon, 19. Oktober. (B. T. Z.) Das neue progressivste Kabinett ist nunmehr endgültig wie folgt konstituiert: Präsidium Beiano Castro, ohne Portefeuille, Inneres Pereira Miranda, Finanzen Espregueira, Auswärtiges Villaca, Justiz Alpoim, Marine Moreira Jun, Krieg Schaitias Telles und öffentliche Arbeiten Eduardo Coelho. Für die Zeit der Krankheit des Ministerpräsidenten wird der Minister des Innern die Funktionen des Ministerpräsidenten ausüben.

Der Auslauf der russischen Dschirkoite.

Tranebjerg, 19. Oktober. (B. T. Z.) 21 große russische Kriegsschiffe und 8 oder 9 Torpedoboote passierten jenseits Samsoe Belt; das letzte Schiff passierte Refsoes um 5 Uhr nachmittags. Das dänische Torpedoboot „Marhavnen“ ging um 1 Uhr nachmittags in See, um das Geschwader zu begleiten.

Russische Beschwichigungsversuche.

Petersburg, 19. Oktober. Die russische Telegraphen-Agentur erklärt: Die letzte Woche war besonders reich an falschen Meldungen (?), die in überreichem Maße von den Wätlern des westlichen Europas verbreitet worden sind. So wurde von einem Bezugsdienstbericht, der angeblich unternommen sei gegen Personen der Garnison der Peter Pauls-Festung. Ebenso ist mehrfach das Gerücht verbreitet worden, daß eine Reiterrei ausgebrochen sei unter Orenburger Kosaken, die in Helsingfors liegen. Auf die Abfuhr, die russischen Zustände in den schwarzenen Farben zu malen, ist die Nachricht zurückzuführen, daß ein Aufstand in der Armece in Finnland ausgebrochen sei, die ganz ohne Grund von einem französischen Waite verbreitet wurde. Eine einzige Quelle hatte das Wort, einige unbekannt finnländischer Fischer, weiter halte es keine. Gleiches Uebelwollen gegen Rußland spricht sich in einem Artikel der „Times“ aus, welche im Interesse Japans die finanzielle Lage Rußlands als derartig feilisch hinzustellen versucht, daß die russische Regierung daran denke, die in den Kirchen aufbewahrten Schätze als Kriegsfonds zu benutzen. Angesichts solchen systematischen Uebelwollens sind wir ermächtigt, alle diese Nachrichten für unbegreiflich zu erklären; sie sind erfunden und das Ergebnis eines übelwollenden Vorgehens gegen Rußland zu dem Zwecke, die öffentliche Meinung in den Fragen des inneren Lebens Rußlands irre zu führen.

Wien, 19. Oktober. (B. T. Z.) Die Politische Korrespondenz meldet: Vorkämpfer von Szoggen begibt sich heute nach Berlin, um vor dem Beginn der Verhandlungen der Zoll- und Handelskonferenz, welche die Instruktionen für die Unterhändler bei dem Handelsvertrag mit dem Deutschen Reiche ausarbeiten wird, mit dem deutschen Reichsfinanzier die zu treffenden Vereinbarungen zu besprechen. Herr von Szoggen kehrt binnen ein oder zwei Tagen nach Wien zurück und wird hier den Abschluß der Verhandlungen der Zoll- und Handelskonferenz abwarten. Gegen Ende des Monats gedent der Vorkämpfer auf seinen Posten zurückzukehren.

London, 19. Oktober. (B. T. Z.) Gegenüber den Gerüchten, daß der Cunard-Dampfer „Altonia“ mit 2000 Auswanderern in der vorigen Woche in einem Sturm an der spanischen Küste untergegangen sei, erklärt die Cunard-Gesellschaft, daß die „Altonia“ am 13. d. M. wohlbehalten in Newyork angekommen ist und gestern wieder nach dem Mitteländischen Meer in See gegangen ist.

Genossen und Genossinnen Berlins und der Vororte! Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung!

Zielbewusste Angriffe auf das Selbstverwaltungsrecht der Kassen durch den Berliner Magistrat und andere Behörden.

Aus den gegen die Selbstverwaltung speziell der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse gerichteten behördlichen Schritten seien noch einige erwähnt. Zum besseren Verständnis dieser ist eine kurze Bemerkung über den Charakter der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse zweckmäßig.

Die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse zu Berlin wurde am 23. Mai 1878, also längst vor Einführung des durch das Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 eingeführten Versicherungszwanges gegründet. Der Kasse gehörten 67 (jetzt 64) Betriebe an. Das Fortbestehen der Kasse, die im Gegensatz zum Grundgesetz des Versicherungsgesetzes eine gemeinsame Krankenkasse für mehrere Betriebe darstellt, ist durch die §§ 74, 75, 85, 86 des Krankenversicherungs-Gesetzes ausdrücklich nach ihrer Umwandlung in eine Zwangskasse (Fabrik-Kasse) gewährleistet. Die Statuten sind behördlich genehmigt. Der Vorstand besteht nach dem Statut aus zwei Arbeitgebern und acht Arbeitnehmern, für jedes der zehn Vorstandsmitglieder wird durch die Generalversammlung ein Ersatzmann gewählt. Der Vorsitzende und der Mandant der Kasse wird von den Arbeitgebern gewählt. Der Kasse kann seit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungs-Gesetzes (1. Dezember 1884) ein neuer Betrieb nicht beitreten; ebenso wenig kann nach dem Statut einer der der Kasse angehörenden Betriebe ohne Zustimmung von vier Fünftel der in der Generalversammlung vertretenen Stimmenden austreten. Die Kasse hat die Karenzzeit befreit und hat eine Reihe weiterer Leistungen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus den Arbeitern gewährleistet. Aus den die Kasse schwer schädigenden behördlichen Eingriffen der letzten 5 Jahre seien folgende Vorgänge außer den oben erwähnten hervorgehoben.

I.

Am 24. Oktober 1899 ordnete der Oberpräsident auf Antrag der Elektrizitäts-Gesellschaft an, daß diese Gesellschaft mit dem 27. November 1899 aus der Kasse aussteige und eine eigene Betriebs-Krankenkasse bilde und daß die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse gewissermaßen als Prämie für den Vertragsbruch der Elektrizitäts-Gesellschaft 268000 Mark auszahle. Der Oberpräsident stützte seine Verfügung auf „hinweggehende Anwendung“ des § 67a R.-V.-G. Dieser Paragraph besagt lediglich, daß wenn von mehreren Betrieben desselben Unternehmers, für welche eine gemeinsame Krankenkasse besteht, einer in den Besitz eines anderen Unternehmers übergeht, die in diesem Betriebe beschäftigten Personen auf Antrag eines der beteiligten Unternehmer aus der Kasse aussteigen. Entstehungsgeschichte, Zweck und Wortlaut des § 67a R.-V.-G. stehen seiner Anwendung auf die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse schmerzhaft entgegen. Indessen kam ein Klagericht gegen die gesetzwidrige Anordnung des Oberpräsidenten nur durch Umwege erreicht werden. Da nämlich das Ausschreiben der Kasse, wenn es dem Gesetz entspricht, eine Statutenänderung involviert, so muß folgerichtig die Aufsichtsbehörde eine entsprechende Statutenänderung anordnen. Wegen dieser Anordnung ist dann der Rechtsweg an das Ober-Verwaltungsgericht nach § 24 und 43 R.-V.-G. zulässig. Als Bemerkungen der Arbeitervertreter, eine solche Anordnung zu erwirken, blieben Jahre hindurch erfolglos. Der für Maßnahmen gegen das Interesse der Kasse und der Arbeiter so Verfügungslustige Magistratskommissar streifte in diesem Punkte. Endlich hatte ein von den Arbeitgebern selbst bekämpfter Beschluß der Generalversammlung vom 11. Dezember 1901 den Erfolg, den Oberpräsidenten zu der Anordnung vom 19. März und 3. Mai 1902 zu veranlassen, binnen vier Wochen eine Abänderung des § 1 der Statuten dahin zu beschließen, daß die Zahl der zur Kasse gehörigen Betriebe auf 63 (statt 64) festgesetzt und in der namentlichen Aufzählung der Betriebe die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ fortgelassen werde. Wegen dieser Anordnung wurde beim Ober-Verwaltungsgericht Klage erhoben. Ueber diese Klage wurde am 23. Mai 1903 verhandelt. Die Interessen der Kasse wurden von den Vorstandsmitgliedern Albrecht und Gries wahrgenommen. Die Bemerkungen der Richter zeigten, daß das Ober-Verwaltungsgericht in Befolgung seines Grundgesetzes, daß beim Widerspruch der Statuten zweier Zwangskassen die jüngere der älteren zu weichen habe, der Klage stattzugeben wollte. Nach längerer Beratung wurde Termin zur Urteilsverlesung anberaumt. Der Termin wurde dann aufgehoben, ein neuer anberaumt, auch dieser wurde aufgehoben, wiederum ein neuer anberaumt. So ging es, ohne Verhandlung, wiederholt. Schließlich wurde Termin auf den 4. Februar 1904 anberaumt. Was halb? Hatte inzwischen ein Vertreter des Ministers mit dem Gericht konferiert und dieses sich außer Stande erklärt, „die Klage abzuweisen“. Fast scheint es so. Der Oberpräsident erklärte sich nämlich zwischendurch bereit, die Kosten des Prozesses zu tragen. Die Kasse, befragt, ob sie diesen Vorschlag annehme, mußte ihn ablehnen, da ihr an der Entscheidung der Streitfrage lag. Daraufhin zog der Oberpräsident (auf ministerielle Weisung?) seine angegriffene Verfügung zurück und übernahm die Kosten des Rechtsstreites. Trotz lebhafter Demonstration erklärte nunmehr das Ober-Verwaltungsgericht, entgegen seiner in Polizeisachen betätigten Rechtsprechung, die Klage sei gegenstandslos geworden, es könne nicht mehr entscheiden. Die Kasse empfindet dies Verfahren als schwere Rechtsverweigerung, die ohne Beispiel, aber auch ohne Möglichkeit einer Abhilfe dasteht. Nunmehr wandte sich der Vorstand unter dem 30. Juli 1904 an den Handelsminister mit dem Antrag: da durch das Zurückziehen der oberpräsidentlichen Verfügung anerkannt sei, daß die Elektrizitäts-Gesellschaft noch Mitglied der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse ist, die Fabrik-Krankenkasse der A. E. G. aufzulösen und die auf Anordnung des Oberpräsidenten der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse für die A. E. G. fortgenommenen 268000 M. zurückzahlen. Die Antwort des Ministers steht noch aus. Inzwischen erhalten die Mitglieder der Fabrik-Krankenkasse der A. E. G. trotz höherer Beiträge niedrigere Leistungen als die Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse.

II.

Am 9. Mai 1901 nahm an auf Anordnung des Magistrats-Kommissars zwei Magistratsbeamte der Kasse 268000 M. fort und übergab sie der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Vorher hatte der jetzt im Reichsamt des Innern als Hilfsarbeiter beschäftigte Kassenrat Meyer vom Vorstand verlangt, seine Mitglieder sollten bei Vermeidung von Geldstrafen bis zu 100 M. eventuell Haftstrafen bis zu zehn Tagen ihre Einwilligung in die Uebertragung der 268000 M. aus dem Vermögen der Kasse in das der Betriebs-Krankenkasse der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft geben. Die Vorstandsmitglieder lehnten ein solches Begehren ab, weil sie zu Hütern, nicht zu Verlethern der Statuten und des Gesetzes sowie der Interessen und des Vermögens der Kasse bestellt seien. Der Magistratskommissar ließ, trotzdem er inzwischen die 268000 M. hatte abgeben lassen, Ordnungsstrafen von je 100 M. gegen die Vorstandsmitglieder betreiben und Haftstrafen bis zu zehn Tagen androhen. Da gegen ein Vorstandsmitglied (Gries) ließ er gesetzwidrig die Strafe vollstrecken. Erst durch Intervention der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde erreicht, daß die

gesetzwidrige Haft auf Eingriff des Oberbürgermeisters nach mehr als fünf Tagen aufgehoben wurde. Die Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten wegen Freiheitsberaubung durch vorläufigen oder fahrlässigen Mißbrauch der Amtsgewalt gegen den jetzigen Magistratsrat Meyer ab, weil die Staatsanwaltschaft das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Anordnungen wie bei so vielen Beamten auch bei dem Magistratsbeamten selbst mit Hilfe des sonst so gefügigen dolus eventualis nicht zu entdecken vermochte. Wie soll auch ein Magistratsbeamter zu der Einsicht kommen, daß er gesetzwidrig, unberechtigt und mißbräuchlich handelt, weil er einen Arbeiter zur Strafe dafür einsperren läßt, daß dieser es ablehnte, gegen seine Gewissenspflicht ihm anvertraute Kassengelder der mächtigen Kapitalgesellschaft auszuliefern, diesen Eingriff in das Privateigentum vielmehr den magistratischen Schatzern der Selbstverwaltung überließ!

Uebersieht man die an der Hand der Alten geschiedenen Vorgänge, so ergibt sich folgendes Fazit als Wirken der Behörden auf diesem Gebiet:

Fortnahme von über eine Viertel Million aus dem Vermögen der Kasse zwecks Unterstützung einer gesetzwidrig ins Leben gerufenen Fabrik-Kasse, die ihre Mitglieder nach jeder Richtung hin schlechter stellt als die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse.

Rechtswidrige Festsetzung von Geld- und Haftstrafen gegen Vorstandsmitglieder, die das Recht der Kasse wahren, Verweigerung der Ausübung der Pflicht der Aufsichtsbehörde, eine Statutenänderung herbeizuführen, weil diese Anordnung den Weg öffnen könnte, im Wege des geordneten Rechtsverfahrens durch das Ober-Verwaltungsgericht die Rechtswidrigkeit der gegen das Eigentum der Kasse unternommenen und zugunsten des Vertragbruchs einer kapitalmächtigen Gesellschaft wirkenden behördlichen Schritte festzustellen.

Herbeiführung einer Rechtsverweigerung des obersten Verwaltungsgerichtshofes nach Beteiligung des preussischen Ministeriums an dem Prozeß.

Behinderung von Arbeitervertretern, ihre Pflicht als Vorstandsmitglieder auszuüben.

Verteidigung und Durchführung von Grundrissen, die, wenn sie richtig wären, die Beteiligung der Arbeiter an der sozialen Gesetzgebung zu einer Farce herabwürdigten.

Stabilisierung der Alleinherrschaft des Arbeitgebers auf dem Gebiete der Kassenverwaltung.

Es tut dringend not, gegen die behördliche Erdrosselung der Selbstverwaltung der Kassen und der Beteiligung der Arbeiter an der Durchführung der Sozialgesetzgebung Front zu machen. Darauf, daß der preussische Oberminister oder sein durch Besuche gegen eine Gleichberechtigung der Arbeiter bekannt gewordener Rat hier dem Gesetz und dem Sinn des Gesetzes Geltung verschaffen werden, ist kein Verlaß. Helfen können hier nur die Arbeiter selbst durch öffentliche Stellungnahme gegen solche Rechtsverweigerungen.

Partei-Nachrichten.

Die Leiche des Genossen Albert Schmidt wurde Mittwoch nachmittag in Magdeburg bestattet. Ein großes Trauergefolge hatte sich auf dem Friedhofe eingefunden. Der Sprecher der Freien Gemeinde Tramer hielt in der Kapelle des Friedhofes sowie am offenen Grabe eine Ansprache. Zahllos waren die Deputationen, welche mit Kranzspenden erschienen waren. Im Namen des Parteivorstandes legte Genosse Pfannkuch einen Kranz auf das Grab, ein Kranz der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages wurde vom Genossen Molkenbührer überbracht. Wohl sämtliche Arbeiterorganisationen Magdeburgs, des Wahlkreises Harze-Aschersleben und Völsfelds hatten Deputationen mit Kranzspenden gesandt. Ferner waren Deputationen aus den früheren Wirkungskreisen Schmidts, aus Leipzig, Chemnitz, Burgstädt usw. erschienen. Die Trauerfeier nahm einen würdigen Verlauf, obwohl die Polizei auch zahlreiche Angehörige enthielt hatte.

Partei-Organisation. Ein Fortschritt in ihrer Organisation erzielten die Genossen des 19. sächsischen Kreises mit einem Beschlusse ihrer letzten Generalversammlung. Es besteht bis jetzt ein Kreis-Wahlverein und daneben Lokalvereine, beide Formen jedoch ohne Zusammenhang, so daß die Genossen wahlweise der einen oder der anderen Organisation angehören. Jetzt ist beschlossen worden, daß jeder Genosse gleichzeitig Mitglied des Kreisvereins und des Lokalvereins seines Wohnortes sein muß. Es wird nur ein einheitlicher Beitrag erhoben und davon erhält der Kreisverein ein Drittel und zwei Drittel bleiben dem Lokalverein.

Aus Industrie und Handel.

Der Schwindel der Lotteriebanks.

Rehrfach schon haben wir unsere Leser davor gewarnt, den von auswärtigen „Banken“ mit schönen Titeln begründeten sogenannten Losgesellschaften beizutreten; aber immer wieder erschauen wir aus uns zugesandten Briefen, daß verlockt durch die schönen Verheißungen der von solchen Banken und ihren Agenten massenhaft ins Publikum geschleuderten Prospekte, arme Arbeiter und Kleinhandwerker den Schwindelern auf den Leim gehen und sich von ihnen um ihr schwerverdientes Geld prellen lassen. In vielen Fällen sind die Banken, welche die Losgesellschaften gründen und diesen angeblich die in den Prospekten genannten Serienlose liefern wollen, gar nicht im Besitz der betreffenden Papiere; soweit sie aber tatsächlich jene Lose besitzen, werden diese bei der Berechnung zu einem den Kurzwert um das Mehrfache übersteigenden Preis in Ansatz gebracht. Die Hauptsache ist, daß der Arbeiter, nachdem er seinen Beitritt zu der gegründeten Losgesellschaft erklärt und die Bedingungen unterschrieben hat, allmonatlich seine vier, fünf oder sechs Mark einzahlt. Stodt er mit der Zahlung, wird er sofort unter Hinweis auf das von ihm unterschriebene Formular mit allerlei Drohungen zum Weiterzahlen ermahnt, und leider läßt er sich meist einschüchtern und zahlt weiter. Früher waren es meist Budapest und Kopenhagen, welche von den Lotteriebanks zu ihrem Sitz ausverloren wurden, in letzter Zeit scheint jedoch Amsterdam bevorzugt zu werden, und zwar ist es vornehmlich die „Prämien-Effektenbank, Aktiengesellschaft“, die, teils direkt, teils durch ihre Agenten, in Deutschland immer wieder neue Dumme zu finden sucht. Wie es mit dieser „Bank“ bestellt ist, zeigt folgende der „Deutschen Wochenzeitung“ in Amsterdam entnommene Schilderung:

„Der alleinige Inhaber dieser Aktiengesellschaft (der Prämien-Effektenbank) ist der wegen Betruges schon oft verurteilte und aus Deutschland geschickte A. R. Stroemel in Amsterdam, Ostende 19. Derselbe wird neuerdings wieder von Deutschland aus wegen seiner von den Niederlanden begangenen Betrügereien flehentlich verfolgt. Durch sein im Namen wechselnder Firmen in mehreren Städten Hollands und anderer Ländern hat dieser Herr seine Schlingen so sicher gelegt, daß ihm immer noch tausende ins Geld laufen. Tagaus, tagein neue Vertragsquellen ersinnend, hat

er es denn auch bis zu einem wahren Virtuosen gebracht, der seinem ehemaligen Herrn und Meister, dem berühmten internationalen Losgesellschaftler Schuhmacher, der sich jetzt zur Ruhe gesetzt zu haben scheint, in keiner Weise mehr nachsieht.

Welche Summen diese Betrüger alljährlich aus Deutschland holen, davon kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man bedenkt, daß dieser Stroemel, dessen Schwindelbank unter den mehreren hundert derartigen Geschäften keineswegs die größte ist, allein im Durchschnitt 10000 Kunden mit je 120 M. und mehr für die Periode der Mitgliedschaft hat. Rechnet man noch die 5 M. „Gebühr“, die jeder Teilnehmer an einer derartigen Losgesellschaft zu bezahlen hat, so ergibt sich eine Einnahme von mindestens 1 1/2 Millionen Mark jährlich, wovon mindestens 90 Proz. Bruttogewinn sind. Etwas viel als Tribut der Dummen. Eine eigene Zeitung, „Der Kontrollleur“, welcher die selbstgemachten Verlosungslisten bringt, jedem Teilnehmer zugestellt wird und auch von diesem noch extra bezahlt werden muß, und die Aufgabe hat, jahraus, jahrein immer wieder von neuem zu versichern, daß alles erlaubt sei, und jedes Los unbedingt gewinnen muß, verfehlt denn auch ihre Wirkung nicht. Wird trotzdem noch jemand mißtrauisch, wird ihm bereitwillig eine Ausnahmestube „Veritas“, welche natürlich auch der „Prämien-Effektenbank“ gehört und ständig im „Kontrollleur“ annonciert, ausgegeben. Nach erhaltenem — und bezahltem — Ausnahmestück geht dann auch in den meisten Fällen das Vertrauen wieder — bis die 120 M. voll bezahlt sind. Um nicht ungerecht und einseitig zu sein, wollen wir noch erwähnen, daß es tatsächlich auch Gewinner gibt. Diese Gewinner sehen so aus: Es werden 12 bis 15 Personen aus den Mitgliedern genommen, jedem einige hundert Mark zugeteilt und ausbezahlt, und mit diesen „Hauptpreisenanteilen“ wird dann, zum Beweise, wie forrest alles gehandhabt wird, zwei Jahre lang in allen Prospekten und im „Kontrollleur“ ganz förmlich die Reklametrömmel gerührt.“

Wie das Blatt berichtet, hat der ehrenwerte Herr Stroemel verschiedene Helfershelfer und Agenten in Deutschland. Als das Berliner Polizeipräsidium vor kurzem vor einem Herrn Max Egert, Berlin, Jerusalemstraße 66, welcher Agent dieses p. Stroemel ist und die Bestellungen von Millionen von Prospekten entgegennimmt, warnte, wurden flugs neue Prospekte auf den Namen Adolf Hocholl-Lübeck und L. Wolff-Frankfurt a. M. gedruckt und verbreitet. Ein Herr Johannsen in Altona organisiert und vertritt vollständig durch Inzerate den Agentenapparat in Deutschland und Herr Heinrich Fiesler in Hamburg, Inhaber der bekannten Annoncen-Expedition, schafft die Prospekte in Masse an die Zeitungen zur Verbreitung.“

Zur Exportpraxis des Stahlwerksverbandes bringt die Vereinigung der Halbzeugverbraucher weiteres Material herbei. Wir haben im letzten Wochenbericht den zwischen den Stahlwerken bezugsberechtigten Werken und den reinen Walzwerken aufs neue mit alter Heftigkeit ausgebrochenen Streit bereits ausführlich geschildert und können deshalb und darauf beschränken, hier nochmals die Unterschiede zwischen den vom Stahlwerksverband geforderten Inlands- und Auslandspreisen festzustellen.

Nach Informationen, die durch die englischen Marktberichte bestätigt sind, und die auch die deutsche Presse unabweisbar veröffentlicht wurden, wurden veräußert: vorgewalzte Blöcke zu 67—68, Billetts zu 71 M. und Platinen zu 72 M. f. o. b. Antwerpen, welche Preise sich um 4—5 M. für Praxisten und Anbord-Spesen ermäßigen, so daß der ausländische Konkurrent das Halbzeug auf den deutschen Werken des Stahlwerksverbandes mit 62 M. für gewalzte Blöcke, 65 M. für Billets und 66 M. für Platinen bezahlt. Die entsprechenden Inlandspreise stellen sich bekanntlich auf 82,50 M., 90 M. und 92,50 M. ab Siegen, Ruhrort oder Dortmund.

Wie der Stahlwerksverband angibt, hat er die Preise deshalb nicht ermäßigt, weil bei 15 M. Ausfuhrvergütung sich die Halbzeugverbraucher besser ständen als die großen Stahlwerke. Um den Wert dieser Behauptung darzutun, stellt die Vereinigung der Halbzeugverbraucher folgende Rechnung auf: Die höchste Ausfuhrvergütung erhalten die zu einem Verband geeinten Feinblechwalzwerke; und wie verhält es sich nun hier mit der Ausfuhrvergütung? Die Tonne Platinen kostet dem deutschen Feinblechwalzer auf seinem Werke bei durchschnittlich 1,50 M. Praxist 92,50 + 1,50 = 94 M. Zur Herstellung einer Tonne Blech gehören 1,2 Platinen, der Einsatz kostet also pro Tonne Blech brutto 112,80 M. Für die exportierte Tonne Blech erhält der Feinblechwalzer, der sich dafür dem Stahlwerksverbande aber voll und ganz verpflichtet muß, eine Exportvergütung von 16,50 M. für Halbzeug und 1,20 M. für Rohle, also in Summa von 17,70 M., dagegen muß er die Tonne Exportblech mit durchschnittlich 7,70 M. f. o. b. Antwerpen liefern, hat also eine wirklich bleibende Exportvergütung von 10 M. f. o. b. Antwerpen, um die sich sein Brutto-Einsatz von 112,80 auf 102,80 M. ermäßigt. Der Konkurrent in Antwerpen zahlt für den Einsatz aus demselben deutschen Material von demselben deutschen Stahlwerks-Verbande 72 + 1,2 Tonnen = brutto 80,80 M.

Biehbestand Großbritanniens. In England hat bekanntlich in den letzten drei Jahrzehnten unter dem Einfluß der überseeischen und russischen Getreidekonkurrenz der Anbau von Korn, besonders von Weizen, beträchtlich abgenommen. Doch ist dadurch der Gesamtanbau nicht beeinträchtigt worden, er hat sich nur vielfach anderen Fruchtarten zugewandt. Außerdem aber hat die Viehhaltung enorm zugenommen. Auch im Jahre 1903 hat sich der Viehstand wieder beträchtlich vermehrt. Nach dem soeben erschienenen neuesten Band der „Agricultural Returns“ hat in Großbritannien im letzten Jahre die Zahl der Pferde um 23082, des Rindviehs um 157541, der Schweine um 175083 zugenommen. Dagegen ist die Zahl der Schafe wiederum zurückgegangen, und zwar um 436237 Stück.

Strahburger Vereinsbank. Wie die Strahburger Blätter melden, ist die dortige Vereinsbank, die sich seit langer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befand, gestern gerichtlich geschlossen worden. Ihre Bücher wurden beschlagnahmt und der Direktor Stempel sowie das Vorstandsmitglied Alfred Meyer verhaftet.

Der Desraudant Otto Tauffig, der, wie wir kürzlich berichteten, für die Firma S. Tauffig, deren Witche er ist, 700000 Kronen einlieferte und damit die Flucht ergriffen hatte, ist auf den Kanarischen Inseln gestern verhaftet worden.

Gewerkchaftliches.

Das Gewerkschaftskartell kein Verein.

Infolge polizeilicher und gerichtlicher Scherereien, die mehreren Gewerkschaftskartellen erwachsen waren, hat vor einiger Zeit die Generalkommission ein Musterstatut für Kartelle ausarbeiten lassen, das auch vom Kartell in Rotterdam angenommen wurde. Trotzdem fuhr die dortige Polizeibehörde fort, das Kartell als Verein zu behandeln, und als die Einreichung der Mitgliederliste und andere Formalitäten verweigert wurden, folgten Strafmandate. Die Polizeibehörde schlug dabei einen Weg ein, der das Kartell der Klage vor den ordentlichen Gerichten beraubt und es auf das Verwaltungsstreitverfahren gedrängt hätte, jedenfalls weil nach früher gemachter Erfahrung vom Kammergericht wiederum Freisprechung zu erwarten war.

Das Kartell blieb aber handhast, es bezahlte keine der in Zwischenräumen von einer Woche kommenden in der Höhe immer steigenden Strafmandate, kam der immer wiederholten Aufforderung

nicht nach und legte lediglich Beschwerde ein. Das half! Die Polizeibehörde forderte nicht mehr, sondern erbat Einsicht in das Statut und schickte es bald darauf höflich dankend zurück mit dem Bemerkten: Das Statut zeige, daß keine Vereinigung physischer Personen vorliege, alle Aufforderungen und Strafmandate werden zurückgezogen.

Zweifellos geschah dies auf höhere Anweisung. Damit ist anerkannt, daß Gewerkschaftskarteile, die das von der General-Kommission herausgegebene Musterstatut annehmen, nicht als Vereine gelten.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Arbeiter. Die bei einzelnen Firmen erfolgten Arbeitsniederlegungen, mit denen der Holzarbeiter-Verband die Aussperrung beantwortete, haben die Aussperrungslust der Tischlermeister erheblich herabgestimmt. In den letzten Tagen hat sich die Zahl der Aussperrten in einem weit langsameren Tempo vermehrt, wie vor dem. So wurden gestern nur 18 neue Aussperrte gemeldet, darunter sind zwei Aussperrte aus zwei neu hinzugekommenen Werkstätten. Die Arbeit niedergelegt haben gestern wieder 35 Tischler und zwar 25 bei der Firma Ball, einem der größten Scharmachern, und 10 bei der Firma Siebert. Die Zahl der Streikenden wächst also jetzt bedeutend schneller als die der Aussperrten und es ist deshalb leicht erklärlich, daß die Unternehmer, welche ein ganzliches Stilllegen ihrer Betriebe fürchten, mit weiteren Aussperrungen nach Möglichkeit einhalten.

Den streikenden Holzarbeitern ist bekanntlich durch einen Beschluß der Unternehmer die Aussperrung angedroht, falls sie nicht bis Mittwoch, den 19. d. Mts., die Arbeit bedingungslos aufnehmen. Der gefürchtete „kritische Tag“ ist vorübergegangen, ohne daß auch nur ein einziger der Streikenden abtrünnig geworden wäre. Die Aussperrungen waren vollzählig zur Kontrolle erschienen, keiner hat sich durch die Drohung der Unternehmer einschüchtern lassen, so daß die Situation des Streiks auch jetzt noch unverändert ist.

Die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumenten-Arbeiter beschäftigten sich in ihrer Mitgliederversammlung am Dienstag unter anderem mit dem Beschluß der Unternehmer, welcher dahin geht, daß festgesetzt werden soll, welche Arbeiter der Branche organisiert sind. In Ausführung dieses Beschlusses ist den Arbeitern in mehreren Fabriken bereits ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt worden, wodurch die Unterzeichner zu erklären haben, daß sie einer Arbeiterorganisation nicht angehören, während ihrer Beschäftigung in Betriebe einer solchen Organisation auch nicht beitreten wollen, und, falls sie es doch tun, dem Unternehmer davon Mitteilung zu machen haben. Die Absicht der Unternehmer ist jedenfalls die, aus den zurzeit nicht organisierten eine Gruppe Arbeitswilliger zu bilden, die bei Lohnbewegungen den Arbeitgebern als Streikbrecher zur Verfügung stehen. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Verbandsmitglieder das bezeichnete Schriftstück nicht zu unterschreiben, und dahin zu wirken haben, daß auch alle anderen Kollegen einschließlich der Unorganisierten ihre Unterschrift verweigern.

Eine verurteilte Fabrikantengattin. Ein Streikposten, der vor einer Pianofortfabrik in der Bienerstraße seine Pflicht erfüllte, hatte schon mehrere Arbeiterinnen abgefaßt, die, angelockt durch eines der vielerprechenden Zeitungsinserate und nicht wissend, daß in der betreffenden Fabrik gestreikt wird, dort Arbeit genommen hatten. Durch den Streikposten über die Sachlage aufgeklärt, nahmen die Arbeiterinnen die Beschäftigung natürlich nicht auf. Eines Tages sah der Streikposten wieder eine weibliche Person, die er ihrem Neuhäuser nach für eine Arbeiterin hielt, dem Fabrikengange zutreten. Der Streikposten fragte die vermeintliche Arbeiterin, ob sie hier Arbeit nehmen wolle und machte sie auf den Streik aufmerksam. Diesmal fand er jedoch kein Gehör. Die Angeredete ging in die Fabrik. Einige Minuten später kam ein Polizeibeamter und gleichzeitig erschien der Fabrikbesitzer auf dem Balkon seiner Wohnung, neben ihm die weibliche Person, die der Streikposten für eine Arbeiterin gehalten hatte, die nun aber als die Gattin des Fabrikanten erkannt wurde. Vom Balkon herab bezeichnete man dem Polizeibeamten den Streikposten, der die Fabrikantengattin „belästigt“ hatte. Es folgte die übliche Eskalation, und seit jener Zeit wird den Streikposten durch die Polizeibeamten der Aufenthalt auf der Seite der Straße, wo die Fabrik liegt, verboten. — Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich die Fabrikantengattin infolge der Wirkung, die der Streik auf die Kaffe ihres Gemahls ausübt, sich in so dürftige Kleidung stecken mußte, daß man sie für eine Arbeiterin halten konnte. Die Annahme des Streikpostens dürfte daher zutreffen, daß ihm eine Falle gestellt wurde und die Frau des Fabrikanten sich verkleidet hat, um den Streikposten zu einem „Mißgriff“ zu veranlassen, damit sie sich belästigt fühlen, die Polizei herbeirufen und zum Einschreiten gegen den Streikposten veranlassen konnte.

Achtung! Buchdrucker! Um den Lesern des „Vorwärts“ ein lautes Bild von dem bereits berichteten Ausstand in der Buchdruckerei Reichenold in Leipzig, Leipzigstr. 73/74, zu geben, möchten wir in folgendem die Gründe darlegen, welche das Personal zu diesem Schritte veranlaßte: Wegen der fortwährenden Nachregelungen der Vertrauensleute, welche dem Tarife keine volle Anerkennung zu verschaffen suchten, waren beim letzten Fall verschiedene Funktionen der Tariforgane und die Vertrauensleute vorzeitig geworden. Obgleich dieser Fall zur Zufriedenheit erledigt war, wurde nach vierzehn Tagen wieder einer der mit vorzeitig gewordenen Vertrauensleute während seiner Krankheit (Betriebsunfall) entlassen, indem man ihm Buch und Karte mit der Motivierung ins Haus schickte, daß man einen anderen Kollegen einstellen möchte, was aber nicht geschah, so daß also die Nachregelung klar zutage lag. Das Personal verlangte nun die Wieder-einstellung des Vertrauensmannes. Der verhandelnde Faktor Albrecht lehnte dies ab und stellte anheim, daß das Personal (!) dem Gemahlsregelten fünf Tage Lohn bezahlen sollte, einen Tag wolle das Geschäft bezahlen. Welche Verhöhnung des Personals! Trotzdem zeigte das Personal nochmals Herrn Albrecht den tarifmäßigen Weg, welchen er aber nicht einschlug, worauf die Arbeitsniederlegung erfolgte. — Ausständig ist das gesamte Personal: Seher, Drucker und Hilfspersonal mit Ausnahme des sogenannten „Übermaschinenmeisters“ Goern und des Stereotypers Martin Reier (Hirsch-Underscher Gewerksverein). Faktor Albrecht, welcher wohl versucht hat, dem Chef einzureden, daß er genügend Arbeitswillige aufstreiben werde, bemühte hierzu den pp. Goern, sowie den „Lokal-Anzeiger“ und beauftragte einen Schreiber, die „Herberge zur Heimat“ nach Arbeitswilligen abzusuchen. Außer einigen jungen Kollegen aus der Provinz, welche wieder aufgehört haben, hat eine in Berlin bekannte Destillationsstube namens Schmitt dort Unterschlupf gefunden. Bevor Schmitt als Arbeitswilliger in den von pp. Albrecht geleiteten Kunsttempel trat, versuchte er, den Gauvorstand die Wiederannahme in den Verband und die Arbeitslosen-Unterstützung abzuwindigen, indem er erklärte: „Ich solle Euch sonst in den Rücken!“ Wir wünschten dem Prinzipal recht viel von dieser Sorte, damit er sein ausländisches Personal schämen lernt. Schmitt selbst ist schon bedeutend tätig gewesen als „Arbeitswilligen-General“. Bisher aber ohne Erfolg.

Wir weisen noch darauf hin, daß das Geschäft gegen sein bisheriges Personal die Polizei requirierte, welche ganze Straßenzüge für die Streikenden verbot.

Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker. Der Streik der Zugschaffpapierarbeiterinnen und Arbeiter. Gestern nachmittag hatten sich die Streikenden wiederum zahlreich im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt. Der Vertrauensmann Bärzberger teilte mit, daß am Dienstag auf Beschluß der Streikleitung die Kommissionen, die vor der Arbeitsniederlegung mit den Arbeitgebern verhandelt hatten, wiederum vorstellig geworden sind, um anzufragen, ob die Arbeitgeber nun zu verhandeln geneigt seien. Die Arbeitgeber haben förmlich erklärt, sie könnten eine bestimmte Antwort nicht geben, bevor sie nicht mit

ihrer Organisation beraten hätten. Die Antwort werde in den nächsten Tagen erfolgen. Der Redner bemerkte, daß die Streikleitung sich zu diesem Schritt entschlossen habe, um den Kampf nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Man solle nicht etwa glauben, daß die Mittel zur Fortsetzung des Streiks, der ja nur eine so verhältnismäßig geringe Zahl umfasse, erschöpft seien. Die Organisation sei auf einen Streik von größerer Ausdehnung und längerer Dauer vorbereitet und die Haltung der Streikenden sei so musterhaft, daß auch in dieser Hinsicht kein Grund zu schneller und vielleicht ungünstiger Beendigung des Streiks vorliege. Vor allem läme es darauf an, daß für die Arbeiterinnen annehmbare Zugeständnisse gemacht würden. — Auf Vorschlag der Lohnkommission und der Vertrauensleute wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Nachdem von Seiten der Prinzipale den heute anfragenden Vertrauenskommissionen keine endgültige Antwort gegeben worden ist, erklärt die heutige Versammlung der streikenden Zugschaffpapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen, die ausstehende Antwort der Prinzipale abwarten zu wollen. Sie beantragt die gewählten Vertrauenskommissionen, den Herren Fabrikanten mitzuteilen, daß sie zur Entgegennahme der Antworten sowie zu Verhandlungen mit den Herren Fabrikanten bereit sind.

Die nächste Streikversammlung wird sich mit der Antwort der Prinzipale befassen und über die weiteren Maßnahmen entscheiden.

In dem Automobildroschfen-Anzuggeschäft von Engelhardt, Weihen-see, Lehderstr. 107-109, ist ein Streik der Führer ausgebrochen, weil dieselben mit dem Lohnzahlungsmodus nicht einverstanden sind. Der größte Teil der Führer, und zwar die zuletzt eingestellten, sind dort nur auf Prozente gestellt und erhalten keinen festen Lohn, dieselben beziehen 30 Prozent von der Tageseinnahme. Einige ältere bezogen bisher den im Droschfenbetriebe vor dem Gewerbeamt vereinbarten von 1 M. 50 Pf. und 25 Prozent der Einnahme. Sämtliche Führer der Firma waren vorstellig geworden, damit letztgenannter Lohnsatz durch die Bank gezahlt werden sollte, was von der Firma abgelehnt wurde. Dasselbe ließ sich auf gar keine Verhandlungen ein. Neuerdings sollen nun auch die Führer 50 M. Ration stellen, von welcher ebenf. Reparaturen in Abzug gebracht werden. Zu vergessen ist nicht, daß es vorkommt, daß Führer zwei bis drei Tage ausbleiben müssen, während der Wagen in Reparatur ist, für welche Tage sie keinen Pfennig Entschädigung erhalten. So ist es kürzlich vorgekommen, daß ein Führer in der Woche nur zwei Tage fahren konnte, ihm ein Fahrgast mit 6 M. durchbrannte, welche er der Firma zahlen mußte und er demgemäß von seinem Arbeitsverdienst noch etwas zugeben mußte. Um die Führer für die Tage zu entschädigen, an welchen sie der Reparaturen wegen nicht fahren konnten, wollten dieselben den im Droschfenfahrergewerbe üblichen Lohn haben, welches von der Firma abgelehnt wurde. Dem Vertreter der Organisation, welcher vermitteln wollte, stand man gar nicht erst Rede. Die Firma sucht durch Annonce im „Lokal-Anzeiger“ Arbeitskräfte heranzuziehen, welche sie zu Automobildroschfen heranzubilden will; die Ausbildung dauert gewöhnlich zwei bis drei Wochen, ob sie dann von der Polizei den Fahrerschein erhalten, ist immer noch fraglich. Diejenigen, welche dieser Annonce Folge leisten, sollten sich vorher zweimal überlegen, ob sie ihr gutes Geld für eine so unsichere Sache ausgeben.

Die Baugläser sind in eine Bewegung zur Durchführung des paritätischen Arbeitsnachweises getreten. In einer überaus stark besuchten Versammlung beschloßen sie, da nach dem Verichte der letzten Quartalsversammlung die Berliner Glasreinigung den Nachweis der Innung nicht zugunsten des paritätischen Nachweises ausgeben will, von allen Innungsmitgliedern und allen Glasern, welche nicht dem Verbands der Glasereien Verbands und der Vororte angehören, unterschrieben die Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises zu verlangen und überall dort, wo die Unterschrift verweigert wird, die Arbeit einzustellen und über die betreffende Firma die Sperre zu verhängen. Jede Benutzung des Innungsnachweises wird als Tarifbruch angesehen. Die gesperrten Firmen werden im „Vorwärts“ veröffentlicht. Die Mitglieder des Verbandes der Glasereien bewegen gemäß den Satzungen des Lohnarites den paritätischen Nachweis, gleichfalls alle größeren hiesigen Firmen. Weiter ist mitzuteilen, daß in dieser Versammlung und gleichfalls in der vergangenen Woche ein erheblicher Teil bisher lokalorganisierten Glasglaser, darunter auch bisherige Vorstandsmitglieder der Lokalorganisation, ihren Beitritt zum Zentralverband vollzogen haben, so daß also Hoffnung vorhanden ist, daß in kürzester Zeit eine einheitliche Organisation das ganze Glasergewerbe umfassen wird. Die Glasglaser sollen zur Wahrung ihrer engeren Berufsinteressen eine besondere Sektion bilden. Der Glasglaser S. Kündig wurde in die Ortsverwaltung gewählt. Nach lebhafter Debatte, in welcher von allen Seiten, auch von lokalfischer, die Stellungnahme der beiden Vorstandsmitglieder der freien Vereinigung der Glasglaser Schulz und Grabow zum paritätischen Arbeitsnachweis in den Verhandlungen auf dem Gewerbeamt genehmigt wurde, unterzeichneten alle anwesenden Glasglaser eine Resolution für den Anschluß der Glasglaser an den paritätischen Nachweis.

Die Aussperrung im Mälzabfuhrergewerbe beschäftigte am Dienstag eine im „Englischen Garten“ abgehaltene, von Müllkutschern, Mälzern und Schaffnern stark besuchte Versammlung. Werner schilderte in seinem Referat eingehend die Ursachen und den Verlauf der letzten Lohnbewegung. Nur scheinbar seien die Unternehmer auf den Vorschlag des Transportarbeiter-Verbandes, die Einführung eines Tarifvertrages betreffend, eingegangen. Sie stellten eine Versöhnung in Aussicht, während sie in Wirklichkeit die Aussperrung vorbereiteten. Nachdem die Angestellten ihre durch den Oktober-umzug stark vernachlässigten Touren wieder in Ordnung gebracht hatten, wurden sie am letzten Sonnabend unter Aufgebot von Polizei Mann für Mann entlassen. Bereits am selben Tage erhielt die Verbandsleitung von den Unternehmern den Beschluß, daß die angebotenen Verhandlungen abgebrochen seien. Herr Direktor Burgin von der Berliner Abfuhrergesellschaft war sogar so liebenswürdig, dem Bevollmächtigten Werner mitzuteilen, daß, falls dieser das Grundstück der Gesellschaft zwecks Verhandlungen betreten sollte, er ihn wegen Hausfriedensbruchs verklagen würde. Zehn Tage früher hatte derselbe Herr in einer Zusammenkunft der Aufsicht folgendes erklärt: „Leute, ich gebe Euch diesen Lohn gern, denn ich weiß, Ihr habt eine schwere, überaus anstrengende Arbeit zu verrichten. Sorgt nur dafür, daß diese Löhne, 33 und 36 M. pro Woche, auch bei anderen Firmen gezahlt werden.“ Herr Burgin, so berichtet der Redner weiter, war es auch, der im vorigen Jahre, als die Aufsicht der Wirtschaftsgenossenschaft im Streik stand, die Streikleitung ersuchte, die Streikenden zur Ausdauer anzufeuern. Ja er erklärte sich aus Konkurrenzgründen gegen die Wirtschaftsgenossenschaft sogar bereit, 1000 M. zur Unterstützung der Streikenden beizusteuern!

Bisher sind die Arbeitswilligen auch nicht annähernd in der Lage, die erforderlichen Arbeiten bewältigen zu können. Von 120-130 Kasten, die auf eine Tour entfallen, werden jetzt nur 30 bis höchstens 50 verladen. Natürlich rekrutieren sich die Arbeitswilligen aus allen möglichen Kategorien von Arbeitslosen; geübte Berliner Kutscher haben sich zu Arbeitswilligendiensten selbstverständlich nicht gestellt. Bemerkenswert sei, daß die Arbeitswilligen entgegen den Polizeiverordnungen, teilweise auf den Heuböden der Unternehmer schlafen; die übrigen dieser „nächtlichen Elemente“ werden unter Anwendung der größten Vorsichtsmaßregeln nach ihren Wohnungen geleitet. Die Arbeitswilligen angeworben werden, leidet folgender Vorfalle, den ein Arbeiter aus Sperenberg der Versammlung mitteilte. Dort hat nämlich ein Lehrer den Schulkindern gesagt, sie möchten ihren Eltern mitteilen, daß, wenn diese gute Winterarbeit haben wollten, sie solche durch ihn nachgewiesen bekommen könnten, und zwar in Berlin mit einem Verdienst von 27-30 M. pro Woche. Daraufhin hat sich der erzählende Arbeiter bei dem Lehrer gemeldet unter gleichzeitiger Ermüdigung danach, ob auch etwa in dem nachgenannten Betriebe gestreikt würde. Der Lehrer stellte dies in Abrede und gab an, daß ungefähr 30 Mann für ein neues Unternehmen gebraucht würden. Nun hatte der Arbeiter keine Bedenken

mehr. Mit einem Briefe des Lehrers versehen, ging er zur Wirtschaftsgenossenschaft und erfuhr dann bald, daß er — als Arbeitswilliger Verwendung finden sollte, was er indessen dankend ablehnte. Mehrere Redner kritisierten alsdann das Verhalten von Polizeibeamten, die Beschwerden der Kutscher wegen Anbahnung des Malles abgewiesen hatten mit dem Bemerkten: die Aufsicht freieren. Diese polizeiliche Stellungnahme zugunsten der Abfuhrunternehmer sei um so bedauerlicher, als die Aufsicht bei den geringsten Vergehen stets mit hohen Polizeistrafen belegt würden. So haben allein die Kutscher der Firma G. und H. Scheller während der letzten Wochen 156 polizeiliche Anzeigen erhalten, worauf dieselben insgesamt 1314 Mark Strafe zu zahlen hatten. In einer Resolution versprachen die Anwesenden, für weitgehendste moralische und pekuniäre Unterstützung der Aussperrten Sorge zu tragen, um ihren Kollegen zum Siege zu verhelfen.

Achtung, Lederarbeiter! In der Riemenlederfabrik von A. Schwarz u. Comp., Berlin N., Müllerstr. 172, sind die Werber in den Anstand eingetreten, da seitens der Firma die bestehenden Forderungen, 24 M. Anfangslohn, steigend bis zu 27 M., und Verlängerung der Frühstücks- und Belpause von 1/4 Stunde auf 1/2 Stunde, rundweg abgelehnt wurden. Eine versuchte Vermittlung seitens eines Vertreters der hiesigen Ortsverwaltung und des Zentralvorstandes scheiterte an dem mangelnden Entgegenkommen der Unternehmer. Die Firma wird versuchen, ungelernete Arbeiter an die Plätze der Streikenden zu stellen. Wir erwarten von dem Solidaritätsgefühl sämtlicher Arbeiter, daß sie diese Absicht der Firma zu schanden machen. Ausständig sind neun Kollegen, während ein Hilfsarbeiter sich seinen Kollegen nicht anschloß. Vor allen Dingen ist Zugang streng fernzuhalten. Der Zentralvorstand.

Deutsches Reich.

Der Streik in der mechanischen Schuhfabrik von Reischel zu Frankfurt a. O. dauert unverändert fort. Es sind in dem Betriebe nunmehr drei Zwidmaschinen aufgestellt und handelt es sich jetzt um die Vereinbarung der Lohnsätze bei den neuen Teilarbeiten. Ferner soll wegen Einführung der Maschinen ein Teil der Ausständig nicht wieder eingestellt werden. Ueber beide Punkte konnte bisher eine Verständigung nicht erzielt werden. Arbeitswillige sind nicht vorhanden und ist die Situation für die Ausständig sehr ungünstig. Es wird gebeten, nach wie vor den Zugang nach Frankfurt a. O. fernzuhalten.

Zu der Harmonisabranche zu Altenburg sind Lohnunterschiede ausgebrochen, die zu einem Streik führen dürften. Zugang ist also streng fernzuhalten. Nur die Fabrik Richard Unger hat bewilligt. Unger ist der Inhaber der Firma Richard Veier u. Cie. Da die Altenburger Harmonisfabriken ihre Produkte oft in Arbeiterblättern auspreisen, wollen die Konsumenten sich bei Bedarf genau die Firma ansehen.

Der Streik der Steinmetzen und Brecher bei der Fichtelgebirgs-Granit-Gewerkschaft in Bunsiedel ist nach 14tägiger Dauer mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet. Die Meldung der bürgerlichen Blätter, daß die Arbeit bedingungslos aufgenommen worden sei, entspricht daher nicht der Wahrheit. — Es wäre auch zu viel von dieser Sorte Blätter verlangt, wenn sie den teilweise Erfolg der Arbeiter ihren Lesern berichten sollten.

Achtung, Glaschleifer! Sämtlichen Glaschleifern bei der Firma D. Redwig u. Comp. in Radebeul bei Dresden wurde wegen Verweigerung von Berliner Streikarbeit gefündigt. Zugang ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Zentralverband der Glasarbeiter.

Der Streik der Hamburger Schlächter nimmt von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Die Zahl der sogenannten Kopschlächter, die sich dem Streik angeschlossen haben, beträgt etwa 80. Außer ihnen haben noch 100 andere Gesellen die Arbeit eingestellt, so daß sich jetzt circa 800 Gesellen im Ausstand befinden. Von einem Zugang ist bisher kaum die Rede.

Soziales.

Der Kampf um die Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse in Nürnberg ist in ein neues entscheidendes Stadium getreten. Wie wir jüngst berichteten, hat der Stadtmagistrat die Unternehmer größerer Betriebe zur Deckung desjenigen Teils des Defizits der Gemeinde-Krankenkasse verpflichtet, der durch ihre Arbeiter verursacht ist, und die Unternehmer suchen sich vor einer zu großen Ausdehnung des Betrages dadurch zu sichern, daß sie die wiederholt erkrankenden Arbeiter einfach entlassen. Das hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und in den Arbeitern den Entschluß gereift, nochmals einen Versuch zur Beseitigung der veralteten und in der rücksichtslosesten Weise gehandhabten Gemeindeversicherung zu machen. Am Montagabend fand eine riesig besuchte Versammlung der Gemeindeversicherungspflichtigen statt, in der Arbeitersekretär Genosse Dorn die Vorteile der Orts-Krankenkasse darlegte und das Verhalten der freimütigen Stadtverwaltung geißelte, die seit zehn Jahren wiederholt die Forderung der Arbeiter nach Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse dadurch zu vereiteln suchte, daß sie einen in ganz Deutschland noch nicht angewendeten Abstimmungsmodus festsetzte, indem sie bestimmte, daß die Mehrheit der gesamten Versicherungspflichtigen sich in öffentlicher Abstimmung für die Orts-Krankenkasse erklären müsse. Bei einer solchen Art der Abstimmung ist natürlich niemals eine Mehrheit zu erzielen, deshalb beschloß die Versammlung einstimmig, sich überhaupt nicht mehr an den Magistrat zu wenden, sondern ihn zur Errichtung einer Orts-Krankenkasse zu zwingen. Es soll eine Massenpetition inszeniert werden, und wenn von den 75 000 Mitgliedern der Gemeinde-Krankenkasse die Hälfte ihre Unterschrift hergeben, wozu nach der herrschenden Stimmung alle Aussicht vorhanden ist, so soll bei der Kreisregierung, eventuell beim Ministerium direkt ein diesbezüglicher Antrag eingereicht werden.

Konferenz über Arbeitslosigkeit.

London, 16. Oktober. Letzten Freitag tagte eine Konferenz der Vertreter der Armenverwaltungen der verschiedenen Gemeinden Londons, um über Maßregeln zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu beraten. Mr. Long, der Präsident der Lokalregierung, führte den Vorsitz und bemerkte einleitend, von einer Krise könne noch keine Rede sein, wohl aber sei die Armut und die Arbeitslosigkeit im Wachsen begriffen, woraus sich im kommenden Winter die Notwendigkeit nach einer besonderen Hilfsaktion ergeben könne. Der Staat müsse es aber ablehnen, Geldmittel zu diesem Zwecke herzugeben. Die Armenverwalter schlugen mehrere Pläne vor, wie die Errichtung von Ackerbaukolonien, Zusammenfassung der verschiedenen Armenverwaltungen Londons zu einheitlichem Vorgehen. Jedoch wurde vorläufig nichts Positives erreicht. Die Konferenz empfahl nun den lokalen Körperschaften und den bemittelten Bürgern, die Inangriffnahme von öffentlichen und privaten Arbeiten und Reparaturen zu beschleunigen. — Das Londoner Gewerkschaftskartell (Trades Council), dem Genosse D. u. e. in diesem Jahre präsidiert, beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Arbeitslosenfrage. Die angenommene Resolution fordert die Regierung auf, eine außerordentliche Session des Parlaments einzuberufen, um finanzielle Mittel zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu bewilligen.

Nach der am Montag veröffentlichten „Labour Gazette“ war die Arbeitslosigkeit im September unbefriedigend und zeigte einen weiteren Niedergang. In den berichteten 73 Gewerkschaften mit 575 375 Mitgliedern gab es 30 005 oder 6,8 Proz. Arbeitslose, gegen 64,4 Proz. im August 1904 und 6,2 im September 1903. Der Geschäftsniedergang ist besonders bemerkbar im Schiffbau.

Für alle Wandergewerbetreibenden in Großstädten ist ein Urteil des ersten Straifenats am Kammergericht von erheblicher Bedeutung. Bekanntlich darf das Wandergewerbe in verschiedenen Bezirken ohne den Besitz eines Wandergewerbebescheines in einem Umkreis von 15 Kilometern vom Wohnort ausgeübt werden.

Wo beginnt der Umkreis — im Zentrum oder an der Peripherie? Das war die Frage in einem Strafverfahren gegen zwei Leitermänner aus Berlin, die in Friedrichshagen musiziert hatten, ohne einen Wanderbewerbeschein zu besitzen. Von der Peripherie Berlins ist Friedrichshagen weniger als 15 Kilometer entfernt, von der Mitte der Stadt weiter. Die Angeklagten wurden freigesprochen und das Kammergericht schloß sich dem an, indem es ausführte: Die Regierung meine allerdings in einer Klage zu der Frage, daß der Mittelpunkt des Wohnortes maßgebend sei für die Feststellung des Umkreises von 15 Kilometern im Sinne des Hausierergesetzes von 1867. Daraus würde sich ergeben, daß die Bewohner eines Ortes je mehr in der Ausübung des Wandererwerbes befristet würden, je größer ihr Wohnort sei. Schließlich könnte bei noch größerer Ausdehnung Berlins der Fall eintreten, daß kein Berliner mehr das Gewerbe im Umherziehen außerhalb Berlins ausüben könnte, ohne im Besitze eines Wandererwerbseins zu sein, während umgekehrt Leute, die in der Nähe Berlins wohnen, ohne weiteres in Berlin das Wandererwerbe ausüben könnten. Das könnte das Gesetz nicht gewollt haben. Der Senat nehme an, daß die Entfernung zu berechnen sei von der Weichbildgrenze ab bis zu dem Ort, wo das Wandererwerbe ausgeübt wurde. Da ergäben sich unter anderem auch nicht solche Schwierigkeiten, wie die, zu entscheiden, wo der Mittelpunkt des Ortes sei. Nebenbei berechnete ja der Staat Distanzen auch von der Weichbildgrenze ab. Bei dieser Berechnung der Entfernung dürften die Angeklagten aber in Friedrichshagen musizieren, ohne einen Wandererwerbseins zu haben.

Selbst gegen die „guten Sitten“ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verließ der Vertrag, den ein Jüdenwarenhändler in Rönigsberg einem minderjährigen Mädchen aufschloß. Er übertrug dem Mädchen nach Ablauf einer sechsmonatlichen Lehrzeit durch schriftlichen, von ihm entworfenen Vertrag unter Zustimmung des Vaters die selbständige Leitung einer Filiale gegen ein Monatsgehalt von 30 M., ohne Wohnung und Unterhalt. Der Vertrag machte das Mädchen mit ihrem Gehalt, einer durch monatliche Gehaltsabzüge von 5 M. zu bildenden Kaution, und ihrem ganzen Vermögen für jeden bei den Inventuren er-

mittelten Fehlbeitrag haftbar, mit alleiniger Ausnahme des durch Raub, Einbruch, Feuer usw. herbeigeführten Schadens. Dabei wurden ihr für die Weihnachtzeit wegen des gesteigerten Geschäftsvortriebs vom Arbeitgeber mehrere Personen zur Anschaffung beigegeben, auf deren Auswahl sie keinen Einfluß hatte, für die sie aber gleichfalls haftete, und das gleiche galt für etwa vom Händler bei Krankheit oder Verurlaubung zu stellende Vertreter. Dagegen sollten etwaige Lebereschäfte der Inventuren dem Arbeitgeber allein zufallen. Weiter bestimmte der Vertrag, daß der Händler bei etwaiger Feststellung eines Fehlbeitrages ein sofortiges Kündigungsrecht habe, und daß das Mädchen für die ersten drei Monate nur zu vorübergehender Ausschilfe bei achtstägiger Kündigungsfrist angenommen werde. Auch hatte der Händler, trotzdem das Mädchen minderjährig war, noch die sogenannte Konkurrenzklause unter Bestimmung einer Vertragsstrafe in Höhe von 500 Mark in den Vertrag aufgenommen. Als sich nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts, bei dem mehrere Ausschilfsperionen tätig gewesen waren, ein Fehlbetrag von über 300 M. herausstellte, wurde das Mädchen sofort entlassen. Das Gehalt für den letzten Monat und die auf 45 M. angefallene Kaution besteht der Arbeitgeber ein. Die Gehilfin klagte auf Zahlung dieser Beträge und drang auch mit ihrem Ansuchen durch, weil die Bestimmungen des Vertrages in erster wie in zweiter Instanz für null und nichtig erklärt wurden. In der Bestimmung des § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, für nichtig erklärt, gilt der Begriff „gute Sitten“ in des Wortes weitester Bedeutung. Es verstößt daher auch die Bestimmungen eines Dienstvertrages gegen die guten Sitten, wenn er dem Dienstpflichtigen, schwächeren Teil so schwere Pflichten auferlegt, daß sie zu den ihr zu machenden Gegenleistungen in einem das allgemeine Rechtsgefühl verletzenden Mißverhältnis stehen. Ganz unerklärlich ist es aber, wie Eltern zu solch einem Vertrag ihre Zustimmung geben können.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 25, Hamburg). Filiale Kummelsburg, Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Borhagen, Gde der Neuen Bahnhofsstraße: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Verband der Freireisenden Deutschlands, Zweigverein Berlin. Heute abend Rosenkatherstr. 57: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag. Gäste willkommen. — Zweigverein Rixdorf. Heute abend 10 Uhr bei Fr. Hoppe, Berlinstr. 14: Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Herausgeber Dr. Albert Züdemann, Berlin W. 15. Die neueste Nummer der „Kommunale Praxis“ enthält die Fortsetzung zum preussischen Wohnungs-Wettbewerb von B. Kampffmeyer. — Ferner die Beratung des Kommunalprogramms und einen Artikel über den Steinscherstein in Berlin. — Neben einem reichen Nachrichtenanteil aus allen Gebieten des Gemeindelebens umfaßt die „Kommunale Praxis“ eine weiter ausgearbeitete Rubrik, Gesundheitswesen und Arbeiterversicherungs-Anstalten, die eine Reihe sehr beachtenswerter Notizen bringt.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 1,50 M. Probenummern versendet franco und gratis der Verlag Berlin W. 15.

Witterungsübersicht vom 19. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe in m	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometere Höhe in m	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.
Eintriede	767	Wolkig	SW	3	10,5	Habaranda	748	Wolkig	SW	3	8
Danzburg	772	Wolkig	SW	3	10,5	Bretsburg	752	Wolkig	SW	3	8
Berlin	770	Wolkig	SW	3	10,5	Coet	—	—	—	—	—
Kranz a. R.	773	Wolkig	SW	3	10,5	Berdeen	770	Wolkig	SW	3	8
München	774	Wolkig	SW	3	10,5	Paris	774	Wolkig	SW	3	14
Wien	769	Wolkig	SW	3	10,5						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 20. Oktober 1904.
Nachts etwas kühler, am Tage ziemlich warm, vielfach heiter, zeitweise neblig bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 20. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Robert der Teufel.
Neues königl. Opern-Theater.
Ein trübsamer Tag.
Deutsches. Rettungsglieder.
Berliner. Hedora.
Festung. Die Frau vom Meer.
Westen. Die kleinen Kämmern.
Thalia. Der Weiberkönig.
Central. Der Bettelstudent.
Belle-Alliance. Die Tugendglocke.
Anfang 8 Uhr:

Neues. Erdgeist.
National. Rigoletto.
Schiller O. (Ballner-Theater).
Die Jüdin von Toledo.
Schiller N. (Friedrich-Bühnen-
städtisches Theater). Die Kreuzel-
schreiber.
Kleines. Des Pastors Rieke.
Reizend. Eine Hochzeitsnacht.
Lustspielhaus. Biederleute.
Trianon. Gastons Frauen.
Luisen. Romeo und Julia.
Kasino. Mutter Gräbert.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Palast. Im Zukunftsstaat. Spezial-
itäten.
Sternfeld-Theater. Nur eine Nacht.
Im andern Morgen.
Passage-Theater. Hans Frede.
Diva. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Seltener Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Im
Bannkreis der Jungfrau.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Zentral-Theater
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Bettelstudent.
Operette in 3 Akten von C. Müllner.
Freitag: Die Puppe.
Duzendbillets mit 40 Prozent
Ermäßigung, an allen Wochentagen
gültig, gelangen jetzt zur Ausgabe.

Luisen-Theater.
Romeo und Julia.
Freitag: Krieg im Frieden.
Sonnabend: Holstmanns Töchter.
Sonntag, nachmittags: Krieg im
Frieden. Abends: Mein Leopold.
Montag: Mein Leopold.

Deutsch-Amerikanisches
Theater, Köpenickerstr. 67.
Zum Gastspiel Adolf Philipp.
„Ueber'n grossen
TEICH.“
Anfang 8 Uhr.
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
„Ueber'n grossen Teich.“

National-Theater
Reinbergsweg 12a-13b.
Donnerstag, den 20. Oktober 1904:
Drittes Gastspiel Alessandro Bonci:
Rigoletto.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: 4. Gastspiel Alessandro
Bonci: Die Favoritin.

Metropol-Theater
Josef Giampietro u. D.
Bender. Josephi. Grünfeld. Frid-Frid.
Letzte Woche!
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte

P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.

Rosa

das gelehrte Pferd!

Apollo-Theater.

Unter persönlicher Leitung
des Komponisten:

Berliner Luft.

Ausstattungs-Barleske von Benno
Jacobson. Musik von Paul Lincke.
Vorher die Oktober-Spezialitäten.
Sonntag, den 20. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, bei ermäßigten
Preisen: Frühlingsluft. Oper-
ette von Josef Strauß. Vorher:
Spezialitäten.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:

Eine Hochzeitsnacht.

(Uno Nuit de Noces.)
Schwank in 3 Akten von G. Bérault
und H. Barre.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die 300 Tage.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 1/2.
Das volle neue Oktober-Programm.
Neu: Bargold und Smiles. Neu!
Das Briefard. Zepfel-Werner.
Mutter Gräbert.
Bolschak in 3 Akten u. Reizlingen.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Der Denunziant.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags: Madame X.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 6, Sonnt. 9 Uhr.
Das grossartige
Oktober-Programm:
Hans Frede, Humorist.
Geschw. Fiocati, Tanzduo.
Engelski-Truppe, Russ. Goggs.-u.
Tanz-Ensemble.
Dida, die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
14 neue erstklass. Nummern.

Reichshallen-Theater.

Seltener Sänger
(Reibel, Vietra, Britten,
Stelb, Wöllner, Böhme,
Bödmann, Balben,
Schradler).

Anfang:
8 Uhr.
Bodenstr. 8.
Sonntag 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmale:
Die Jüdin von Toledo.
Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen
von Franz Grillparzer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Bühnenstädtisches Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzelschreiber.
Bauernkomödie in 3 Akten von
Ludwig Anzengruber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
In Behandlung.

Kleines Theater Neues Theater.

Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.

Des Pastors Rieke.

(Akte: Wangel. Dagmar: Durieux.
Dahl: v. Winterstein. Soend: Ekort.)
Freitag: Elektra.
Sonnabend: Nachtsyl.
Sonntag: Elektra.

Thalia-Theater.

Dresdeneckstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
(Guido Thielscher, Lina Aarhanell,
Fritz Helmendorf, Josephina Dora.)
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Charles Fante.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Anschank der Berliner Bock-Bräuerei.

Chausseest. 103 Germania-Prachtsäle. Arnold Scholz.
Jeden Donnerstag:
Elite-Militär-Konzert
der Regimentsmusik des IV. Garde-Regiments zu Fuß.
Dirigent: Königl. Musikdirektor Frz. A. Bergter.
Nach dem Familien-Ball bei stark besetztem
Konzert: Orchester.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pfg.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 20. Oktober,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm! u. a.: Eine absolute
Lebenswürdigkeit:
Konsul II.
der menschliche Schimpfense.
Ferner ein welt. Wäffel d. Wäffelschiff:
Original
Billy, vorgef. v. d. schottischen
Farmer Mr. de Boge.
Der phänomenale Chinko.
Herr Albert Carré mit seinen
Freiheitsbrechern. Die großartigen
neu engagierten Spezialitäten und
Direktor Albert Schumanns
Konfessionen. Zum Schluss:
Abendlich hässlicher Beifall: Das
große mimische Drama in 8 Akten:
Michael Strogoff oder:
Der Kurier des Zaren.
Neue faszinierende Licht- u. Wasser-
Scheffe.

Zirkus Busch.

Die neueste Zentation Berlins:
Coco
der menschen-
liche Affe.
Der notweg. Rittmeister a. D. Herr
Grimsgaard. 6 ostafrikan. Zebras.
15 Polarbären — 10 Elefanten.
Südwest-Afrika
und die vorzähl. Programmnummern.
Gebrüder
Herrfeld-Theater
Nur noch kurze Zeit!!!
Heute zum 220. Male
der größte Herrfeld-Schlager
Nur eine Nacht
zwei Akte aus einer Ehe, und
Am andern Morgen
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit
Anton und Donat Herrfeld in den
Hauptrollen.
Auf. (auch Sonntags) 8 Uhr.
In Vorbereitung: Prinz Vech
in Akten. Schwank in drei
Akten von H. u. D. Herrfeld.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 236. Anfang 8 Uhr.
Biederleute.
(Hans Böcher, Franz Schönfeld, Othello
Schneider, Marie Wend.)
Morgen u. die folg. Tage: Biederleute.
Sonntag, nachmittags: In Behandlung.

Original
SINGER
Man beachte
die Fabrikmarke.

Nähmaschinen
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipzigerstrasse 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Berliner Ressource

Kommandanten-Strasse 57.
Empfehle meine hochleganten, renovierten, großen u. kleinen Gefässe
zu Festlichkeiten und Versammlungen.
Jahrespreiser Amt IV, 9675. (3082*)
Adolf Stein.
Silvester frei.

Hugo Carl Hagen-
bruch
Mühlhäuser Kautabak
von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäusern
i. Th. nur echt, wenn die Röhren den beigebräunten
Zettel enthalten, worauf genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 58142*
Berlin SW., Großbierenstraße 39.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnensstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Die Else vom Erlenhof.
Bolschak in 5 Akten v. E. L. Staud.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 P. Ball.
Freitag: Das Pfeffer-Röhl.

Palast-Theater.
Bürgerliche Schauspiele.
Burgtheater 22. Anfang 8 Uhr.
Das erregendste Oktober-
Spezialitäten-Programm.
Dazu: Der größte Erfolg:
Im Zukunftsstaat.
Ausstattungs-Barleske in einem Akt.
Freitag, den 21. Oktober:
Große Elitevorstellung
unter Mitwirkung namhafter Gäste.
Maria Stuart.

Skala-Theater.
Eintentr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Löwys Duell
Bosse mit Gesang in einem Akt,
komie.
30 internation. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater.
Frankfurter-
Allee 85.
Ab 16. Oktober vollständig neues
Programm.
Gehls. Cianée, Salontequilibristen.
Signora Bella, spanische Tänzerin.
Fr. Florenti, Regat Musical.
Ren!
Ein Königreich für eine Frau.
Wisse in einem Akt.
24 Nummern.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Jeden Donnerstag
nach der Solree:
Tanz-Kränzchen.
Täglich: Gr. Bürgerl.
Mittagsisch.
Salo zu Vereinsfestlichkeiten, Versamm-
lungen usw. zu fassant. Bedingungen.

Otto Pritzkows
Abnormitäten - Ausstellung
Wützstraße 16.
Täglich Vorstellung
menschlicher Kuriositäten.
Feodora, das Weib mit den
Löwentagen.
Arabella, die tätowierte
Schönheit.
Medizinische Rätsel, Gedankenleser.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
LIANE DE VRIËS
Pariser Sängerin.
Edi Stadler, Jodler.
Stelling-Truppe,
Komische Reckturner.
Morton und Elliot,
Papier-Manipulatoren.
Pas de Deux oriental.
Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.
Marcell Salzer, Vortragskünstler.
Howard de Grey, Barfuß tänzerin.
Permans Bros, Clowns.
Agoust-Familie, Jongleure.
Larive, französische Soubrette.
Das Metogiri, weibliche Kosaken.
Der Biograph.

Brauerei Friedrichshain
Zubauer: E. Niemann.
Jeden Donnerstag und
Sonntag:
Führmann-Walde-
Sänger.
Anf. 8 Uhr. Entree 40 P.
Nach der Solree:
Familien-Kränzchen.
Danz haben Gültigkeit.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Jeden Donnerstag
nach der Solree:
Tanz-Kränzchen.
Täglich: Gr. Bürgerl.
Mittagsisch.
Salo zu Vereinsfestlichkeiten, Versamm-
lungen usw. zu fassant. Bedingungen.

Otto Pritzkows
Abnormitäten - Ausstellung
Wützstraße 16.
Täglich Vorstellung
menschlicher Kuriositäten.
Feodora, das Weib mit den
Löwentagen.
Arabella, die tätowierte
Schönheit.
Medizinische Rätsel, Gedankenleser.

Etablissement Nyngenhagen
Militär-Konzert.
 Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
 Nach jeder Vorstellung im Kaiserpaal:
Tanz.

Sanssouci.
 Kottbusser Tor - Stat. der Hochbahn.
 Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nord-Sänger.
 Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzen.
 Dienstag Theater-Abend:
 Kaiser Josef II. und die
 Schützengilde.
 Mittwoch Theater-Abend:
Gastana.
 Alle ausgegebenen Vor-
 zugskarten gelten.

Milchgeschäft
 seit langen Jahren bestehend, circa
 250 Liter Rohmilch, ist für den
 billigen Preis von 2000 M.
zu verkaufen.
 Näheres bei Hermann Jordan,
 Michaelstraße 21. 7482* 153/16

Weimanns Volksgarten
 Bad-Strasse 56.
 Heute (Donnerstag) abend 9 Uhr:
Vortrag von Karl Schneidt
 Chefredakteur der „Zeit am Montag“.
 Eintrittspreis 10 Pf. - Frauen willkommen. 205/3

Neue Freie Volksbühne
Gründliche Vereinsvorstellungen:
 II. Serie im Schiller-Theater:
König Lear.
 Tragödie von Shakespeare.
 III. Serie im Neuen Theater:
Einen Jux will er sich machen.
 Pöffe m. Gesang u. Musik v. Nostroy.

Eine neue Abteilung (VII)
 wird eröffnet.
 Das Einschreibegeld beträgt 1 M., der monatliche Vorstellungsbeitrag
 89 Pf.

Extra-Vorstellung:
 Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
 im Neuen Theater:
Des Pastors Rieke.
 Komödie von Erich Schalkjer.
 Eintrittskarten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind in
 allen Bohlen zu haben. 151/4
 Der Vorstand. J. A.: Heinrich Neff, Selenstr. 6.

Pelzwaren-Fabrik
 Neue Königstraße 21, II.
 verkauft nach beendeter En-
 gros - Saison Reisemäntel,
 Kollars, Stolas, Muffen etc. zu
 billigsten Engros-Preisen.
 Es gelangt nur wirklich reelle
 Kürschnerware zum Verkauf.
 Reparaturen jeder Art werden
 billigst und sauber aus-
 geführt.

Kronleuchter-Fabrik
 für Gas u. Petroleum.
 Größte Auswahl.
400 Kronen
 von 10-700 M.
 Verk. zu billigst. Fabrik-
 preisen an Private.
 Auf Wunsch Teilzahlung
 ohne Preiserhöhung.
Siegel & Co.
 Prinzenstrasse 33.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 eleg. fertige Herren-Moden.
 Bestellungen u. Maß, tadell. Ausf.
 Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg,
 An der Jannowbrücke 1. 1.
 Bahnhofs Jannowbrücke.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 m. Empf. viel. Rezepte u. Prof. anat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
 Berlin N., Friedrichstr. 181e.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei **Keller, Koppenstr. 29:**
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Der Streik der Klavier- und Klaviatur-Arbeiter und
 die Gewaltmaßnahmen der Unternehmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 20/16*
 Die Branchenkommision des Holzarbeiter-Verbandes. Die Agitationskommission des Fachvereins.
 Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter (Kirch-Dunker).

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
 Hierdurch teilen wir allen Berufsangehörigen mit, daß die nachstehend bekannt
 gegebenen Unternehmer den Vertrag noch nicht unterschrieben anerkannt haben. Die
 Angehörigen unserer Branche fordern wir hiermit auf, diese Unternehmer un-
 verzüglich zur Unterschrift des Vertrages anzufragen, und im Falle dies verweigert
 wird, sofort die Arbeit einzustellen:
 Verlags u. Co., Wichmannstr. 12a. Johann Dörrie, Potsdamerstr. 10/11. Gebr. Kretz, Friedrichstr. 243.
 Julius Beermann, Kirdorf, Derfurthstr. 6a. Berino u. Co., Wilhelmstr. 6. Charlett u. Bach, Weststr. 39.
 Gebr. Schmidt, Oberstr. 75. Richard Gröschel, Hennig, Durlacherstr. 10. Hohlstein, Böhmerstr. 4. Vogel, Rantstr. 108.
 Udehof, Grüner Weg 22. Ring, Gleimstr. 19. Paul Stolte, Markgrafendamm 31. Richard Schäfer, Rantstr. 4.
 Gebr. Hirtow, Hagelsbergerstr. 29. Bent u. Kuntz, Waldstr. 54. Karl Schirmer, Schaperstr. 33. Baumeister
 Schent, Gleimstr. 34. D. Bachtel, Rieder-Schönebeide, Haffelmerderstr. 1. Friedrich Schulze, Schöneberg,
 Torgauerstr. 54. G. Groß, Lichterfelde, Kartensfelderstr. 35. Ditz u. Co., Friedrich- und Mittelstraßen-Gde.
 Julius Borkenhagen, Liebenowstr. 46. L. G. Reichel, Gurovstr. 47. A. Schmidt, Wichmannstr. 9. Glawe u. Co.,
 Wilhelmstr. 20. Masch. Ferd. Brodemann, Gimmstr. 23.
 Die Firmen Mueller, Marx u. Co. und Pöfener sind dem Vertrage unterschrieben beigetreten.
 Der Vorstand.

Weimanns Volksgarten
 Bad-Strasse 56.
 Heute (Donnerstag) abend 9 Uhr:
Vortrag von Karl Schneidt
 Chefredakteur der „Zeit am Montag“.
 Eintrittspreis 10 Pf. - Frauen willkommen. 205/3

Neue Freie Volksbühne
Gründliche Vereinsvorstellungen:
 II. Serie im Schiller-Theater:
König Lear.
 Tragödie von Shakespeare.
 III. Serie im Neuen Theater:
Einen Jux will er sich machen.
 Pöffe m. Gesang u. Musik v. Nostroy.

Eine neue Abteilung (VII)
 wird eröffnet.
 Das Einschreibegeld beträgt 1 M., der monatliche Vorstellungsbeitrag
 89 Pf.

Extra-Vorstellung:
 Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
 im Neuen Theater:
Des Pastors Rieke.
 Komödie von Erich Schalkjer.
 Eintrittskarten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind in
 allen Bohlen zu haben. 151/4
 Der Vorstand. J. A.: Heinrich Neff, Selenstr. 6.

Freie Volksbühne
I. Kunstabend
 im Bürgersaal des Rathauses
Montag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr.
Rob. Schumann - Mörike - Eichendorff - Hugo Wolff.
Deutsche Romantik in Wort und Lied.
 Klavier - Gesang - Rezitation.
 Einlaßkarten sind bei schleuniger Bestellung à 30 Pf. in nachstehenden Zahl-
 stellen zu haben: Norden: Beyer, Veteranenstr. 18; Nord-West: P. Farr, Putzstr. 10;
 West: K. u. K., Balowstr. 59; Süd-West: Böttger, Zossenerstr. 30; Süd-Ost: G. Schulz,
 Kottbusser Tor; Süd: P. Horsch, Engel-Ufer 15; Ost: G. Vogel, Koppenstr. 83;
 Zentrum: Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18.
 III. Serie der Vorstellungen im **Berliner Theater.**
Sonntag, den 30. Oktober:
„Die Karlsruher.“
 Von Heinrich Laube.
 IV. Serie der Vorstellungen im **Metropol-Theater.**
Sonntag, den 27. November:
„Die Juden.“
 Schauspiel in vier Aufzügen von Eugen Tschirikow. Deutsch von Georg Polonskyj.
 (Novität.)
 Die Vorstellungen müssen pünktlich um 2 1/2 Uhr beginnen. Die
 Mitglieder werden dringend gebeten, 7/8 Uhr spätestens zu erscheinen.
Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 8. Abteilung: **Götz von Berlichingen.** 5. Abteilung: **Die Komödie der Liebe.**
 Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Am Montag, den 17. Oktober, entschlief (nach kurzem,
 schwerem Leiden) mein innigstgeliebter Mann, unser herzenguter
 Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Schwiegerohn, der Fabrikant
Erich Hahn
 (in Firma: Otto Franke & M. Kärger)
 im 39. Lebensjahre.
 Dies zeigt in tiefer Trauer an
Agnes Hahn geb. Flöricke.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Oktober, vom
 Trauerhause, Neue Poststraße 8, aus nach dem Danter-Kirchhof
 (Kantelstraße) statt. 22665

Ausnahmepreis!
Reichgestickte
abge- Portieren
 Die komplette Dekoration
 (bestehend aus 2 Flügeln und
 1 Querbehäng.)
 in Plüsch . . . 10⁵⁰ (Wert
 16,00)
 in schwerer Wollserge 7⁵⁰ (Wert
 10,50)
 in Victoriatuch . . . 8²⁵ (Wert
 13,50)
 Eine Partie Wollportieren
 mit allerliebster Blumenkante
 per Shawl 2 Mark.
Teppich-Special-Klaus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstraße 158.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog
 etwa 600 Abbildungen
gratis u. franco.
Extra billig!
div. Teppiche
 mit kleinen Webfehlern!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Donnerstag abend 8 1/2 Uhr,
 in den **Arminhallen**, Kommandanten-Strasse 20:
Versammlung der Werkstatt-Kontroll-Kommissionen
jämtlicher Bezirke und Branchen.
 Die Ortsverwaltung.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der
Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“.
 Filiale Berlin.
 Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Feind,
 Weinstr. 11:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904. 2. Wahl
 des Ortsvorstandes. 3. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.
 Der Vorstand.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,
 Laden. 233/16*
 Soeben erschienen:
Protokoll des Parteitagess zu
Bremen. Mit Anhang: Bericht
 über die dritte Frauenkonferenz.
 Aus dem Inhalt haben wir be-
 sonders hervor: Organisation, Kom-
 munalpolitik, der Internationale
 Kongress zu Amsterdam.
 Preis, 70 Pf.; gebd. 1 M.
 Weiter empfehlen wir die Protokolle
 der früheren Parteitage:
Galle. 1890. Reorganisation;
 Programmrede Liebknechts; Ein-
 lung zu Streik und Boykott;
 Auseinandersetzung mit den „Un-
 abhängigen“. 50 Pf.
Erfurt. 1891. Festlegung des
 Programms; Programmänderung;
 Anschluß der „Unabhängigen“;
 Taktik der Partei. 60 Pf.
Berlin. 1892. Staatssozialismus;
 Genossenschaftswesen. 50 Pf.
Köln. 1893. Gewerkschaftsbewegung;
 Antijeminitismus; Wahlrecht und Be-
 teiligung an preussischen Landtags-
 wahlen. 40 Pf.
Frankfurt. 1894. Budgetbewillig-
 ungsfrage in den Landtagen;
 Agrarfrage; Kräfte, Ringe und
 Parteien. 25 Pf.
Breslau. 1895. Agrarprogramm;
 Hausindustrie. 30 Pf.; gebd. 50 Pf.
Gotha. 1896. Frauenagitation;
 Ultraluraldebatte. 30 Pf.
Hamburg. 1897. Freie Landtags-
 wahlen; Militärismus.
 Preis, 35 Pf.; gebd. 60 Pf.
Stuttgart. 1898. Koalitionstaktik;
 Bergarbeiterfrage; Freie Landtags-
 wahlen; Zoll- und Handelspolitik.
 Preis, 35 Pf.; gebd. 60 Pf.
Hannover. 1899. Vermittlung-Debatte;
 Jugendhandlungsfrage; Militärfrage.
 50 Pf.
Mainz. 1900. Selbstpolitik; Ver-
 tehrs- und Handelspolitik; Taktik
 bei den Landtagswahlen; Anhang:
 Bericht über die Frauenkonferenz.
 50 Pf.
Wiesbaden. 1901. Berggriffen.
München. 1902. Berggriffen.
Dresden. 1903. Taktik der Partei;
 Reichstagswahlen; Reichstags-
 wahlen; Die revisionistische Be-
 wehrungen. 75 Pf.; gebd. 1 M.

Sozialdemokratisch-Wahlverein
 für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
 Am 15. d. M. verstarb unser
 Mitglied, der Arbeiter
Otto Mickley,
 Wiesenstr. 38.
 Seine feierlichen Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
 von der Halle des neuen Bau-
 kirchhofes in Plötzensee aus statt.
 Um zahlreichste Beteiligung ersucht
 249/8 Der Vorstand.

Am Montag, den 17. Oktober,
 verstarb unser Kollege, der Schrift-
 feger
Hermann Ende
 aus Potsdam nach kurzem aber
 schwerem Leiden. Er war uns
 stets ein braver und lieber Kollege.
 Ein ehrendes Andenken be-
 wahrte ihm.
Das Personal d. „Sporn“
 (Büch. Helmum u. Sohn).
 Die Beerdigung findet heute,
 Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
 von der Kapelle des Neuen Kirch-
 hofes in Potsdam aus statt.

Hierdurch allen Freunden, Be-
 kannten und Kollegen die traurige
 Nachricht, daß unser lieber Vater,
 Schwiegervater und Großvater,
 der Maurer
Karl Karbe
 (Krankenträger der Kreis-
 Krankenliste der Maurer Berlins),
 am 18. Oktober, mittags 12 Uhr,
 sanft entschlief ist. 7642
 Um stille Teilnahme bitten,
 zeigen dies Respekt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 21. d. M., nachm.
 4 Uhr, auf dem Heilands-Kirch-
 hofe in Plötzensee statt.

Dauftagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei dem Tode meines
 Vaters, unseres unvergesslichen
 Bruders, Schwiegervaters und
 Schwagers
Alfred Gareis
 besten Dank.
 Berlin, Chausseestr. 82.
 Im Namen der trauernden
 Hinterbliebenen:
Wilhelm Gareis.

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41.
 Spezialarzt für 35/18*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Dr. med. Saland
 Vertr. d. Ratsh. d. H.
Sprechstunde für Kranke.
 194. Frauen
 Krankenhaus
Köpenicker Strasse 72
 11-2, 6-8. Sonntags 10-12.
Köpenicker Strasse 29
 (Nähe Stadt. Bartholomäusstr.)
 8-9, 3-4. Sonntags 8-9.

Berliner Loose à 11
 11 Loose 10 M.
 11 Loose 10 M.
 11 Loose 10 M.
 11 Loose 10 M.
 11 Loose 10 M.
Lud. Müller & Co., Berlin, Breitenstr. 5
 Kauf und Verkauf von Staatspapieren, Prämienloosen etc.
 Telegramm-Adresse: Guldendörfer

Erster allgemeiner deutscher Wohnungskongress.

Frankfurt a. M., 18. Oktober.

Die Sitzung am Dienstag begann mit der Besprechung des preussischen Wohnungsgesetz-Entwurfs.

Referent Reichstags-Abgeordneter Jäger erörterte die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Der Entwurf ist allerdings ein großer Vorteil, aber eine grundsätzliche Hebung der Wohnungsverhältnisse wird er allein nicht herbeiführen. Wohl sichert er Mindestansprüche an die Wohn- und Schlafräume, gibt wichtige sozialpolitische Winke für die Aufteilung des Bodens, die Bauordnungen, die Bauordnungen und die gemeindliche Steuerpolitik, aber er hat kein Mittel, gerade auf dem letztgenannten Gebiete die Gemeinden zu veranlassen, gegen die Sonderinteressen der Grund- und Hausbesitzer zu handeln. Das neben dem Entwurf das preussische Kommunalwahlrecht bestehen bleibt, ist der größte Fehler. Sozialpolitische Gesichtspunkte größeren Stils müssen in die Gemeindeverwaltungen gerade dadurch hineingetragen werden, daß die Rinderbemittelten, um deren Interessen es sich bei der Wohnungsfrage am allermeisten handelt, mehr als bisher zur Verwaltung der Gemeinden herangezogen werden. An zwei wichtigsten Punkten geht der Entwurf achlos vorbei, an der Organisation des Baurechts für die Bedürfnisse der minderbemittelten Klassen und an der Bodenfrage. Kommt das Gesetz, wie dringend zu wünschen ist, zustande, so wird die gesetzliche Wohnungsaufsicht, wenn sie nicht Schein und Trug werden soll, vermöge der Mindestansprüche an die Wohn- und Schlafräume und an die Familienwohnungen, viele überfüllte Wohnungen leerer. Gewiß ist das Gesetz in gewissem Sinne ein Volksgesetz (Sehr wahr!), aber es ist nötig, denn die Gemeinden haben bisher nichts getan. (Lebhafter Widerspruch.) Die Wohnungsaufsicht wird auf ein totes Gesetz geraten, wenn das Bedürfnis zur Vermehrung des Baues von Kleinwohnungen und Kleinhäusern nicht schnell befriedigt wird. Möglichst bald nach Inkrafttreten des Gesetzes muß die Gesetzgebung auch dem Bau von Wohnungen für die Rinderbemittelten näher treten. Zwei große Ursachen der Wohnungsnot liegen darin, daß das Privatkapital höchst ungern sich der Herstellung von Kleinbauten für die Rinderbemittelten zuwendet und daß die Grundbesitzer in der Regel den Boden erst dann abgeben, wenn der höchstmögliche Preis erreicht ist. Die Wohnungsfrage umfaßt drei große Gebiete: 1. Wohnungspolitik, Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege; 2. Aufteilung des Bodens und Bau der Wohnungen; 3. Bodenpolitik. Diese drei Gebiete lassen sich nicht trennen. Der Staat muß auch dafür sorgen, daß Wohnungen für Rinderbemittelte in genügender Nähe und zu solchen Preisen vorhanden sind, welche der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Klasse entsprechen. Die Konsequenz des Entwurfs ist daher auch die Sorge für billigen Baurecht und billiges Land. Für die Bodenpolitik kommt besonders in Betracht ein kräftiges Enteignungsrecht mit Zonenenteignung und Zonenumlegung, die Besteuerung des Bodens nach dem gemeinen Wert und die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses. (Lebhafter Beifall.)

Es wird die gemeinsame Debatte über das gestrige Referat von Dr. Singheim und über das Referat von Dr. Jäger eröffnet.

Oberbürgermeister Prof. Baumeister-Karlruhe empfiehlt die Einführung einer Reichs-Bauordnung. Oberbürgermeister Wagner-Ulm ist der Ansicht, daß die Gemeinden die Hauptträger der Wohnungspolitik sein müssen; sie seien moralisch verpflichtet, der Wohnungsnot zu steuern. Vorbedingung für die Schaffung von Wohnungen sei allerdings eine entsprechende Bodenpolitik, und diese könnte nur von den Gemeinden betrieben werden. Die Stadt Ulm sei bestrebt gewesen, den Grund und Boden in ihre Hände zu bekommen, sie besitze jetzt mehr als zwei Drittel der Gesamtlänge der Stadt und habe auch schon in den Vororten Gelände erworben. (Bravo!) In 12 Jahren habe die Stadt etwa 150 Gebäude erstellt, die mit einer Anzahlung von 10 Proz. verkauft wurden. In jedem dieser Häuser wohne nur eine Familie. Und dabei sitzen fast lauter Hausbesitzer in der Gemeindevertretung. Es gebe also unter den Hausbesitzern auch weiße Raben. (Lebhafter Beifall.)

Fabrikant Barth-München preist die Vorzüge der Bau-genossenschaften, spricht aber die Befürchtung aus, daß es dem Einfluß der Haus- und Grundbesitzer gelingen könnte, den Staat zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die Genossenschaften wie gegen die Konsumvereine zu veranlassen.

Prof. Lujo Brentano-München (mit Beifall empfangen) geht auf die Wohnungspolitik Englands ein. Man habe dort Millionen gepflanzt, aber den Arbeitern damit keine Wohlfahrt erwiesen, denn sie wurden wie geheiztes Bild von einer überfüllten Wohnung in die andere getrieben. Man habe eben verabsäumt, für diejenigen, die durch die Wohnungsinspektion aus den Wohnungen vertrieben wurden, Unterkunftsräume zu schaffen. Endlich sei man zur Gründung von Ledigenheimen übergegangen, und diese hätten sich glänzend bewährt. Auch in Mailand habe man damit gute Erfolge erzielt. Redner gibt eine anschauliche Schilderung des Ledigenheims in Mailand. Es sei Aufgabe der Gemeinden, sich auf diesem Gebiet zu betätigen und entweder selbst zu bauen oder doch eine Zinsgarantie zu übernehmen. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Werner-Kottbus gibt zu, daß die Selbstverwaltungsorgane, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher noch nichts zur Inaugurierung einer Wohnungspolitik getan haben. Die Ursache hierfür liege in der Entwicklung der deutschen Städte, die seit je mit Aufgaben überlastet waren, die große Summen erforderlich machten; er erinnere nur an Wasserleitung und Kanalisation. Von schlechtem Willen der Städte könne also nicht die Rede sein. (Beifall.) Im Gegenteil, die Städte hätten Licht und Luft in die entlegensten Winkel gebracht. Nicht auf die Institution selbst komme es an, sondern auf den Geist, von dem sie beherzigt wird; deshalb dürfe man nicht in der Weise, wie es geschehen, das Hausbesitzerprivileg verurteilen. (Sehr wahr!) Den Gedanken der Reichs-Bauordnung akzeptiere er nur, soweit sie sich auf das Un-erklärliche beschränkt. Aber wie sehe es mit der finanziellen Beteiligung des Reiches? Er halte nichts von den Behörden, die ihr Wohlwollen immer nur in schönen Worten dokumentieren. (Sehr gut!) Der preussische Staat rühme sich jetzt einer „Tat“, er habe einen Entwurf veröffentlicht. Im Jahre 1890 habe der Staat das gesamte von den Gemeinden in Erbpacht vergebene Land in Privateigentum verwandelt, und seine Aufsicht habe nicht verhindert, daß die Gemeinden weiter Land veräußerten und Gaswerke, Elektrizitätswerke und dergleichen der Privatindustrie ausliefern. Ja, die Regierung habe sich in solchen Fällen sogar sehr freundlich zu den Gesellschaften gestellt. (Lebhafter Beifall.) Der Staat mißbrauche sein Aufsichtrecht. Jeder Bürgermeister, der einen Kaden hat, müsse sich dem widersetzen. (Lebhafter Zustimmung.) Schaffen wir erst mal eine Selbstverwaltung! Auf den wichtigsten Gebieten haben wir sie ja überhaupt noch nicht. (Sehr richtig!) Das Zwangs-Eingemeindungrecht stehe nur auf dem Papier, die Gesehe würden auf dem Wege der Verwaltungspraxis rückwärts residieren. Sehr notwendig sei eine Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden. (Sehr richtig!) Das Prozedereverfahren in Enteignungssachen bedürfte dringend einer Aenderung. Redner geht nunmehr zu einer Kritik des preussischen Wohnungsgesetz-Entwurfs über und bemängelt namentlich, daß an große und kleine Gemeinden verschiedene Mindestansforderungen bezüglich der Wohnungsordnungen gestellt werden. Auf dem Lande sei eine Wohnungsaufsicht ebenso nötig wie in der Stadt. Gesehen hätten sich hier in Frankfurt die Vertreter von 50 preussischen Städten mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern auf folgende Resolution geeinigt: Die anfänglich des ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongresses in Frankfurt a. M. aus allen Teilen

der preussischen Monarchie versammelten Vertreter von 50 Städten mit 10 bis 50 000 Einwohnern begrüßen den Versuch der preussischen Staatsregierung, die Wohnungsfrage auf gesetzlichen Wege ihrer Lösung näher zu bringen, mit Freuden, erachten aber den der Öffentlichkeit Entwurf eines Wohnungsgesetzes in wichtigen Punkten noch für so abänderungsbedürftig, daß sie dessen Annahme nicht empfehlen können, und behalten sich die Begründung dieser Stellungnahme der Staatsregierung gegenüber vor.

Die Redezeit wird auf fünf Minuten beschränkt. Paul Kampffmeyer-Berlin läßt Kritik an der „skrupellosen Bodenwucherpolitik“, die der preussische Staat nach dem Urteil des Ober-Bürgermeisters Zweigert getrieben habe. Der Gesetzentwurf sei schlecht und der preussische Landtag werde ihn voraussichtlich noch verschlechtern. Der Entwurf mache vor den „Herren mit den gestülpten Strohdächern“ halt. Unsere Einrichtungen in Preußen seien vermodert (Unruhe), sie müßten umgewandelt werden. Wie einst in England, so müßte heute auch bei uns der Kauf erschallen: Die Massen gegen die Klassen! Derjenige, der diesen Kauf erhebe, werde allerdings nicht neben dem Grafen Bülow sitzen. (Auf: Neben Singerl.)

Ober-Bürgermeister Körte-Königsberg nimmt die Selbstverwaltungskörper gegen den Vorwurf der Untätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungspolitik in Schutz. Die Selbstverwaltung sei nichts Ueberlebens; wo ein gesunder Gemeinfinn lebe und wo eine zielbewusste Leitung vorhanden sei, da werde stets das Wohl der Gesamtheit über dem des Einzelnen stehen, und da könne auch von einer unheilvollen Wirkung des Hausbesitzerprivilegs keine Rede sein. (Sehr wahr!) Heute hindert die Regierung vielfach die Gemeinden, eine gesunde Bodenpolitik zu treiben. (Beifall.)

Frau Dr. Lily Braun-Berlin bemängelt die Vorschriften des Entwurfs über die Wohnräume für Dienstboten. Der vorgeschriebene Luftraum sei geringer als der für Gefangene. (Hört! hört!) Die Bestimmung bedeute eine Sanktionierung der Hängelbetten. Die Dienstboten müßten einen Raum haben, wo sie sich nach des Tages Müß und Laizen aufhalten können. Die Wohnungsinspektion dürfe nicht von dem preussischen Mädchen für Alles, der Polizei, sondern müsse von Hygienikern und Frauen ausgeübt werden. (Sehr wahr!) Die Frauen hätten am meisten unter dem Wohnungselend zu leiden. Zu wirklichen Reformen auf dem Gebiete der Wohnungspolitik werde man nur durch Beseitigung des preussischen Wahl-Unrechtes (Oh!) kommen. Das allgemeine Wahlrecht müsse auch den Frauen zugestanden werden. (Beifall und Widerspruch.)

Frau Henriette Fürtz weist auf das Mißverhältnis zwischen Mietshöhe, Einkommen und Kindern hin. Rinderreiche Familien könnten nicht nur schwer Wohnung finden, sie müßten diese auch teurer bezahlen. 25-30 Proz. des Einkommens müßten oft für Miete ausgegeben werden. (Lebhafter Widerspruch der Vertreter der Hausbesitzervereine.) Rednerin weist ferner auf die Gefahren des Schlafmangels hin. Auf weitere Fragen einzugehen, ist ihr nicht möglich, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Arbeitersekretär Wahrens-Berlin wünscht beamtete Wohnungsinspektoren, solche Wohnungsordnungen auch für das flache Land. (Beifall.)

Ober-Bürgermeister Dr. Leube-Barmen gibt zu, daß die Gemeinden bisher auf dem Gebiete des Wohnungswesens noch nicht viel geleistet haben, aber man dürfe nicht vergessen, welche Opfer die Gemeinden auf anderen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrtspflege und auf dem des Schulwesens haben bringen müssen. Die Vorwürfe gegen die Hausbesitzer halte er für unbegründet. (Beifall.)

Professor Rindermann-Heidelberg hält eine Befämpfung des Wohnungselends nur für möglich durch ein Zusammenstoßen des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen auf der einen, der Baunutzer und Baugenossenschaften auf der anderen Seite. H. Lüders-Berlin und Frau Edinger-Frankfurt a. M. wünschen die Hinzuziehung von Frauen zur Wohnungsinspektion. Hierauf wird die Debatte geschlossen.

In seinem Schlusswort bezeichnet Dr. Singheim die Ausführungen des Ober-Bürgermeisters Werner, daß die Kommunen mit anderen sozialpolitischen Aufgaben überlastet seien, als faule Ausrede. Es erhebt sich ein ohrenbetäubender Lärm, der wohl fünf Minuten andauert. Man hört neben fortgesetzten Schlußrufen wie „Unverschämtheit!“, „Freiheit!“, „Stand!“ Erst als der Referent die Versammlung wegen seiner „Entgleisung“ um Entschuldigung gebeten hat, kann er seine Rede zu Ende führen. Als er von „vermoderten Kommunalkörpern“ spricht, setzt der Lärm von neuem ein. Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Bewegung zugunsten der Wohnungsreform nicht eher ruhen wird, als bis das Reich seine Pflicht erfüllt hat. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der dritte und letzte Hauptgegenstand: Wohnungserstellung und Kapitalbeschaffung.

Landrat A. D. Dr. Seydewitz-Denzersheim bei Ems erörtert das zusammenfassende Hauptreferat. Der gewerbliche sowohl als der gemeinnützige Wohnungsbau haben dem Bedürfnis nach Wohnungen nicht Genüge getan. Die Wohnungsreform muß daher unter Ausschaltung der ungesunden Unternehmung und der Spekulation den Begriff der Gemeinnützigkeit und damit der Unterjährigkeitsberechtigung durch die Allgemeinheit auf die gewerbliche Baunternehmung ausdehnen. Zur Beschaffung der Kapitalien empfiehlt Redner nach dem Muster von Hessen-Darmstadt privilegierte Hypothekenbanken, etwa für den Umfang einer preussischen Provinz.

Im Anschluß hieran wurden einige wichtige Reformversuche und Projekte in Einzeldarstellungen erörtert. Landesrat Dr. Liebrecht-Hannover sprach über die Landesversicherungsanstalten und das Reichsvorgehen. Generalsekretär Dr. Grunberg-Düsseldorf über städtische Baubanken und Gemeindegarantie für die zweite Hypothek. Regierungsrat Dr. Seidel-Wiesbaden über gemeinnützige Bau- und Hypothekenbanken auf Grundlage der Selbsthilfe. Landesrat Passarge-Königsberg i. Pr. über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen durch die Landesversicherungsanstalt Osthpreußen. Die Forderung von Liebrecht geht darauf hinaus, daß die Einrichtung der Landesversicherungsanstalten zu Mittelpunkten des Kleinwohnungsbaues werden soll, und zwar soll durch Reichsgesetz den Landesversicherungsanstalten diese Aufgabe zur Pflicht gemacht werden. Das Geld hätte das Reich zu beschaffen, indem es den Versicherungsanstalten Reichsanleihscheine in natura leiht mit der Bestimmung, alljährlich einen der gesetzlichen Tilgungsquote der Reichsschulden entsprechenden Teil in natura zurückzuliefern, inwieweit aber die zur Ergänzungen der geliehenen Papiere erforderlichen Summen an das Reich abzuliefern.

Mit Rücksicht auf eine geizern gefallene Bemerkung erklärt Direktor Dr. Sarazin vom Reichsversicherungsamt, daß eine Entschädigung, wonach Darlehen auf Erbpacht nicht als mündelsicher anzusehen seien, niemals ergangen ist. Nur in einem konkreten Falle sei die Mündelsicherheit als nicht vorhanden angesehen worden.

Wegen der vorgerückten Zeit nimmt der Kongress heute von einer Diskussion über die Referate, die sich auf die Frage der Kapitalbeschaffung beziehen, Abstand. Diejenigen Teilnehmer, die sich hierfür interessieren, finden sich am Mittwoch zu einer Sonderbesprechung zusammen.

Mit der Einberufung eines zweiten Kongresses wird der Vorstand des Organisationsausschusses in Verbindung mit dem Ausschuss des Vereins Reichswohngesetz beauftragt.

Den Abschluß des Kongresses bildete eine öffentliche Volksversammlung. Es sprachen Dr. Franz Oppenheimer-Berlin und Prof. Dr. Reiser-Frankfurt a. M. über Wohnungsfrage und Volkskrankheiten, J. Gosser-Berlin über Wohnungsfrage und Alkoholismus, Vater Dalmatus und Pfarrer Dr. Raumann über Wohnungsfrage und Familie.

Der Falschmünzer-Prozess.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Kanow wird über die Fälschungen der Zinscheine der Schlesischen landwirtschaftlichen Pfandbriefe verhandelt. Der Angeklagte Lache hatte zur Herstellung der letzteren für sich und seine Geliebte Martha Stegemann, die er am 27. Mai 1903 aus Breslau hatte kommen lassen, in Rixdorf in der Hermannstraße eine kleine Wohnung gemietet. Er schaffte sich eine Posthanddruckpresse an, bestellte die Holzklischees zu den herzustellenden Zinscheinen bei einem Typographen in Berlin, nach diesen Holzklischees ließ er eine Messingplatte bei einem Graveur gravieren und guillochieren. Die Anklagebehörde verdächtigt Plattner, dieser Graveur zu sein, Lache und Gelhaus bestritten dies und behaupten, daß „Müller in der Oranienstraße“ und „Baudouin, Pringensstraße“ die Teilnehmer bei diesem neuen Falschmünzer-Unternehmen gewesen seien. Lache hat dann am 27. oder 28. April 1903 mit dem Druck begonnen. Er zeigte bald darauf dem Gelhaus ein dickes Paket Papier, welches in der Mitte mit dem Mißcher bedruckt war, auf dem sich die Buchstaben I. R. E. C. T. auf Untergrund befinden. Zur Vervollständigung dieser falschen Zinscheine ist es nicht mehr gekommen, da am 4. Mai 1903 die Verhaftung der Angeklagten erfolgte. Bei der Hausdurchsuchung in der Lacheschen Wohnung wurden außer dem gesamten Druckmaterial 1163 Blatt bereits bedruckten Papiers, zu je 4 Coupons à 45 M., vorgefunden. Würden die falschen Coupons zur Veräußerung gelangt sein, so würden die Fälscher einen Gewinn von 208 340 M. eingeheimst haben. Lache bestritt die Richtigkeit dieser Berechnung. Er meint, er hätte ja nicht bloß Zinscheine mit 45 M., sondern auch mit 90 M. und höheren Summen bedrucken können und dann wäre der Erlös noch weit größer gewesen. Die

Druckerei in Rixdorf

haben Lache und Gelhaus aus den Erträgen des Raubzuges der zweiten Periode eingerichtet. Aus diesem Raubzuge haben sie 300 bis 4000 M. bar heimgebracht, obgleich sie auf ihren Reisen sehr gut gelebt haben. Wie Lache behauptet, wollte Gelhaus in dieser Druckerei eigentlich Hundertmarkscheine herstellen, Lache ließ sich aber nicht drein reden und ging an die Couponfälscherei. Es soll auch beabsichtigt gewesen sein, nach den Schlesischen Pfandbriefen an die Fälschung der Zinscheine der Deutschen Reichsanleihe heranzugehen.

Ueber die Herstellung und die technische Ausführung der Coupons der Schlesischen Pfandbriefe gibt der Oberinspektor der Reichsdruckerei, Herr Zinke, eine eingehende Darstellung, während welcher die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Nach diesem Gutachten sind die Fälscher mit großer Schläuheit und Raffinerie vorgegangen. Bei Gelegenheit seines Gutachtens freist der Sachverständige auch die Herstellung der Hundertmarkscheine und des Papiers zu diesen und erwähnt, daß das Papier in einer einzigen bestimmten Fabrik hergestellt wird und dieses Papier patentiert ist und von keiner Fabrik nachgemacht werden darf. Es gebe aber doch Fabriken, die ein ähnliches Papier zu Briefumschlägen usw. herstellen. Der Vorsitzende fragt, ob etwa in Süddeutschland eine solche Fabrik besteht und kommt bei dieser Gelegenheit nochmals darauf zurück, was Lache eigentlich in Heilbronn gewollt habe. Lache gibt hierzu eine lange, etwas konfuse Geschichte zum besten, die wieder um den Hauptpunkt herumgeht. Die Geschichte, in welcher ein Bruder Laches vorkommt, der Antinenwirt sein und eine Villa haben soll, klingt anfänglich etwas unglaubwürdig und phantastisch, es stellt sich aber heraus, daß Lache wirklich einen Bruder in Hagenau hat, der Antinenwirt ist. Bei den weiteren Erörterungen über den Aufenthalt in Heilbronn verschnappt sich Lache und erklärt, sehr wohl zu wissen, daß bei Heilbronn die Papierfabrik in Speichhausen ist, die solches Papier, wie es der Sachverständige erwähnt, fabriziert.

Ehe in der Verhandlung fortgefahren wird, stellt der Vertreter des Gelhaus, Rechtsanwalt Guttmann, den Antrag, eine ganze Anzahl von Personen aus Bosen, Paderborn usw. vorzuladen. Diese sollen bekunden, daß Gelhaus schon von Jugend an ein äußerst nervöser, sonderbarer Mensch gewesen sei. Andere sollen bezeugen, daß er beispielsweise anarchistische und sozialdemokratische Bettel verteilt und in einem Falle ein ganzes Dorf damit überschwenmt hat, ohne daß er selbst Anarchist oder Sozialdemokrat ist. Der Gerichtshof beschließt, zu Freitag acht Personen über das angeregte Thema als Zeugen vorzuladen.

Nach kurzer Mittagspause wird dann nochmals die Erörterung über den

Geisteszustand des Lache

und die Frage, ob dieser simuliere, aufgenommen. Es wird zunächst Prof. Bonhoeffer-Breslau als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er war früher Gefängnisarzt, ist jetzt Direktor der psychiatrischen Klinik und Universitätsprofessor in Breslau. Lache ist 1 Jahr und 4 Monate bei dem Zeugen in Behandlung gewesen. Lache war aus dem Zuchthaus in Rixdorf dorthin überwiesen worden und es bestanden Zweifel, ob er nicht simuliere. Der Sachverständige ist auf Grund seiner umfassenden Beobachtungen und der eingehenden Krankengeschichte zu der Überzeugung gekommen, daß Lache während des Aufenthaltes in der Breslauer Anstalt nicht simuliert hat, wenn auch die Erregung, die er anfänglich zeigte, etwas übertrieben schien. Das Krankheitsbild, welches Lache damals darbot, war das der progressiven Wahnbildung, und in der ganzen langen Zeit der Beobachtung ist kein einziger Punkt festgehalten worden, wo Lache „aus der Rolle gefallen“ wäre. Die charakteristischen körperlichen Erscheinungen liegen auch immer den psychischen parallel. Die Tatsache, daß Lache in sehr raffinierter Weise aus der Provinzial-Irenenanstalt Briesg ausgebrochen ist und dann in sehr sinnreicher, ausgenügelter Weise Fälschungen begangen hat, würden den Sachverständigen, wie dieser betont, in seiner Diagnose nicht wandeln machen. Er bleibt dabei, daß das damalige Krankheitsbild ein solches war, daß bei Lache die freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 St.-G.-B. ausgeschlossen schien. Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalts Jauke bejaht der Sachverständige die Möglichkeit, daß die Umstände, unter denen Lache nach seinem Entweichen aus der Irenenanstalt lebte, die Gefahr, jeden Augenblick ergriffen zu werden, das Damoclesschwert der 8 Jahre Zuchthaus, welches über ihm schwebte usw., die Krankheit des Lache weiter befördert hat. — An das Gutachten des Sachverständigen schließt sich eine große Anzahl Fragen und Vorhalte seitens des Vorsitzenden Landgerichts-Direktors Kanow, des Ersten Staatsanwalts Dr. Grotzschmar, des Rechtsanwalts Jauke, des Medizinalrats Dr. Leppmann, des Gerichtsarztes Dr. Störmer und des Medizinalrats Dr. Rittenzweig. Der Sachverständige Prof. Bonhoeffer bleibt bei seiner Überzeugung stehen, daß

Lache damals schwerkrank

und eine Simulation ausgeschlossen war. Die Beobachtungen von Laien können bei chronischer Paranoia nicht maßgebend sein. — Präsi.: Nun, Lache, kennen Sie denn diesen Herrn? — Lache: Ja, aber er sieht schlechter aus wie früher! (Heiterkeit.) — Präsi.: Hat der Herr Sie denn nicht immer gut behandelt? — Lache: Ja, wissen Sie, ich hab mal bei ihm im Zimmer gehangen unter der Lampe, wir haben uns ganz ruhig unterhalten und da ist er dann plötzlich mit einem Messer auf meinen Hals losgegangen. (Heiterkeit.) Da habe ich natürlich gesagt: ich danke und bin weggegangen. Ich werde überhaupt in der Folge gar nichts mehr sagen! — Medizinalrat Dr. Rittenzweig: Ich möchte dem Angeklagten die Frage vorlegen, ob er nicht manchmal bewusst übertrieben hat? — Präsi.: Sie hören, Lache: Haben Sie nicht manchmal geschwindelt? — Lache (in dem Bruchton volster Lieberzeugung): O, furchterlich habe ich geschwindelt! (Große Heiterkeit.) Wenn man mich zu Gefängnissen pressen wollte, habe ich

elektisch geschwändelt, aber wo es nicht nötig ist, schwindelt ich nicht. —
Redigialrat Dr. Wittenzweig: Am ersten Tage wollte
Lade eigentlich von nichts wissen, er wollte nicht einmal seinen
Namen kennen; das war doch wohl übertrieben? — Angeklagter
Lache: Wissen Sie, da hat man mich auch in einem vorläufigen
Erkenntnis „Verbrecher“ und „Lump“ genannt, das hat mich doch
gestraft, wissen Sie! Ich verlange Verzeihung für die Ver-
brechen, die von mir begangen worden sind! Sehen Sie: das geht
auch hier in Berlin so weiter mit den Schwindeln, die man an
mir verübt. Eines Tages, wie mir der Wärtter mein Essen durch
die Klappe der Tür reichte, merkte ich, daß sich Personen da heran-
drängten, und als ich den Wärtter fragte, wer das wäre, redete
er mir vor, daß es Geschworene seien. Da frage ich doch nun
mal einen der Herren Geschworenen, ob einer von Ihnen mal
an meiner Bekanntschaft

war? (Heiterkeit.) — Die Sache läßt sich so auf, daß auch in
diesem Falle eine Gallunation des Angeklagten nicht vorliegt,
sondern wahrscheinlich — wie das üblich ist — die Geschworenen
der vorigen Tagung sich in corpore das Untersuchungsgefängnis
angesehen haben. — Der Vorsitzende geht sodann zur Erledigung
eines anderen Punktes der Anklage über. In die Zeit der verurteilten
Verstellung von Finschneiders der Schlesischen Landeskassendirektion
fällt nämlich eine Reise, die Gelhaus mit dem Angeklagten Bernhard
Kaiser unternommen hat, um die noch aus der Diersdorfer Falsch-
stammenden Coupons abzugeben. Kaiser gehört einer Falsch-
münzerfamilie an. Seine Mutter ist wegen Falschmünzerei
bestraft, ein Bruder hat 4 Jahre Zuchthaus, ein anderer
2½ Jahre Gefängnis erhalten, er selbst ist sechs mal wegen Dieb-
stahls verurteilt. Nach seiner Behauptung hat ihn Gelhaus eines
Tages besucht und ihm einen Gruß seines Bruders aus Wödenitz
überbracht. Gelhaus habe ihn dann gefragt, ob er sich ein paar
hundert Mark verdienen wolle, und da habe er geantwortet: „Mit
Bergnügen!“ Er sei dann mit Gelhaus in eine Kneipe gegangen
und dort habe ihm Gelhaus den Angeklagten Kaiser unter dem
Namen Wendland vorgestellt. Aus seiner weiteren, höchst weit-
schweifigen Erzählung geht hervor, daß er den Angeklagten Gelhaus
für einen sehr wohlhabenden Mann, der sich für einen Anarchisten
ausgab, gehalten habe. Dessen Aufforderung, mit ihm auf Reisen
zu gehen, habe er dankbar angenommen, denn „er habe immer für
andere Großstädte geschwärmt“. (Heiterkeit.) Die Reise ging nach
Brandenburg, Magdeburg, Braunschweig und
Hildesheim. In allen diesen Städten sind falsche Coupons
umgesetzt worden und es wird behauptet, daß Kaiser zumeist in
die Geschäfte gegangen ist. Kaiser bestreitet dies und behauptet
nach wie vor, daß er von den falschen Coupons nichts gewußt habe,
als die Reise angetreten wurde.
Die Verhandlung wird Donnerstag fortgesetzt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis. Die ordentliche Generalversammlung des
Wahlvereins findet am Dienstag, den 20. November, statt.
Der Vorstand.
Rixdorf. Sonnabend findet in der „Neuen Welt“ das Herbst-
fest des Wahlvereins statt, bestehend in Rezitation, Gesang, Konzert
und Ball. Da offene Kasse nicht stattfindet, werden die Genossen
ersucht, sich noch rechtzeitig mit Einladungskarten zu versehen, welche bei
den Bezirksführern und in den bekannten Geschäften zu haben sind.
Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. inkl. Tanz.

Lokales.

Vom Aufzug des Religionsunterrichts.
Es unterliegt keinem Zweifel, daß die „Allgemeinen Be-
stimmungen des königl. preussischen Ministers der geistlichen u. An-
gelegenheiten betreffend die Volks- und Mittelschulen“ vom
15. Oktober 1872, die noch heute gültig sind, einen Fortschritt gegen
die Nummerierten Regulative bedeuten, die ausschließlich auf die
geistliche Aneignung der breiten Volksmassen unter das Joch der Kirche
und des ödesten Buchstabenglaubens berechnet waren. Häufig finden
wir in den „Allgemeinen Bestimmungen“ Sätze wie „Geistliches
Einlernen ist zu vermeiden“ bei der Behandlung der biblischen Ge-
schichte, oder „dabei ist aber Heberladung des Gedächtnisses zu ver-
meiden“ bei der Behandlung des Katechismus unter Herbeiziehung
von Bibelprüchen und Liedern. Sehen wir uns aber die Praxis an,
so erwidern wir über die Masse toten Stoffes, der auf die
jugendlichen Geister eindringt und sie zu erlösen droht, was denn
auch häufig genug der Fall ist.
Einen Einblick gewährt uns z. B. eine Verfügung des königlichen
Konfistoriums der Provinz Sachsen vom 17. Dezember 1900, die
mit dem Provinzial-Schulkollegium und der Regierung vereinbart
ist. Sie giebt an, was von „religiösen Gedächtnisstoff“ als „Normal-
stoff“ zu betrachten ist. Das sind 170 Bibelsprüche, nämlich 23 zur
biblischen Geschichte, nebst 6 Psalmen und Psalmabschnitten und
142 Sprüche zur Erklärung von Luthers Katechismus; dazu kommen
20 namentlich aufgeführte Kirchenlieder — in den „Allgemeinen
Bestimmungen“ heißt es: „Zur gedächtnismässigen Aneignung sind
höchstens 20 Lieder zu wählen“ (Spernung im Original).
Dagegen heißt es in der Verfügung: „Die Kirche hat in demselben
(dem Normalstoff) nicht mehr als das Minimum des religiösen
Gedächtnisstoffes zu sehen, auf das sie bei dem Konfirmationsunterricht
hinfort rechnen darf.“ Kein Wunder, wenn die beste Kraft der
Lehrer und Schüler von diesem Lust an Gedächtnisstrom in Anspruch
genommen wird, da ja der mächtige geistliche Schulinspektor in aller
erster Linie darauf achten wird, ob auch das „Minimum an
religiösem Gedächtnisstoff“ recht fest in die jungen Köpfe hinein-
geschüttelt ist. Eines Kuriosums sei übrigens noch gedacht. In der
Verfügung heißt es: „Für die höheren Anabenschulen ist die Zahl
der Kirchenlieder auf 10 beschränkt und kommen für dieselben von
den vereinbarten Liedern die Lieder Nr. 10. in Wegfall.“ Zunächst ist
es nicht recht ersichtlich, warum die „höheren Anaben“ weniger lernen
sollen als die Volksschüler, die ja doch nur das für den
Konfirmationsunterricht nötige „Minimum“ lernen. Kann es damit
zusammenhängen, daß die „Allgemeinen Bestimmungen“ verlangen,
die Lieder sollen „nach Inhalt und Form dem Verständnis der
Kinder angemessen“ sein? Nun wird doch in Regierungs-
kreisen sicher angenommen, daß die „höheren Anaben“
ein umfassenderes Verständnis haben. Es bleibt nur die
Annahme, daß diese vier Lieder nach Meinung der maßgebenden
Kreise für die „höheren Anaben“ wohl nicht recht passen. Wir haben
die Lieder geprüft und im ganzen nicht finden können, daß sie sich
wesentlich von der Mehrzahl der übrigen unterscheiden. Oder ist es
nur für einen Volksschüler angängig zu singen: „Und laß mich an
Dir leben, wie eine Lekt' am Aleid“ (im Liede „Christus der ist
mein Leben“)? Etwas klarer ist es beim Liede „Auf Christi Himmels-
fahrt allein“ — ein Volksschüler, der keine Schäge hat und nur
selten solche sammeln wird, mag verstehen, was mit den Worten
gemeint ist: „Denn wo mein Schag gewonnen hin, da ist auch stets
mein Herz und Sinn; nach ihm mich sehr verlangt“ — der zahlungs-
fähige „höhere Anabe“ dürfte zu leicht an die Schäge denken, die
Staub und Wotten freffen. Daß man einem „höheren Anaben“ nicht
zumuten darf, zu singen: „An mir und meinem Leben ist nichts auf
dieser Erd“ (im Liede „Ist Gott für mich“), sehen wir; das ist nur
für die Kinder des Pöbels. Und im Liede „O Gott, Du frommer
Gott“ finden wir bei genauer Nachprüfung sogar 3 wei Stellen, die
für „höhere Anaben“ vielleicht nicht ganz angebracht sind. Da heißt
es: „Wißt Du mir etwas geht an Reichtum, Gut und Geld, so

gib auch dies dabei, daß von unrechtem Gut nichts unter-
menget sei“.
Sollte man hier vielleicht fürchten, daß mit der Einschränkung
auf ehrlichen Erwerb der Bildung großer Vermögen nicht der ge-
nügende Spielraum gelassen sei? Klarer ist es mit der zweiten
Stelle: „Gieb, daß ich meine Feind' mit Sanftmut überwind'“ —
das paßt für „höhere Anaben“ ganz und gar nicht, die stets des
Kaisertrotes zu gedenken haben. „Der nur dem lieben Gott vertraut
und immer feste um sich hat, der hat auf keinen Sand gebaut.“
Wir wissen nicht, ob wie ganz in den Gedankengang des königlichen
Konfistorii der Provinz Sachsen eingedrungen sind, das den „höheren
Anaben“ die vier genannten Lieder zu lernen erlassen hat. Wir
haben uns jedenfalls große Mühe gegeben und wären für eine
Belehrung dankbar, wenn wir nicht das Nötige getroffen haben
sollten.
Das Berliner Proletariat und der Militarismus. Vom herrlichen
Kriegsbeer will vor allem die Arbeiterschaft der Großstädte ver-
dammt wenig wissen. Eine Abnahme der Kriegslust unter den
Kulturvölkern glaubt selbst der Berliner Korrespondent der
„Königlichen Volkszeitung“ feststellen zu können; er schreibt:
„In den Kriegsberäthungen eines deutschen Offiziers las ich
vor einigen Tagen, daß der wilde Todesmut der Japaner von hoch-
zivilisierten Nationen, wie Deutschen und Franzosen, nicht erreicht
werden könne. Die seien zu nervös und zu verweichlicht dafür. Dieser
Beobachter wird wohl recht haben, und vielleicht noch in höherem
Grade, als er selbst denkt. Vor etwa sechs Wochen fuhr ich in
einem Abteil dritter Klasse der Berliner Stadtbahn, in dem
sich eine größere Anzahl junger Männer befand, die nach ihren
Aussagen kurz vor ihrem Eintritt in die Armee standen.
Alle gaben in den stärksten Worten ihrer Ab-
neigung vor dem Militärdienst Ausdruck. Wenn ich
solche Auslassungen auch nicht als typisch bezeichnen will, so kann
man sie von der Berliner Arbeiterschaft doch oft hören.
Wenn ich an die patriotisch gehobene Stimmung der militärischen
Jugend vor 30—40 Jahren denke, so ist das ein Unterschied wie
Tag und Nacht. Damals lebte in den jungen Leuten noch das Gefühl
des: „Dulce et decorum est, pro patria mori“, das man heute auch
noch bei pommerischen Bauernjungen findet, aber seltener in Groß-
städten und bei der industriellen Arbeiterjugend. Selbst die Hoffnung,
daß bei eintretender Kriegsgefahr eine patriotische Sturmflut diese Gleich-
gültigkeit hinwegschwämmen werde, erscheint mir ziemlich eitel.
Junge Leute, die so gesinnt sind, so unmillitär und antimillitär,
werden sich schwerlich zu solchen „Drangängern“ entwickeln, wie vor
34 Jahren die Deutschen bei Wörth und Gravelotte — von den
Japanern ganz zu schweigen. Die Sache ist keineswegs unbedenklich,
aber einen Trost für uns bildet der Umstand, daß wir in Deutsch-
land mit dieser Aversion gegen den Krieg keineswegs allein
stehen. Von einem guten Kenner Frankreichs habe ich mir ver-
sichern lassen, daß es auch mit dem militärischen Geist der Franzosen
gewaltig zurückgehe. Der Trouper von heute sei aus viel weicherem
Holz geschnitten, als der Soldat, der bei Magenta und Solferino
focht. Und so haben alle Dinge zwei Seiten. Ist es an dem,
daß die „Schlappheit“, Verweichlichung und Verhöhnung in unseren
Kulturstaaten zunehmen und die männliche Jugend immer un-
geeigneter für den militärischen Dienst machen, so liegt darin auch
zweifellos eine Friedesgarantie. Der Ueberläufer an Kraft verführt
den bayerischen „Buben“ zum Mäusen; verfeinerte Schwächlinge im
modernen Gigerkloster riskieren so gefährliche Unternehmungen,
bei denen es Wunden und Beulen abzieht, nicht. Soviel sieht jeden-
falls fest, daß seit dem letzten großen Kriege gegen Frankreich die
Kriegslust in allen zivilisierten Ländern erheblich abgenommen hat.
Die Friedensbestrebungen der (zuletzt in Washington ein-
getroffenen) Frau v. Suttner werden vielfach bespöttelt, da sie aber
von einem großen Teile der Presse unterstützt werden, bleiben sie
doch nicht ohne Eindruck. Charakteristischerweise sucht sich auch
Präsident Roosevelt durch Unterstützung der Friedensbestrebungen
populär zu machen. Dazu kommt der immer stärker werdende Einfluß
der Börse und Großindustrie. Unsere heutige Wirtschaft-
produktion kann keinen großen Krieg ertragen, der in einem Tage
mehr Werte zerstören würde, wie früher in einem ganzen Jahre. Die
Hochfinanz verliert sich zwar aus naheliegenden Gründen sehr
patriotisch zu geben, aber von einem Kriege wollen sie eben-
sowenig etwas wissen, wie die sozialdemokratische Arbeiter-
welt. So wirken die verschiedensten Faktoren zusammen, um
einen großen europäischen Krieg immer unwahrscheinlicher zu
machen.
Wir glauben, daß dem heilsamen Einfluß der Sozialdemokratie
zum allerwesentlichsten der heutige Abscheu vor dem Massen-
mord zuzuschreiben ist. Durch die Furcht vor uns werden ja auch
die berufsmässigen Kriegsschwärmer hübsch im Zaum gehalten. Daß
die wachsende Aversion gegen den Krieg keine Abnahme des per-
sönlichen Mutes bedeutet, ist ebenfalls klar. In den Kämpfen,
die die moderne Arbeiterschaft zu führen hat, wird von jedem
Einzelnen wohl mindestens ebensoviel Mut verlangt wie im blutigen
Kriege der Nationen.
Dem Artikel der „Königlichen Volkszeitung“ wird auch in der
„Kreuzzeitung“ ernste Bedeutung beigelegt. Ein Herr A. v. W.
jammert dabei gar erbärmlich über die flüchtigen Juden aus Auf-
land und kann es nicht fassen, daß diese Elenden, obgleich sie von
der Polizei ihrer Heimat so schon nach Notizen gefoltert werden,
sich nicht auch noch obendrein im Kriege todsicheren lassen wollen.
Dann blaspheemert der fromme Herr vom Adel: „Der All-
mächtige, der Lenker der Schicksale, hält ein furchtbares
Kriegsgericht ab; er straft und warnt, wie dies in der Welt-
geschichte schon oft geschehen ist“. Mit dem Namen des Allmächtigen
ist ja in allen Kriegen viel Unfug getrieben worden. Aber seit
geraumer Zeit steht solcher Unfug schlecht im Kurs. Verständige
Leute sind angewidert von dem mystischen Geschwafel und lassen
sich, wenn der Name Gottes beim Massenmord nun einmal un-
entbehrlich sein soll, höchstens die rationalistische Auffassung des alten
Frei gefallen. Dieser sagte sehr gemeinverständlich: „Der liebe
Gott ist immer bei den stärkeren Regimentern!“
**Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistrats-
vorlage über die Einführung des Pflicht-Fortbildungs-
Schulunterrichts in Berlin** hat am Dienstag Abend seine
Beratungen fortgesetzt. In der zweiten Sitzung waren die §§ 1—3
angenommen worden. § 1 hat folgenden Wortlaut: „Alle nach
dem . . . geborenen männlichen Arbeiter, die in einem gewerblichen
oder kaufmännischen Betriebe im Bezirk der Stadt Berlin be-
schäftigt werden, unterliegen, sobald sie nicht mehr vollschulpflichtig
sind, bis zum Schluß des Schuljahres, in welchem sie das 17. Lebens-
jahr vollendet haben, der Verpflichtung, die von der Stadt Berlin ein-
gerichtete Fortbildungsschule zu besuchen und an deren Unterricht
teilzunehmen. Der Unterricht erstreckt sich besonders auf Deutsch,
Rechnen und Zeichnen und soll im ganzen sechs Stunden wöchentlich
nicht überschreiten. Tag, Stunde und Ort des Unterrichts werden
vom Magistrat in der ortsüblichen Weise bekanntgemacht. § 2. Aus-
genommen von dieser Verpflichtung sind: 1. Lehrlinge und Schülern
in Apotheken, 2. Angehörige eines Betriebes der Fischerei und
Schifferei, der abbotatischen oder Notariatspraxis, des Gewerbe-
betriebes der Auswanderungsunternehmer und Auswanderungsagenten,
der Versicherungsunternehmer und der Eisenbahnunternehmungen, ferner
eines Betriebes des Reichs oder eines der deutschen Bundesstaaten,
3. alle nicht Reichsangehörigen. § 3. Von dieser Verpflichtung sind
zu befreien: 1. ganz oder teilweise die, welche am Unterricht einer
Zunfts- oder anderen Fortbildungs- oder Fachschule regel-
mäßig teilnehmen, sofern und soweit dieser Unterricht ganz oder teil-
weise von dem Oberpräsidenten als ein ausreichender Ertrag
des Pflicht-Fortbildungsschulunterrichts anerkannt wird. 2. Die,
welche das Zeugnis der wissenschaftlichen Befähigung für den ein-
jährig-freiwilligen Militärdienst besitzen oder anderweitig den Nach-
weis führen können, daß sie sich bereits die allgemeine Bildung an-
geeignet haben, die das Ziel des Fortbildungsschulunterrichts ist.
3. Die mit schweren körperlichen oder geistigen Gebrechen
Befallenen.“ In der gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz

des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans entspann
sich nochmals eine längere Erörterung um diesen Paragraphen.
Die Meinungsverschiedenheiten drehten sich um die Fragen:
„Wer soll von dem Besuche der Pflicht-Fortbildungsschule be-
freit sein und was versteht man unter einer anerkannten
Fachschule?“ Eine „authentische Interpretation“, so wurde aus-
gesprochen, könne nur der Oberpräsident geben, der darum ersucht
werden soll, um Zweifel zu beseitigen. Ferner wurden der § 4 und
§ 5 beraten und beiden zugestimmt. § 4 lautet: „Die im § 3 be-
zeichneten Personen unterliegen der Meldepflicht; die Entscheidung,
ob die Befreiung zu erfolgen hat, trifft der Leiter der Fort-
bildungsschule, an dem die Meldung zu richten ist, nach den
ihm zu erteilenden Befehlen.“ In Streitfällen entscheidet
der Magistrat.“ § 5 lautet: „Schulgeld wird in der Pflicht-Fort-
bildungsschule nicht erhoben.“ Abdam begann eine längere Debatte
zu § 6, der lautet: „Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs
durch die dazu Verpflichteten sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung
in der Schule werden folgende Bestimmungen erlassen: 1. Die zum
Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Personen müssen sich zu
den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und
müssen an diesen Stunden bis zum Schluß teilnehmen, 2. sie müssen
sauber und in reinlicher Kleidung erscheinen, 3. sie haben die
ihnen als nötig bezeichneten Vermittel in ordentlichem Zustande
in den Unterricht mitzubringen, für die Beschaffung dieser ist der
Arbeitgeber verantwortlich.“ Hierzu lagen Anträge vor, in denen
die unentgeltliche Lieferung der Vermittel verlangt wurde. Wegen
vorgezogener Stunde wurde schließlich, nachdem sich mehrere Redner,
darunter auch der Stadtschulrat Dr. Gerstenberg, zu dieser Frage
geäußert hatten, die Sitzung auf nächste Woche vertagt, in der die
Abstimmung über diese Anträge erfolgen soll.
Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten in der politischen
Verordnung ist doch unser geliebtes deutsches Vaterland. Gestern
brachten wir die Scherznotiz, daß eine ministerielle Verfügung in
städtischen Säulenhallen kein Konzert gestattet, in welchem polnische
oder sozialistische Kompositionen zu Gehör kämen. Diese Meldung ist
von einem hiesigen Blatt für ernst genommen worden. Wir machen
der in Betracht kommenden Zeitung keinerlei Vorwurf daraus und
zweifeln ob des kleinen Unfalls auch ihren politischen Intellekt nicht
im geringsten an. Wohl aber kann das Bevormundungssystem, das
heute noch in der Hauptstadt des Reiches nach seinem Willen schalten
darf, aus dem erwähnten Mißfall des Blattes erkennen, wie unend-
lich tief es selbst in bürgerlichen Kreisen eingeschätzt wird.
Die Dekorierung des Herrn James Simon und seine angebliche
Verufung ins Herrenhaus haben in christlich-germanischen Kreisen
verschupst. Es will uns scheinen, als ob der Kerger über solche
Auszeichnung dem dunklen Gefühl entspringt, daß der jüdische Patriot
den christlichen, wie in manchen anderen Dingen, so auch in der
Kaisertreue voraus ist. Was die verächtliche Leistungsfähigkeit
in dieser wichtigsten aller patriotischen Tugenden betrifft, so sei nur
an den Streit mit Lippe erinnert. Als das Rommteuer
Telegramm kürzlich bekannt wurde, ergriff kein einziges
Ordnungsblatt Partei für seinen Kaiser. Aber auch kein
einziges. Anders 1898, als die bekannte Depesche
„Dem Regenten was dem Regenten gebührt“ ab-
geschickt wurde. Damals nahm wenigstens eine Zeitung gegen
Lippe Stellung. Und das Blatt, das 1898 den hohen Mut fand,
gegen den Graf-Regenten einen Leitartikel „Lippe riskiert 'ne Lippe“
zu bringen, war das von Herrn Leo Leipziger redigierte
„Kleine Journal“, damals auch „Jüdische Kreuz-
zeitung“ geheissen. Freilich, auch Herr Leipziger schwankte später
ab, als er sah, daß er trotz Nirbach bei Ordensverteilungen ge-
schont wurde. Aber das ist egal, die Christenkonfessionen christlich-
konservativer Blätter — siehe den „Post-Kronstein“ — sammeln
auch Orden. Und so fragen wir: Wo ist heute ein christliches Blatt,
das gleich der damaligen „Jüdischen Kreuzzeitung“ sich in un-
entwegter Treue bewährt? Solange die christlich-konservative Presse
hierauf keine befriedigende Antwort gibt, hat sie kein Recht, an
Simon, Wallin u. herumzumäkeln.
Die Konstant Sala-Stiftung, von dem verstorbenen Rentier
Johann Constant Sala begründet, hat den Zweck, bedürftigen und
kränklichen, die Berliner Gemeindeschulen besuchenden Kindern beiderlei
Geschlechts ohne Unterschied der Konfession einen mindestens vier-
wöchentlichen Aufenthalt in gesunder, frischer Luft auf dem Lande
oder an der See zu gewähren. Für das Rechnungsjahr 1904 standen
der Stiftung 7135,87 M. zur Verfügung. Hieron wurden 1600 M.
dem Frauen-Hilfsverein für Kinderheilstätten an den deutschen
Seefästen zum Vesen von 16 Kindern, 4250 Mark dem
Berliner Verein für Ferienkolonien zur Entsendung von
40 Mädchen nach Appenburg und 35 Anaben nach Seebad Dufrow,
750 M. zur Unterbringung von acht kränklichen Mädchen zu sechs-
wöchentlichem Ausgange in Bad Salzbrunn überwiesen. Ferner
wurden 415 M. zur Beschaffung fehlender Kleidung und Ausrüstung
für arme Kinder behufs Aufnahme in Ferienkolonien unter Ver-
mittlung des genannten Vereins und 120,30 M. zwecks besonderer
Unterbringung eines kranken Mädchens in die Lungenheilstätte
zu Belgis auf die Dauer von acht Wochen verwendet. — Insgesamt
wurden hiernach 7135,80 M. verausgabt.
Die Berliner Schulnot. Trotdem der Neubau der 249./251. Ge-
meindeschule, Greifenhagenstraße 78/82, zum Oktober d. J. fertig-
gestellt ist und mit Beginn des Winterhalbjahres bezogen werden
müssen, nicht nur die Rietschulräume in der Stargarderstraße 8/9
beibehalten werden, sondern es mühen neue Räume für die über-
füllte 250. Gemeindeschule im Hause Schönhauser Allee 108 gemietet
werden, die jetzt mit 20 Klassen voll besetzt sind. Mit Rücksicht auf
die gewaltige Bautätigkeit, die sich links der Schönhauser Allee dies-
seits der Ringbahn in neuester Zeit entwickelt hat, beabsichtigt der
Magistrat, eine neue Gemeindeschule in der Sonnenburgerstraße auf
einem an der Kopenhagener-, Gleisstraße und Straße IX liegenden
städtischen Gelände zu errichten. Der mit der Vorberatung betraute
Stadtverordneten-Ausschuß hat diesen Plänen zugestimmt und es
kann nun mit der Ausarbeitung der Baupläne begonnen werden.
Im Ausschuß wurde gleichzeitig der Bau einer höheren Schule
für die dortige Gegend vorgeschlagen.
Nervosität beim „Lugen Hans“. In einer eigenartigen Szene
kam es, so erzählt ein Berichterstatter, gelegentlich einer Extra-
Vorführung des „Lugen Hans“ vor dem Bortande des Deutschen
Tierschutzvereins, dessen Mitglieder nach einer Einladung des Herrn
von Othen sich fast vollständig auf dem kleinen Hofe in der Griebens-
straße eingefunden hatten. Ein Vorstandsmitglied des Tierschutz-
vereins, Herr Baumeister L., nahm seine Uhr aus der Tasche und
stellte sich so neben den Lugen Hans, daß dieser den Zeittreffer, aber
nicht Herrn von Othen, der letztere hinwegwinkend die Uhr nicht sehen
konnte. Dann zeigte Herr L. dem Pferde die Uhr mit den Worten:
„Hans, wie spät ist es?“ Neugierig beäugelte das Pferd die
Goldtasche und stellte fest, daß diese nicht von Zucker sei, be-
schupperte den Arm des Baumeisters, aber eine Antwort gab das
Tier auf eine wiederholte Anfrage nicht. Dagegen geriet Herr von
Othen in hochgradige Aufregung und forderte Herrn L. auf, sofort
den Hof zu verlassen, ohne die Frage des Gemahregelten wie auch der
übrigen Teilnehmer, was der Baumeister denn eigentlich getan habe,
zu beachten. Herr von Othen wiederholte nun seine Aufforderung
und der Baumeister mußte, um sich nicht etwa eines Hausfriedens-
bruches schuldig zu machen, entfernen. Mit ihm verließen noch zwei
Herren vom Tierschutzverein den Hof. Nun konnte das Pferd alle
Frage beantwortet. Herr Schüllings, der inzwischen hinzugekommen
war, stellte nun die Frage: „Mit wie viel Herren hat Herr von
Othen schon Streit gehabt?“ Das Pferd scharte einmal mit dem
Zuf, und „Wieviel Herren haben daraufhin den Hof verlassen?“
lautete die zweite Frage und das Pferd antwortete richtig: drei.
Erst darauf verließen auch die anderen Vorstandsmitglieder des Tier-
schutzvereins den Hof.

RESTE.
Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damenuchthe in schwarz und farbig, Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corkscrew, Plüsch, Sammet, Besatzartikel etc.
KONFEKTION
Fertige Jacketts, Palotots, Capes, Kostüm-Röcke etc. Größte Auswahl. Billige Preise.
C. Pelz, Kottbuser-Str. 4.

Trinkt Bilz-Brause.
Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk
Otto Starick, N.O., Landsberger Allee 6-7.
Tel. VII, 1656.

Nur 12 Minuten
vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen.
Nur bis zum 1. November 1904
werden noch 40 Parzellen zu Ausnahmepreisen von **1 M. 20 Pf. an pro qm netto Baugrund** unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landbau gestattet.
Näheres von 10-6 Uhr im Restaurant Meier, Straße am Falkenberg 19 bei Grünau. (Zirma und Nummer beachten!)

A. B. Koch
Berlin O., Brombergstr. 15/16, Kohlen- und Holzgroßhandlung.
Besitz für erstklassige Marken ab Platz:
Zustellung: Salon-Briguetts, 75 Pf.
in Mariengäßchen 7* (110-120 St.) 80 Pf.
in Mariengäßchen 7* (110-120 St.) 85 Pf.
gel. gebl. Qualität unübertroffen.
in alle 7* von 10 St. an 90 Pf.
alle u. Diamant-Goldsteine sowie
Bürst. 70 Pf.
Salon-Briguetts von 60 St. ab
5 Pf. u. St. billiger. Anlieferung
frei Keller u. St. 10 Pf. mehr.
in Antheil-Geld pr. St. 1.95 R.
Coalts liefern zu Antheilpreisen.
Bei Orig. Waaghaus in größeren
Abhängen direkt von der Grube verl.
Sie meine Special-Offerte.
E. Möbis, Ufen, Koppenstr. 82.

Patente.
Anmeldung, Bewertung, Kauf, Finanzierung etc. und Ausland, Anträge, Kostenlos. Prüfung von Ideen. Bequemste Zahlungsweise. 9-4, Sonnt. 11-1.
Wollers & Co., Büchelstr. 119/120.

NESTLE'S Kinder-mehl
Unübertroffen bei **Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh**
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Scheruchs Festsäle
Rüdersdorferstr. 45
Sonnabends u. Sonntags noch frei.
6311.* Ergobenst **Albert Scheruch.**

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfennig. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Spotbilliger Bettüberzug. Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neuangehrt. 154*
Spotbilliger Paletotverkauf. Paletotverkauf, Jacketts, Gardinen, Damen-garderoben demeritenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neuangehrt. 154*
Spotbillige Teppiche. Teppichdecken, Anlette, Aussteuerstücke. Wiederverkäufer vorzuziehen. Einlaufquelle. Pfandleihhaus Weidenweg neuangehrt. 154*
Regulatoren. Regulator, Tischuhren, Kammerregler Pfandleihhaus Weidenweg neuangehrt. 154*
Leihhaus. Beschaffung von Wert-papieren, Verkauf verfallener Papiere. Köhler, Rosenstraße 35. 39/20*
Pfandleihhaus. Rühlstr. 7, verkauft sammt billigen Betten, Bett-stühle, Gardinen, Anlette, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Trauringe, goldene Herrenuhren, Damenuhren und sonstige verfallene Sachen. *
Betten. Bische, Tischdecken, Silber, Spiegel, Möbel, Regulatoren, Remontraturen spotbillig. Leihhaus Reanderstraße 6. 33/6*
Betten. Bische, Tischdecken, Silber, Spiegel, Möbel, Regulateure, Remontraturen spotbillig. Leihhaus Grüner Weg 113. 33/9*
Teppiche. Steppdecken, Gardinen, Portieren spotbillig. Leihhaus Grüner Weg 113. 33/7*
Teppiche. Steppdecken, Gardinen, Portieren spotbillig. Leihhaus Reanderstraße 6. 33/8*
Teppichreinigung. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Silber, Remontraturen, Bilder, Spiegel, Möbel spotbillig. Leihhaus Grüner Weg 113 und Reanderstraße 6. *
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Ansetz, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spotbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Cybergläser. Koffer, Revolver, Leihkäufe, Büchern, Harmonikas, Geigen spotbillig. Lude, Oranienstraße 131. 22/23*
Reihenge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmied, Regulateure, spotbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Gardinenhaus Große Franzfurterstraße 9, parterre. 73/7*
Hochbornsche Herren-Anzüge. Winterpaletots, vorzüglich, aus feinsten Stoffen, 18,00-38,00. Deutsches Verleihenhaus, Nägerstraße 63 I. *
Kostümstücke. auch für höchste Damen vorzüglich, Saccos, Hülsen, Japons 3-30 Mark. Rohanfertigung von 3 Mark an. S. Kitzner, Brunnenstraße 4, I. 22/15*
Gardinenreife spotbillig. Gardinenfabrik-Lager 80 Grüner Weg 80. Rein Laden. Eingang vom Fluß. *
Steppdecken. Gelegenheitskauf, Seldentrot, Raff 8 Mark durchweg 3,75, Kosten hochlegante Damen-paletots, teils auf Seide, 8 Mark, Kosten elegante Stolas 6 Mark, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 106. 54/5*
Steppdecken. Gelegenheitskauf, samt Vorläge 2,55, Einmilch 4,85, Wolllack 4,85, feinsten Schlafdecken 1,50, 2,50, 3,85, Teppichhaus Emil Leifer, Oranienstraße 158. *
Portieren. Steppdecken, Gardinen, Teppiche. Große Gelegenheitskäufe bedenkend unter Preis. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 63/69, Wedding. 22/23*
Teppiche (sehrbillig). Gardinen, Portieren, Tischdecken, Sofabehänge, Läuferstoffe, spotbillig. Steyer, Königstraße 17, Eingang Königsgraben. *
Teppiche! (sehrbillig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Chausseestraße 4, Bahnhöfstr. 142/12*
Vasarien. größte Auswahl, auch Tausch, Pariser Kanarienvögel, Kommandantenstraße 52, Restaurant. *
Fahrräder. Teilzahlungen, Bergstraße 28, Hälberstraße 40. 48*

Wingelbischen. Bobbin, Schneid-näher, ohne Anzählung. Woge 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpferstraße 60/61. Große Franzfurterstraße 43, Franzfurterstraße 59/60.
Sofas. größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 28*
Kinderbettstelle. Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt, spotbillig. Schneider, Kurfürstentstraße 172. 17/215*
Möbel. Teppiche. Durch Unfall habe ich große Partien Waren wieder gekauft. Offiziere deshalb, soweit der Vorrat reicht, spotbillig; hochlegante, neue Aufbaumöbelrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büchereien, Tischdecken, 26,00, Bücherregale, Buch-schrank, 26,00, Salongarnituren, Rattanmöbel, Tische, Bettstellen, Kuche-betten mit hochleganten Divan-betten 22,50, prachtvolle, ertragreiche Salonstühle 18,00 und 25,00, wunder-schöne Jannertische 8,00, Spachtel-tische, reichgestaltete Tischsportieren, Steppdecken, Tischdecken, Tisch-schichten 5,00, Rückenmöbel, Vianinos, Silber, Kronen, Uhren spotbillig nur im großen Möbel-Verkauf-spiegel (Anhalter Bahnhof) Möbelfabrik 25, direkt Hochbahnhal-telle. Große Warenlager, Konsum-massen, Tischwaren laufe jederzeit und lasse dieselben zu coulantem Bedingungen versteigern. Gefaltete Möbel lagern kostenlos. 24/38*
Möbelfabrik Oranienstraße 68, am Markt, direkt Fabrikgebäude, kein Laden. Wegen Aufgabe der Verfertigung an Bedenckel & Co. gebe ich direkt an Privatleute zu bedeu-tend ermäßigten Preisen folgendes: Kleiderständer 23, Schlafsofa 30, Chaiselongue 17, Bettstelle mit Matratze 19, Truhen 30, Tischstühle 27, Paneele 50, Tischsofa 42. Das 20-jährige Bestehen meines Geschäftes hängt für Weillität. Gefaltete Möbel können kostenlos lagern. Teilzahlung ge-stattet. 24/38*
Möbelfabrik liefert gefachmad-volle Wohnmöbelrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Rein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung, Garnat, Tischmesser, Dresdenerstraße 124. 58*
Mantelwerke. selbstgeplante, Teilzahlungen. Stalherstraße 40. Große Franzfurterstraße 56. 59/8*
Hochbornsche Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verleihenhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Hosen. 24/58*
Nähmaschinen. Ringstuhl, Langschiff, gebrauchte, billig. Krieg, Stalherstraße 136. 24/35*
Nähmaschinen. Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung, Nähmaschinen laufe oder nachweilt. Alle Systeme. Woge 1,00. Postkarte. Dörcher, Jorndorferstraße 50. 123/12*
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Aus-stattung, drei Jahre reelle Garantie. Beckmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 123/12*
Bronzegastrolen! dreifach mit 6,00. Gasigen 11/2. Schaufel-schleifmaschine spotbillig. Wollner, Bahnhöfstr. 32. 38/2*
Gasheizöfen. Sparöfen, 6,00, Petroleumöfen spotbillig. Wollner, Bahnhöfstr. 32. (Gasheizöfenhaus). 64/8*
Malztraubier. blutbildend, für Diarree, Brustkrank, Schwindel, Gemüthsanomalie, bessere Geschm-acke, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 esklinone. Nicht fälschen! Qualität ent-scheidet. Forter-Keller Ringler, Bernauerstraße 118. 146/17*
Steppdecken billigst Robert Große Franzfurterstraße 9, parterre. 73/7*

Krawattenstoffe. große Auswahl, Bahnhöfstr. 30. 17/205*
Cigarren. gut abgelagerte Ware, empfiehlt Richard Widme, Cigarren-geschäft, Arminstraße 44, Charlotten-burg. 1136*
Destillation. 12 Jahre in einer Hand, postend für Parteigenossen, wegen Verzugs nach außerhalb billig zu verkaufen. In ertragen Lands-berger Allee 130, Cigarrengeschäft. *
Ritterstraße 125: Tischstuhl von-Neulagen 75, Feder 75, Regulator 150, Wecker 60. 77*
Restoration. Langgegend, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Vier Vereine Näheres Oranienstraße 21, Destillation. *
Restoration. Bau- und Lanf-gegenstände, verkauft. Alt- u. Vorhänge 5, Hammelstraße. 1412*
Kanarienvögel. 5,00, Vorfänger 10,00 Königstraße 10, Obel. 123/18*
Herrenanzüge. Lieberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelehrt, laufe man am billigsten nur direkt beim Schneid-meister Rühlstr. 7, Rosenballei-straße 15, III. 148/2*
Reisenmesser. Herrenpaletots, Prachtexemplare, einzeln, spotbillig. Schönhauser Allee 72 b, vorn III links. 146/20*
Vollhersteller. 250, elegantes Tischsofa 45,00, Mahagoni-Aleider-schrank 30,00. Verschiederene. Jeden Preis Köpferstraße 120a I. 22/45*
Bett. prachtvoll, 17,00, bessere spotbillig. Rühl, Dresdenerstraße 38.
Grünau. Chaussee-Bauhallen mit Obstbäumen, Anabratze 40 bis 50 Mark. G. W. W. Michaelstraße 12, 123/38
Wag. Schmidt. Birchowstraße 4. 22/38
Gutgehende Eiderhündchen laufe wegen Familienangelegenheiten sofort zu verkaufen. Birchowstraße 8.
Gezogenes Anzug. Paletot (Mittelfigur) Trauerkleider, Uhren privat. Kamenstraße 1a, Seiten-sägel II. 22/67*
Wäsche! Wäsche! frischgeschlachtet, von 2,75 an. Der Verlust von Zentralbleichhof befindet sich gegen-über Eberstraße, Ecke Samaxter-straße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Post. 41/7*
Bronzetronen. dreifach mit 6,00, 2,00, 1,50, Wandarm 0,50, Gas-töcher 0,75, Gasplättchen 2,25. Schärer, Hochstraße 43. 22/35*
Schlafsofa. 20,00, Bettstelle, Matratze 15,00, Kaffeehausstraße 23, Tapexler.
Restoration. stotter Geschäft, Ritterstraße, 12 Jahre in einem Be-lie gemein, allerdings für nur 1500 Mark, wie es steht und liegt, verkauft. Näheres Lemme, Schul-straße 3. 41/3*
Wirtschaft. drei Zimmer, alle, auch neue Möbel, Tischgarnitur, Sofa billig Auguststraße 49, Cigarren-laden. 24/75*
Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Für Jahre Garantie. Unterricht im Bedie-nen gratis. Postkarte genügt. Wierstraße 6, Ritterstraße 113, Al-tenhofen 4, Franzfurter Allee 10.
Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Köpferstraße 60-61, nahe Spittel-markt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurück-gelehrt und vertilchen genehmte Möbel, die wie neu sind, Kleiderstän-del, Bettsofa 27,00, Ausziehtisch 16, Buchel-bettstelle mit Federmatratze und Reißhaken 36, Tischsofa 50, Paneele 70, Tischstühle 30, Ruhe-bett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 41/6*
Blüchsofa. Sofa, Tisch, Säulen-truhen billig Waldstraße 31, Zahn-atteller. 22/25*

Zeytuner und Quinterer, die zur Bereitung gefordert werden sollen, erhalten Nachhilfe in Latein, Franz-ösisch usw. durch Lehrer W. Rühl-bergerstraße 17, III. 21/27*
Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentlochen. 22/465*
Unfallfachen. Straßsachen, Ein-gabengefährte, Kartenteilungen, Briefe, Brunnentische 97 (Vollstanoal). *
Rechtsbureau! Brunnentische 97, langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengefährte, Karterteilung. (Aller-billigst). 22/415*
Rechtsbureau (Alexander-Platz). Kurzzeitsache! Gefährlicher Prozeßbeistand! Obelgafachen, Inter-ventionen, Strafsachen! Eingaben-gefährte! Karterteilung. 123/15*
Rechtsbureau! (Andreasplatz), Schinerweg vierundneunzig. Lang-jähriges! Erfolgreiches! 20/205*
Straßsachen. Obelgafachen, Un-fallfachen, Eingaben. Kramer, Alde-straße 1. 21/505*
Patentanmeldung. Gebrauchsmuster fertig billig „Ingenieur“, Postamt 78. 22/185*
Auspolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch andere Haus. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 12*
Pfandleihe. Birchowstraße 63, Ecke Innenstraße, täglich 8-8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 55/9*
Pfandleihe Karlsruferstraße 27. 21/855*
Verkauf und alle andren Bücher laufe. beilegt Antiquariat, Koch-straße 86 I. Amt I 8831.
Platina. alte Goldschmied, Bruch-gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Rehring, Stahlgold laufe Goldschmiede Bruch, Brangelstraße 4, Fernsprecher Amt 4 6958. 40/12*
Fahrräderverkauf. Möbel, Pianino-Verkauf. Raylaß, Schönhauser Allee 162a. 22/955*
Bandwärmer mit Kopf, sich in Spiritus eventuel Wasser, laufe in 2 Mark Pinnaco, Invalidenstraße 105.
Zahl mit Wäsche Sonnabend, 5. November, frei Neue Königsstraße 7.
Zahl mit Wäsche, 120, zur Weis-nacht- und Silvesterfeier zu vergeben. Vereinszimmer für Gesangsverein. Extra gute Musik. Schweders-straße 20/24. 69/8*
Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laten, Leib-wäsche 0,10. Abteilung Sonnabends. Emil Bankatz, Köpenick, Müggel-beimerstraße 40. 22/96*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Volkskünstler Gerhardt, Brangel-straße 115. 22/4*
Humorist Max Schmelzer wohnt Stettinerstraße 57. 1108*
Quartettfänger und Humoristen, 7 Herren, Leipziger Sänger, frei Walter, Georgenstraße 27. 22/711*
Bureauleiter. 29 Jahre, sucht passende Stellung. Offerten unter „Jubelstift“, Hauptpostlagernd Dresden. 22/708*
Stellenangebote.
Nebenverdienst für jedermann! Auskunst gratis. Herrn Wolf, Jandau, Reichstraße 44. 18565*
Bader auf Reisen verlangt Jensch, Bademstraße 15. 425*
Schloßreinigung verlangt Reue Königsstraße 23. 22/886*
Stadtreisender. tüchtig, gesucht. Offerten sub O. J. 7913 an Rudolf Wölfe, Schiffbauerdamm 1. 41/5*
Kohlenanzünderfabrik im Herz sucht Arbeiter, welcher schon in der Branche gearbeitet hat. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit an die Expedition dieses Blattes unter L. 3 erditen. 22/836*
Bauanschläger verlangt Heinrichs, Hauptstraße 149.
Rahmensticker. tüchtiger, sofort dauernd gegen guten Lohn gesucht. Rahmenfabrik Linienstraße 214. 22/796*
Verleger. Unterarbeiter, sucht Dorotheenstraße 60. 718*
Schilderanzücker. welcher selbstständig annehmen und einlösen kann, dauernde Beschäftigung bei Straupe u. Elmohr, Dresdenerstraße 77. 22/766*
Anschläger auf Fenster verlangt G. Rühlstr. 63, Dresdenstraße 65.
Tüchtige Schriftmaler dauernde Stellung. Max Hoffmann u. Co., Kommandantenstraße 61. 22/725*
Knabenblusen-Arbeiterin verlangt Laaser, Brunnenstraße 84. 678*
Knabenblusen-Arbeiterin verlangt Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrik-gebäude. 688*
Knabenpaletot-Arbeiterin ver-langt Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude. 698*
Mädchen für Steindruckerei ge-sucht. Weßbach, Rühlstr. u. Co., Schneberg, Hauptstraße 8. 2004b*

Frankenkontrolleur gesucht.
Berufsgenossen, welche die Stellung zu übernehmen wünschen, gesund, rüstig und durchaus zuverlässig sind, wollen selbstgefertigte Bewerbungs-schreiben mit einem kurzen Bericht, wie sie die Kontrolle ausführen gedenken, dem unterzeichneten Kom-mandanten bis spätestens den 31. d. M. einreichen. 22/215*
Kommissionmitglied bevorzugt.
Der Vorstand der Orts-Franken-kasse der Maurer.
H. Dacher. H. Kelsin, Vorsteher, Schiffstraße 48a.
Monteur, tüchtige, selbstständig, mit Hausinstallationen im Anschluß an die Berliner Elektrizitätswerke ver-traut, sofort gesucht.
Deutsche Gas- und Elektrische Anstalt Elektrische Installations-Abteilung, Alle Jakobstr. 139. 7632
Achtung! Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter!
Wegen Differenzen sind die Firmen **M. & F. Berndt, Waidgauer-straße 78,** und **Lühr & Wiese Nachfolger** Rüdersdorferstraße 26, gesperrt. 75/20* Der Vorstand.
Achtung! Buchdrucker!
Die Buchdruckerei von **Reinhold Kühn,** Leipzigerstr. 78, ist für Verbandsmitglieder gesperrt! 89/13
Konditions-Angebote sind zurückzuweisen!
Der Gauvorstand.
Achtung! Achtung! Kistenmacher.
Gelderr sind folgende Kistenfabriken: **Wib. Thurow,** Waidgauerstraße, Königsdörfer, Müllerstraße, Zeiser, Balladenstraße, **Wockinger,** Rühlstr. 8. Alle Holzarbeiter haben diese Fabriken streng zu meiden. 104/4*
Die Lohnkommission.
Achtung! Achtung! Brauerei-Arbeiter!
Unter Hinweis auf die Mitteilung der Agitationskommission im „Vorw.“ vom Sonntag, den 16. Oktober er., unter „Gewerkschaft“ teilen wir mit:
Berliner Bockbrauerei I (Tempelhofer Berg), **Berliner Bockbrauerei II** (Chausseestraße), **Münchener Brauhaus** (Johannisstraße) sind für Vice (Brauer) gesperrt. 42/2*
Die Agitationskommission.
Ein Arbeiter-Sekretär
wird zum 1. April 1905 für Chemnitz gesucht. Bedingung für die An-stellung ist, daß der Kandidat mit der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialgesetzgebung und der sozialen Rechtsprechung, wie mit dem bürgerlichen Recht vollkommen vertraut ist. Angabe der Gehalts-anprüche erwünscht. Angebote wolle man unter dem Kennzeichen „A. S.“ an Paul Wogener, Chemnitz, Büchelerstr. 4 I. richten.